

Kommunale Arbeitshilfe:



Kinder- und Jugendbeteiligung in brandenburgischen Kommunen

Effekte, Verfahren und notwendige Ressourcen



Inhaltsverzeichnis

• Einleitung	6
• Warum eine kommunale Arbeitshilfe zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung?	6
• Wie wurden die brandenburgischen Praxiserfahrungen erhoben?	7
• Was bietet Ihnen diese Arbeitshilfe?	7
• Eine kurze Begriffsbestimmung	9
• Rechtliche Grundlagen im Überblick	11
• Effekte: Wirkungserfahrungen von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen in brandenburgischen Kommunen	13
• Kinder- und Jugendbeteiligung praktisch umgesetzt	17
• Fragen für die Entwicklung eines Prozessmanagement	17
• Verständigung über Ziele und das gemeinsame Beteiligungsverständnis	17
• Zeitliche Einordnung von Beteiligungsprozessen	18
• Auswahl der Beteiligungsformen und -methoden	19
• Ressourcen und positive Rahmenbedingungen	23
○ Ressource: Akteure, Kooperationen und Netzwerke	25
○ Ressource Personal	26
○ Ressource Sach- und Materialleistungen	26
○ Ressource Haushaltsmittel (ohne Personalkosten)	27
• Nachhaltigkeit von Beteiligung durch kommunale Verankerung	28

• Kommunale Prozessbeispiele aus der brandenburgischen Praxis	30
• Amt Märkische Schweiz: Mit Kultur und Spaß zur Beteiligungskultur	31
• Beeskow: Reaktivierung des Bahnhofes zum Bandprobenzentrum	35
• Bernau (bei Berlin): Bernau In und Out	39
• Cottbus: Kinderkonferenz: „Wir Kinder voll dabei“	43
• Forst (Lausitz) Beteiligungsstrukturen im Dialog planen	47
• Fürstenwalde/Spree: Spielplatzkommission	51
• Gransee: Wo(hl)fühlen in Gransee: Partizipativer Stadtgestaltungsprozess	55
• Nauen Format Jugendrat	59
• Oranienburg: ToIOr – Stadtentwicklung einmal anders	63
• Potsdam: Lebensqualität durch Beteiligung	67
• Rathenow: Stadtentwicklung mit dem Kinder- und Jugendparlament	71
• Rheinsberg: Beteiligungsakteur Kommunale Wohnungsgesellschaft	75
• Senftenberg: Standortfaktor Kinder- & jugendfreundliche Kommune	79
• Templin: Kinder und Jugendliche gestalten Integration	83
• Treuenbrietzen: Das Kinder- und Jugendforum (KiJuFo) in Treuenbrietzen	87
• Wittstock/Dosse: Demokratiewerkstatt - Leben gemeinsam gestalten	91
• Fazit: Gelingenstipps in der Übersicht	96
• Service	104
• Fachberatung	104
• Information	105

Übersicht der Prozessbeispiele aus der brandenburgischen Praxis

Kommune	Beteiligungsgegenstand / -thema	Beteiligungsformen & Methoden	Seite
Amt Märkische Schweiz	Beteiligung bei der Ortsentwicklung	Dialogformat Bürgerbühne	31
	Politische Interessenvertretung	Politisches Theater	
	Dialogkultur Kommunalpolitik und Jugend	Jugendstammtisch Veranstaltungsreihe „Partizipation“	
Beeskow	Umbau /-nutzung Bahnhofsgebäude	Planungsworkshops Jugendforen	35
Bernau bei Berlin	Partizipative Entwicklung und Etablierung von Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen Beteiligung bei der Ortsentwicklung	Offenes Kinder- und Jugendforum	39
Cottbus	Politische Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen Beteiligung bei der Ortsentwicklung Beteiligung bei konkreten Planungsprojekten	Ehrenamtliche Kinder- und Jugendbeauftragte	43
		Kinder- und Jugendkonferenzen	
		Kinderexperten	
		Jugendforum Patenschaften Arbeitsgemeinschaften	
Forst (Lausitz)	Partizipative Entwicklung und Etablierung von Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen Beteiligung bei der Ortsentwicklung	Lenkungsgruppe Beteiligung	47
		Kinder- und Jugendbefragungen	
		Kinder- und Jugendversammlung Kinder- und Jugendbeirat	
Fürstenwalde/Spree	Partizipative Gestaltung von Spiel- und Bewegungsflächen Dialogkultur Kommunalpolitik und Jugend Partizipative Entwicklung und Etablierung von Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen	Spielplatzkommission	51
		Befragungen	
		Modellbauaktionen	
		Planungs- und Zukunftswerkstätten	
		Beteiligungsmanager Jugendfonds	
Gransee	Beteiligung bei der Ortsentwicklung Partizipative Gestaltung von Spiel- und Bewegungsflächen	Planungswerkstätten	55
		Interviews /Fragebögen	
		Modellbauaktionen Begehungen	
Nauen	Politische Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen Dialogkultur Kommunalpolitik und Jugend Beteiligung bei der Ortsentwicklung	Jugendrat	59
		Arbeitsgruppen	
		Fragebögen Jugendfond	

Oranienburg	Jugendbeteiligung bei der integrierten Stadtentwicklung	Fragebogenerhebungen, Interviews	63
		Open Space, Planungswerkstätten „Stadtspieler JUGEND“ Jugendbeirat	
Potsdam	Kinder- und Jugendbeteiligung bei allen Prozessen der Stadtentwicklung, -gestaltung und -politik Entwicklung zur Kinderfreundlichen Kommune	Kinder- und Jugendbüro	67
		Kinder- und Jugendforen/-versammlungen Planungswerkstätten /Workshops Befragungen/E-Partizipation	
Rathenow	Politische Interessenvertretung von Jugendlichen Beteiligung bei der Ortsentwicklung	Kinder- und Jugendparlament	71
		Jugendforen, Arbeitsgruppen Planungswerkstätten	
Rheinsberg	Beteiligung bei der Stadt-/Stadtteilentwicklung Stärkung intergenerativer lebendiger Nachbarschaften Beförderung von Teilhabe durch Integration	Befragungen	75
		Arbeitsgruppen	
		Wettbewerbe Jugendinitiativen selbstverwalteter Jugendraum	
Senftenberg	Politische Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen Kinder- und Jugendbeteiligung bei allen Prozessen der Stadtentwicklung, -gestaltung und -politik Entwicklung zur Kinderfreundlichen Kommune	Kinder- und Jugendparlament	79
		Junior-Experten	
		Dialogrunden, Planungswerkstätten	
		Themenbezogene Projekte Stadtteilbegehungen	
		Befragungen, Wettbewerbe Bürgerhaushalt, Stadtteiffonds	
Templin	Politische Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen Beförderung von Teilhabe durch Integration	Kinder- und Jugendbeauftragte	83
		Jugendbeirat	
		Befragungen Planungswerkstätten	
Treuenbrietzen	Politische Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen Partizipative Gestaltung von Aufenthalts- und Bewegungsflächen für Kinder und Jugendliche	Kinder- und Jugendforum	87
		Projekt „Raumpioniere“	
Wittstock/Dosse	Politische Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen Beteiligung bei der Ortsentwicklung	Demokratiwerkstatt	91
		Kinder- und Jugendbeauftragte	

Einleitung

Warum eine kommunale Arbeitshilfe zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung?

Immer mehr brandenburgische Kommunen teilen die Erfahrung, dass lebendige Partizipation viele Chancen birgt. Orte entwickeln sich positiv, wenn viele Köpfe ihre Ideen und Vorschläge einbringen. Entscheidungen und Planungen können durch Beteiligung an Qualität und Zielgenauigkeit gewinnen. Die besten und tragfähigsten Lösungen entstehen dann, wenn lokales Expert*innenwissen, Alltagserfahrungen, Innovation, Kreativität und Fachkompetenz zusammentreffen. So, wie es bei gelingenden Beteiligungsprozessen der Fall ist.

Partizipation kann ein Katalysator für positive Dynamik in der Kommune sein, Generationen miteinander ins Gespräch bringen und damit die Lebensqualität ihrer Bewohner*innen erhöhen. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen erzeugt die Erfahrung gelebter Beteiligungskultur große Bindekräfte. Zu erfahren, dass das eigene Handeln Wirkung zeigt, stärkt die Identifikation junger Menschen mit ihrem Heimatort nachhaltig. Dieser Effekt kann im Hinblick auf den demographischen Wandel und den unverändert festzustellenden Wegzug junger Menschen aus vielen Regionen Brandenburgs von immenser Bedeutung sein.

Mitreden, Mitgestalten und Mitentscheiden sind wichtige Eckpfeiler der demokratischen Willensbildung, die so erlernt wird. Die Lust, Politik aktiv zu gestalten und das Ortsgeschehen im Sinne junger Menschen mitzubestimmen, kann bei Kindern und Jugendlichen schnell geweckt werden. Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse sind optimale Lern- und Erfahrungsräume, um junge Menschen zu befähigen, unsere Demokratie zu erhalten und unsere Orte zu gestalten.



Kinderkonferenz Cottbus

Diese Broschüre möchte Praxisbeispiele in den Fokus stellen, die zeigen, dass es sich unbedingt lohnt, Kinder und Jugendliche in den Fokus von Beteiligungsprozessen zu rücken. Als Expert*innen ihrer Lebenssituation werden sie in ihren Orten aktiv in Entscheidungen eingebunden, die ihre Interessen berühren. Dabei umfassen die verschiedenen Beispiele alle Bereiche des kommunalen Alltags: Ortsentwicklung, Verkehrs- und Freiflächenplanung, Bildungsinfrastruktur, Kultur, Sport, Freizeit und Kommunalpolitik und Beteiligung. Es entwickelt sich das Verständnis, die Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung bei kommunalen Entscheidungs- und Planungsprozessen als gemeinsame Aufgabe von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung zu verstehen.

Verbunden mit dem wachsenden Interesse stehen jedoch oft noch die großen Fragen im Raum: Wie gelingt die Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen in brandenburgischen Kommunen? Welche Verfahren sind geeignet? Welche Ressourcen und Rahmenbedingungen sind notwendig?

Die vorliegende kommunale Arbeitshilfe möchte Antworten auf diese Fragen anbieten. Sie wirft einen sehr konkreten Blick auf beispielhafte brandenburgische Ansätze der Kinder- und Jugendbeteiligung und rahmt diese mit Tipps, Hinweisen und Empfehlungen zur Planung und Umsetzung von Beteiligungsverfahren und -strukturen.

Wie wurden die brandenburgischen Praxiserfahrungen erhoben?

Um konkretes Handlungswissen zu erhalten, konnten 19 brandenburgische Kommunen dafür gewonnen werden, ihre Erfahrungen und Einschätzungen für die Erarbeitung dieser Broschüre zur Verfügung zu stellen. Befragt wurden Entscheidungsträger*innen aus der Kommunalpolitik und/oder der Verwaltung. Die Erhebung erfolgte mittels eines umfangreichen online-Fragebogens und mittels ergänzender Interviews. Der erste Teil der Befragung umfasste einschätzende Fragen zu Motivation, beobachteten Effekten, angewendeten Formen und Verfahren sowie eingesetzten Ressourcen für die Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse in der jeweiligen Kommune. Ergebnisse dieses Teils der Befragung fließen in Tabellenform in den ersten Abschnitt der Broschüre ein. Der zweite Teil der Befragung widmete sich der Beschreibung von konkreten beispielhaften Verfahren, Projekte und Strukturen. 16 dieser ausführlichen kommunalen Fallbeispiele sind im Mittelteil der Kommune dargestellt.

Was bietet Ihnen diese Arbeitshilfe?

Im einleitenden Fachteil fasst die Arbeitshilfe wichtiges Grundlagenwissen zum Verständnis, zur Planung und Etablierung von Kinder- und Jugendbeteiligung in Kürze zusammen. Untersetzt wird die Theorie mit ausgewählten Ergebnissen der qualitativen Befragung brandenburgischer Kommunen, die wertvolle Praxisimpulse bieten.

Anhand der sechzehn ausführlichen Darstellungen von Praxisbeispielen im Mittelteil möchte die Arbeitshilfe die mögliche Vielfalt von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen präsentieren und Mut zum Ausprobieren machen. Deutlich wird, dass es keinen „Königsweg“ gibt. Abhängig von den infrastrukturellen Voraussetzungen, den lokalen Themen und den vorhandenen Interessenlagen der beteiligten Akteur*innen gestaltet sich Kinder- und Jugendbeteiligung in jeder Kommune einzigartig und oft vor Ort auch immer wieder neu.

Zu sehen ist, dass schon punktuelle oder temporär angelegte Verfahren große Wirkungen und Effekte zeigen können. Dargestellt werden aber auch Kommunen, denen es gelungen ist, Verfahren und Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung fest zu etablieren.

Die Praxisbeispiele dieser Arbeitshilfe fokussieren auf die Anwendungsfelder Stadt- und Gemeindeentwicklung und Interessenvertretung in der Kommunalpolitik. Nicht beschrieben werden Beteiligungsverfahren, die zwar ebenfalls in brandenburgischen Kommunen stattfinden, sich aber thematisch an das EU-Parlament, den Bundestag und/oder die Bundesregierung richten. Ebenfalls nicht thematisiert sind Partizipationsprozesse im Kontext von Familie, Kita, Hort, Schule, Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendverbänden, Ausbildungsbetrieben oder Hochschulen. Hierzu sei an dieser Stelle auf das 2014 veröffentlichte Handbuch „Mitmischen“ – Warum Demokratie zum Aufwachsen gehört“ verwiesen.

Jedes der sechzehn Praxisbeispiele beinhaltet eine Beschreibung der jeweiligen lokalen Rahmenbedingungen, der eingesetzten Ressourcen, Verfahren und konkreten Methoden für die Vorbereitung und Durchführung von Beteiligungsprozessen aus Sicht der lokalen Akteur*innen. Abschließend werden erlebte Schwierigkeiten und Stolpersteine von Partizipationsverfahren benannt und Gelingenstipps formuliert.

Im Schlussteil der kommunalen Arbeitshilfe sind wesentliche Hinweise und Empfehlungen in einem Fazit und Serviceteil zusammengefasst.

In erster Linie richtet sich diese Broschüre an Mitarbeiter*innen kommunaler Verwaltung und Akteur*innen der Kommunalpolitik. Hintergrundwissen und Praxisbeispiele sollen dazu beitragen, die Chancen von Kinder- und Jugendbeteiligung aktiv in Ihrer Kommune zu nutzen. Selbstverständlich steht diese Broschüre darüber hinaus allen zur Verfügung, die ebenfalls Interesse am Thema haben.

Herzlich gedankt sei den Mitwirkenden der brandenburgischen Kommunen, welche die Erarbeitung dieser Broschüre unterstützt haben und durch ihr Engagement Kinder- und Jugendbeteiligung möglich machen!



Demokratiewerkstatt Wittstock

Eine kurze Begriffsbestimmung

Partizipation ist ein anderes Wort für Beteiligung. Das Substantiv Partizipation geht auf das Adjektiv „particeps“ zurück und kann mit „beteiligt“ oder „an etwas teilnehmend“ übersetzt werden. Im heutigen Sprachgebrauch ist die Bedeutung sehr viel breiter gefächert. Beteiligung als Sammelbegriff umfasst sehr verschiedene Arten und Formen der Teilhabe, Teilnahme, Mitwirkung und Mitbestimmung, welche sich in Funktion und Umfang sehr unterscheiden.

Für die Beteiligten kann die Verständigung auf einen konkreten Grad der Mitbestimmung mitunter eine erste Herausforderung in Beteiligungsprozessen darstellen. Hierzu bietet die Arbeitshilfe im Abschnitt „*Verständigung über Ziele und das gemeinsame Beteiligungsverständnis*“ auf Seite 17 weitere Hinweise. Beteiligung in Kommunen beginnt dort, wo Menschen sich durch Meinungsäußerungen an der politischen Willensbildung beteiligen oder ihre Wohnorte in Vereinen, Initiativen und Beiräten aktiv mitgestalten.

Der Begriff der **Einwohner*innenbeteiligung** beschreibt die Möglichkeit, dass alle betroffenen und interessierten Einwohner*innen ihre Interessen und Anliegen bei öffentlichen Vorhaben vertreten und einbringen. In diesem Verständnis vernetzen also Beteiligungsprozesse Einwohner*innen und deren Interessengruppen mit Kommunalpolitik und Verwaltung.

Kinder- und Jugendbeteiligung meint die Beteiligung der über die Alterszugehörigkeit definierten Einwohner*innengruppe der Kinder und Jugendlichen an den Prozessen, die ihre Interessen im öffentlichen Leben berühren.

Entgegen der bei manchen Erwachsenen vorherrschenden Angst meint Kinder- und Jugendbeteiligung nicht, jungen Menschen die alleinige Entscheidungsmacht zu übertragen. Im grundlegenden Begriffsverständnis bedeutet Partizipation „Entscheidungen, die das eigene Leben und das Leben der Gemeinschaft betreffen, zu teilen und gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden.“

(Schröder, R.: *Progressiv, dynamisch, mit Phantasie, aber sachlich. Oder: Wie effizient Kinder Städte planen. In: Bildungswerk „anderes lernen“ e.V. – Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein (Hrsg.): Von Kindern lernen. Partizipation im Kleinkindalter. Kiel. 1998, S. 14).*

Kinder- und Jugendbeteiligung funktioniert nur im Zusammenspiel von Kindern und Jugendlichen mit Erwachsenen, indem z. B. Themen besprochen, Probleme diskutiert, Fragen gelöst oder Prozesse gestaltet werden. Dabei treffen diverse Interessen aufeinander, die im konstruktiven Diskurs miteinander verhandelt werden müssen. Bereits diese Verhandlungsprozesse sind wertvolle Lern- und Selbstwirksamkeitserfahrungen für Kinder und Jugendliche. Auch dann, wenn sie ihre Interessen unter Umständen nicht ganz oder anteilig durchsetzen konnten. Entscheidend sind die Qualität des Verfahrens und das Maß der Wertschätzung im Umgang miteinander.

Grundsätzlich ist zu beachten, dass sich – wie auch bei Erwachsenen – nicht generell alle Kinder und Jugendlichen beteiligen möchten. Das Kriterium der Freiwilligkeit ist für Beteiligungsprozesse relevant!

Angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen und der immer komplexer werdenden Aufgaben für Verwaltung und Politik, wächst die **gesellschaftliche Bedeutung von Partizipation** gegenwärtig rasant. Die repräsentative Demokratie steht vor großen Herausforderungen. Festzustellen ist ein wachsender Vertrauensverlust im erwachsenen Teil der Bevölkerung in die politische Handlungs- und Problemlösungskompetenz, sinkende Bindekräfte der Volksparteien und eine rückläufige Beteiligung an der politischen Willensbildung und an Wahlen.

Andererseits ist die Befürwortungsquote für ein demokratisches System unter befragten jungen Menschen groß. Auch unter den Erwachsenen steigen das Interesse und die Forderungen nach mehr Mitbestimmung bei politischen Gestaltungsfragen. Gelingt es, die repräsentative Demokratie besser mit innovativen Modellen der Einwohner*innenbeteiligung zu kombinieren, kann die lokale Demokratie gestärkt und das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit und Legitimität der Politik wiederhergestellt werden. Gelingende Prozesse der Kinder- und Jugendbeteiligung sind ein wertvoller Schritt in Richtung dieses Ziels.



Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung

Rechtliche Grundlagen im Überblick

Nicht selten besteht in brandenburgischen Kommunen immer noch Unsicherheit darüber, ob die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in kommunalen Verfahren rechtlich überhaupt zulässig ist. Dem kann grundsätzlich mit der folgenden Einschätzung des Deutschen Kinderhilfswerk entgegen werden:

„Auf praktisch allen gesetzlichen Ebenen finden sich Ansatzpunkte, wenn nicht gar verpflichtende Bestimmungen, die dem Grundgedanken der Partizipation von Kindern und Jugendlichen Rechnung tragen. Partizipation ist juristisch betrachtet nicht nur möglich, sie scheint sogar geboten.“

(www.kinderpolitik.de)

Fortfolgend sind im Überblick einige der wichtigsten gegenwärtig normierten Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in völkerrechtlichen und bundesgesetzlichen Regelungen sowie in **brandenburgischen Rechtsnormen** aufgelistet:

Völkerrechtlich garantiert die **UN-Kinderrechtskonvention**, welche in der Bundesrepublik Gesetzesrang hat, Kindern und Jugendlichen in den folgenden Artikeln besondere Mitbestimmungsrechte:

- Artikel 12: Berücksichtigung der Meinung des Kindes
- Artikel 13: Recht auf freie Meinungsäußerung und Zugang zu Informationen
- Artikel 15: **Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit**

Im **Grundgesetz** werden Kinderrechte durch die Grundrechte abgesichert:

- Artikel 1: Unantastbarkeit der Würde des Menschen
- Artikel 2: Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit
- Artikel 3: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich
- Artikel 17: Anhörungs- und Petitionsrecht

Bundesrechtlich existieren viele gesetzliche Regelungen, die direkt bzw. indirekt Kinder- bzw. Jugendpartizipation ermöglichen bzw. fördern sollen. Beispielhaft genannt sei das **BauGB** (Baugesetzbuch):

- § 1: Berücksichtigung von Sozial-, Kultur- und Wohnbedürfnissen
- § 3: Beteiligung der Öffentlichkeit

und das **Sozialgesetzbuch VIII** (Kinder- und Jugendhilfegesetz):

- § 1: Schaffung positiver Lebensbedingungen für junge Menschen und Familien als Aufgabe der Jugendhilfe
- § 5: Wunsch- und Wahlrecht
- § 8: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- § 11: Jugendarbeit
- § 12: Förderung der Jugendverbände

Für die **brandenburgische Landes- und Gemeindeebene** sind insbesondere die folgenden Gesetze aufzulisten:

Verfassung des Landes Brandenburg:

- Artikel 21: Recht auf politische Mitgestaltung
- Artikel 22: Wahlen und Volksabstimmungen
- Artikel 23: Versammlungsfreiheit
- Artikel 24: Petitionsrecht
- Artikel 27: Schutz und Erziehung von Kindern und Jugendlichen

Wahlgesetz (BbgKWahlG):

- § 8: Sachliche Voraussetzungen der Wahlberechtigung - regelt seit 2012 die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre

Petitionsgesetz (PetG):

- § 1: Petitionsberechtigung - unabhängig vom Alter können Kinder und Jugendliche Petitionen an den Landtag richten

Kommunalverfassung (BbgKVerf):

- §§ 3,4: (Haupt)Satzungen
- Diese Paragraphen berechtigen Kommunen dazu, kinder- und jugendspezifische Regelungen zu erlassen, soweit anderweitige Rechtsvorschriften nicht verletzt werden.
- § 13: Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner
- § 14: Einwohnerantrag
- § 15: Bürgerbegehren, Bürgerentscheid
- § 16: Petitionsrecht
- § 19: Beiräte und weitere Beauftragte

Zudem sei darauf verwiesen, dass es in der räumlichen und infrastrukturellen Entwicklung eine Vielzahl von gesetzlich geregelten Planungs- und Zulassungsverfahren gibt, in denen je nach Rechtsgrundlage unterschiedliche Formen von Einwohnerbeteiligung möglich bzw. vorgeschrieben sind. **Weitergehende Informationen dazu sind auf der Website des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg zu finden.**



Jugendrat Nauen

Effekte

Wirkungserfahrungen von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen in brandenburgischen Kommunen

Auf die Frage, welche Motive und Zielstellungen auslösend für die Durchführung von Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommune sind, benannten die beteiligten Kommunen vor allem Aspekte der Demokratiestärkung (siehe Tabelle). Beabsichtigt wird, demokratische Grundsätze und politische Zusammenhänge für Kinder und Jugendliche verstehbar werden zu lassen, ihr Interesse an Politik zu wecken und sie dazu zu befähigen, ihre eigene Meinung zu formulieren und diese selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu vertreten. Aus Perspektive der befragten Erwachsenen geht es darum, den Dialog zwischen jungen Menschen und erwachsenen Entscheidungsträgern zu etablieren und ihnen Möglichkeiten zu schaffen, auf konkrete Entscheidungen in ihrem Ort Einfluss zu nehmen.

Befragungsergebnisse: Frage zu Motivation

Es gibt verschiedene Motive und Zielstellungen in der Kommune, Kinder- und Jugendbeteiligung durchzuführen. Inwieweit treffen folgende Aussagen auf Ihre Kommune zu? Wir führen in unserer Kommune Kinder- und Jugendbeteiligung durch, weil ...

	Trifft voll zu			Trifft nicht zu		
	1	2	3	4	5	6
das Selbstbewusstsein von Kindern und Jugendlichen (Ki/Ju) gestärkt wird und diese Eigenverantwortung erlernen	56	22	22	0	0	0
der Dialog zwischen Erwachsenen und Ki/Ju befördert wird	50	44	6	0	0	0
Ki/Ju aktiv in Ortsentwicklungsprozesse einbezogen werden können	50	39	6	0	6	0
das Interesse von Ki/Ju an Politik geweckt wird	50	28	22	0	0	0
Ki/Ju ihre Rechte verwirklichen können	50	22	28	0	0	0
Ki/Ju in Kontakt kommen können	44	44	6	6	0	0
die Akzeptanz von Bauvorhaben der Kommune erhöht wird	28	33	17	11	6	6
die Attraktivität und das Image der Kommune gesteigert wird	17	67	11	6	0	0
Ki/Ju planerische Kompetenzen erwerben können	17	56	17	0	11	0
Ki/Ju Konfliktlösungsstrategien erlernen können	17	39	33	11	0	0
Investitionen bedarfsorientiert erfolgen und damit Kosten gesenkt werden können	17	22	39	17	0	6
die Akzeptanz von „Randgruppen“ gefördert wird	11	39	22	22	6	0
gezielt Kosten, die durch Vandalismus entstehen, gesenkt werden können	6	33	28	22	6	6

Vor dem Blick auf die seitens der Kommunen benannten **Effekte** sei darauf hingewiesen, dass der Erfolg von Partizipationsverfahren nicht ausschließlich am Ergebnis gemessen werden sollte. Selbst wenn es nicht gelingt, ein mit Kindern und Jugendlichen geplantes Vorhaben tatsächlich zu realisieren, kann ein Beteiligungsprozess dennoch erfolgreich verlaufen sein. Vor allem dann, wenn Kinder und Jugendliche auf Augenhöhe so in die Gestaltungsprozesse eingebunden waren, dass am Ende eine auf Transparenz und Vertrauen basierende Kooperationsbeziehung entstanden ist, die eine gute Ausgangsbasis für weitere Beteiligungsprozesse in einer Kommune darstellt.

Dieses mögliche Ergebnis bewerten auch die an der Erhebung beteiligten Kommunen als wichtigsten Effekt. Befragt nach den Wirkungen von Kinder- und Jugendbeteiligung schätzen sie vor allem die **verbesserte Kommunikation zwischen den Generationen**, die **Steigerung der Attraktivität des Ortes** für Kinder, Jugendliche und deren Familien sowie die **steigende Identifikation von Kindern und Jugendlichen** mit ihrem Wohnort als Gewinn ein. Kommunen, denen es gelingt, Vorschläge von Kindern und Jugendlichen aktiv umzusetzen, beschreiben **positive Auswirkungen auf das Ortsbild** und definieren Kinder- und Jugendbeteiligung für sich als **wichtigen Standortfaktor**. In den Interviews wurde mehrheitlich betont, dass die **Qualität von Entscheidungen** dadurch gewinnt, dass sie unter breiter Einbeziehung möglichst vieler Kinder und Jugendlicher getroffen werden. Wenn es gelingt, Orte mittels intergenerativer Partizipationsverfahren zu gestalten, steigt die **Lebensqualität für alle Einwohner*innen**. In solchen Verfahren werden Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse vor allem als Brücke zwischen den Generationen erlebt, die ein guter Weg sind, um partnerschaftlich an gemeinsamen Lösungen zu arbeiten.



Siegelübergabe „Kinderfreundliche Kommune“ Stadt Senftenberg

Befragungsergebnisse: Frage zu Effekten

Der Kinder- und Jugendbeteiligung werden verschiedene Wirkungen zugesprochen. Wie sehr treffen folgende Aussagen im Hinblick auf die Erfahrungen in Ihrer Kommune zu?

Durch Kinder- und Jugendbeteiligung	Trifft voll zu					Trifft nicht zu
	1	2	3	4	5	6
... sind Kinder und Jugendliche in der Kommune positiv wahrgenommen worden	18	77	6	0	0	0
... wurde der Dialog zwischen Erwachsenen und Kindern/Jugendlichen befördert	12	65	24	0	0	0
... hat sich die Attraktivität der Kommune bzw. eines Ortsteils der Kommune für Kinder und Jugendliche gesteigert	12	65	18	6	0	0
... konnten Anregungen von Kindern und Jugendlichen bei Planungsvorhaben berücksichtigt werden	18	41	35	0	0	0
... ist das Verantwortungsgefühl von Kindern und Jugendlichen gestärkt worden	12	59	18	0	0	0
... ist die Identifikation von Kindern und Jugendlichen mit der Kommune gestärkt worden	6	53	24	6	0	0
... haben sich Kinder und Jugendliche in demokratischem Handeln geübt	35	41	6	12	0	0
... haben sich zielgenauere/bedarfsgerechtere Maßnahmen verwirklichen und Planungsfehler vermeiden lassen	13	31	38	13	0	0
... hat sich die Integration von Kindern und Jugendlichen verbessert	25	25	31	0	0	0
... hat sich die Selbstständigkeit von Kindern und Jugendlichen verbessert	12	41	24	0	6	0
... haben Kinder und Jugendliche kommunalpolitisches Wissen erlangt	12	53	12	12	0	6
... haben Kinder und Jugendliche neue Kontakte in der Kommune aufbauen können	35	30	12	6	6	0
... haben Kinder und Jugendliche kommunalpolitische Entscheidungen stärker akzeptiert	6	35	35	0	0	0
... ist die Zufriedenheit der Kinder und Jugendlichen in der Kommune gestiegen	24	24	24	6	6	0
... hat sich das Image der Kommune verbessert	12	47	12	0	0	0
... konnten Kinder und Jugendliche planerische Kompetenzen erwerben	6	41	18	18	0	0
... haben sich Institutionen und Netzwerke gebildet	13	38	13	0	13	0
... wurde die Akzeptanz von Bauvorhaben der Kommune erhöht	0	35	18	0	12	0
... sind Planungsverfahren verlangsamt worden	0	12	12	12	0	24
... konnten Kosten gesenkt werden	0	6	12	6	6	12
... ist die Entstehung von unrealistischen Wünschen der Kinder und Jugendlichen gefördert worden	0	6	6	18	12	24

(Angaben in Prozent)

Viele weitere konkrete Effekte sind den kommunalen Fallbeschreibungen im Mittelteil der Broschüre zu entnehmen. Zusammenfassend ist einzuschätzen, dass sich positive Wirkungen von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen dann potenzieren, wenn eine Verankerung von Strukturen oder Prozessen gelungen ist, Netzwerke entstanden sind und die lokalen Akteur*innen aller Altersgruppen gelernt haben, Beteiligungskultur zu leben.



Kinder- und Jugendparlament Senftenberg

Kinder- und Jugendbeteiligung praktisch umgesetzt

Das Patentrezept für die Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung gibt es nicht, da die Bedingungen in jedem Ort und bei jedem Thema verschieden sind. Dennoch sollen im folgenden Abschnitt einige konkrete Hinweise und Tipps gegeben werden.

Das konkrete Vorgehen muss sich in Abhängigkeit von den Zielen gestalten sowie den vorhandenen personellen und finanziellen Möglichkeiten angepasst werden. Die Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung gelingt dann, wenn man diese als einen Prozess mit Zielen, Zielgruppen und Meilensteinen der Umsetzung versteht. Auch, wenn Beteiligungsprozesse nicht bis in ihr letztes Detail am Reißbrett geplant werden können und dürfen, braucht es für die erfolgreiche Umsetzung ein gemeinsames Verständnis, ein Prozessmanagement und eine Ressourcenplanung.

Fragen für die Entwicklung eines Prozessmanagements

Unabhängig davon, ob ein Beteiligungsprozess von Politik und/oder Verwaltung organisiert, von Kindern und Jugendlichen selbst initiiert oder von anderen Akteuren der Zivilgesellschaft angestoßen wird, ist die gemeinsame Klärung der folgenden Fragestellungen für die gelingende Planung und Umsetzung eines Beteiligungsprozesses unbedingt zu empfehlen:

1. Welche Ziele, Ideen, Wünsche und Absichten verfolgen wir gemeinsam mit diesem Prozess?
2. Welches Maß, welche Stufe der Beteiligung soll im Prozess ermöglicht und erreicht werden?
3. Welche Phasen gibt es in dem gesamten Prozess? In welchen Phasen sollen Kinder und Jugendliche beteiligt werden?
4. Welche Beteiligungsmethoden und -verfahren wollen wir an welchen Stufen des Prozesses anwenden?
5. Welche Ressourcen haben und brauchen wir? Wer koordiniert den Prozess?

Verständigung über Ziele und das gemeinsame Beteiligungsverständnis

Beteiligungsprozesse können nur dann gelingen, wenn für alle beteiligten Akteur*innen klar ist, wie Beteiligung im konkreten Fall definiert wird. Beteiligung kann in ihrer Reichweite unterschiedlich verstanden und in verschiedenen Dimensionen realisiert werden, da sie immer im Verhältnis zur bestehenden Entscheidungsmacht begriffen werden muss. Im kommunalen Kontext liegt diese in Abhängigkeit von den jeweiligen konkreten rechtlichen Regelungen bei Kommunalpolitik und/oder Verwaltung. In Beteiligungsprozessen übertragen deren Vertreter*innen ein bestimmtes Maß an Entscheidungsmacht an die Einwohner*innen, z.B. an junge Menschen.

Dieser Logik folgend unterscheidet das oft verwendete Modell der Partizipationsleiter von Sherry Arnstein Beteiligung je nach Intensitätsgrad, Verteilung der Entscheidungsbefugnis und dem Maß an Einflussmöglichkeiten in die vier Partizipationsstufen „Informieren – Mitwirken – Mitentscheiden – Selbstverwalten“.

Entscheidung	Junge Menschen erhalten die volle Entscheidungsmacht über ein Verfahren, einen Prozess und entscheiden eigenständig und verbindlich selbst.
Mitentscheidung (Kooperation)	Junge Menschen können im jeweiligen Prozess mitbestimmen, ihre Wünsche und Vorstellungen aktiv einbringen. Gemeinsam mit den Verantwortlichen können Ziele ausgehandelt und deren Ausführung und Umsetzung geplant werden. Die Möglichkeit der Einflussnahme ist sehr hoch. Der Grad der Mitentscheidung kann unterschiedlich sein.
Mitwirkung (Konsultation)	Junge Menschen sind informiert, können z.B. im Dialog/Austausch Stellung zum jeweiligen Thema/einer aktuellen Planung nehmen. Sie erhalten die Möglichkeit, Ideen für die Umsetzung einzubringen, können jedoch nicht über Inhalte entscheiden. Die Entscheidung bleibt jedoch den zuständigen Institutionen vorbehalten.
Information	Junge Menschen werden über Prozesse/geplante Vorhaben informiert. Es erfolgt keine Übertragung von Entscheidungsbefugnissen. Allerdings ist Information eine wesentliche Grundlage von Beteiligung. Je besser es gelingt, Menschen über kommunale Prozesse zu informieren, umso mehr Menschen werden erreicht und aktiviert.

Es ist unbedingt zu empfehlen, dass seitens der kommunalen Entscheidungsträger*innen rechtzeitig abgewägt, geprüft und abgestimmt wird, welche Reichweite an Beteiligung im jeweiligen kommunalen Rahmen umsetzbar ist. Dürfen Kinder und Jugendliche ihre Meinungen äußern, erhalten sie in Gremien kontinuierliche Rederechte, kann es in einem kommunalen Projekt Möglichkeiten der gleichberechtigten Mitbestimmung geben oder wird ihnen die eigenständige Verantwortung für ein klar abgestecktes Projekt in der Kommune übertragen? Einschränkungen und Vorfestlegungen müssen von Anfang klar sein. Anschließend sollte ehrlich, transparent und verständlich dargelegt werden, welche Art der Beteiligung vorgesehen ist und welche Einflussmöglichkeiten tatsächlich bestehen.

Zeitliche Einordnung von Beteiligungsprozessen

Kommunale Planungsprozesse gliedern sich in eine **Ideen-, Planungs-, Entscheidungs-, Realisierungs- und Evaluationsphase**. Wenn möglich, ist eine Beteiligung von Kindern oder Jugendlichen in allen Phasen eines Prozesses anzustreben. Praktisch ist dies in Abhängigkeit von Verfahren und Gegenständen, z.B. aufgrund rechtlicher Rahmenbedingungen, nicht in jedem Fall möglich. Wenn eine Kommune die Meinungen, Bedarfe und Interessen von Kindern und Jugendlichen ernsthaft bei der Planung und Ortsentwicklung berücksichtigen möchte, sollte sie diese bereits frühzeitig einbinden. Die Erfahrung zeigt, dass Erwachsene auch bei vorhandenen besten Absichten die Perspektive von Kindern und Jugendlichen nicht umfänglich berücksichtigen können. Diese Einschätzung teilen auch die befragten Kommunen. Sie stellen auch fest, dass Beteiligung in der Ideenphase zudem noch sehr gut zu realisieren ist. Selbstkritisch wird eingeschätzt, dass eine Beteiligung in späteren Phasen seltener bis gar nicht gelingt. Hier sieht die Mehrheit der befragten Kommunen unbedingte Verbesserungsbedarfe.

Befragungsergebnisse: Einbindung von Kinder- und Jugendlichen in Planungsprozesse

Wie häufig werden Kinder und Jugendliche in kommunalpolitische und/oder Planungsprozesse einbezogen?

	Immer (Angaben in Prozent)					nie
	1	2	3	4	5	
in der Ideenphase	0	44	39	11	6	0
in der Planungsphase	0	39	39	11	11	0
bei Entscheidungen	6	6	44	11	28	6
in der Realisierungsphase	0	17	28	28	17	11
bei der Evaluation	0	0	17	33	17	33

(Angaben in Prozent)

Auswahl der Beteiligungsmethoden und -instrumente

Inzwischen gibt es eine enorme Vielfalt an Methoden, die in Beteiligungsverfahren zum Einsatz kommen können. Welche Methode man für eine Kinder- und Jugendbeteiligung wählt, hängt u. a. davon ab, wie lange der Prozess dauern soll, um welche Themen es geht und welche Altersgruppen aus welchen sozialräumlichen Milieus beteiligt sind.

Um eine Orientierung in der gegebenen Vielfalt zu erhalten, ist die folgende Kategorisierung zu empfehlen. Grundsätzlich kann im kommunalen Kontext unterschieden werden in:

- **Repräsentative Formen der Beteiligung:** Gremien oder Strukturen mit dem Charakter einer Interessenvertretung, wie z.B. Kinder- und Jugendbeiräte oder Parlament.
- **Offene Formen der Beteiligung:** Formen, die ebenfalls auf eine dauerhafte Beteiligung angelegt sind, jedoch allen Kindern und Jugendlichen eine temporäre Mitarbeit oder auch den Dialog zu Politik und Verwaltung ermöglichen, wie z.B. Kinder- und Jugendversammlungen, -konferenzen oder -foren, Demokratiewerkstätten, Arbeitsgemeinschaften oder Sprechstunden.
- **Projekt- und prozessorientierte Formen:** Maßnahmen, die sich mit einer Frage, einem bestimmten Gegenstand oder Thema über einen begrenzten Zeitraum hinweg befassen, wie z.B. Zukunfts- und Denkwerkstätten, Erhebungen, Befragungen, Planungsworkshops im Kontext der Bauleitplanung oder Stadtteilspaziergänge.
- **Stellvertretende Formen:** Erwachsene übernehmen eine Mittlerrolle zwischen Kindern, Jugendlichen und Entscheidungsträgern einer Kommune, indem sie die Meinungen, Interessen und Wahrnehmungen von Kindern in Erfahrung bringen und diese gegenüber den kommunalen Entscheidungsgremien vertreten. Beispielhaft zu nennen sind Kinder- und Jugendbüros, Kinder- bzw. Jugendbeauftragte oder Kinderkommissionen.

Das Formenspektrum bildet sich auch in den Ergebnissen der Befragung der brandenburgischen Kommunen ab. In der folgenden Tabelle erhalten Sie einen Überblick der bei den befragten Kommunen am häufigsten angewendeten Methoden und Verfahren.

Befragungsergebnisse: Formen und Methoden

Welche Formen und Methoden von Kinder- und Jugendbeteiligung wurden bei der Umsetzung der in der letzten Frage erwähnten Themen oder Maßnahmen jeweils angewendet?

	Ki-/Ju-Beauftragte	Parlament	Beirat	Foren	Versammlungen, Jugendkonferenzen	Arbeitsgruppen	(Einwohner) Sprechstunde	Zukunfts-/ Demokratie-/ Planungs- werkstätten	Planungs- und/ oder Ideenwettbewerbe	Gestalterische Aktionen (Modellbau, Video, Foto)	Fragebögen	Interviews
Kinder- und jugendfreundliche Kommunalentwicklung	39	22	28	33	28	28	17	28	17	17	44	17
Verbesserung des Wohnumfeldes (Gestaltung, Sicherheit, Sauberkeit)	33	11	17	22	22	33	11	22	6	28	28	17
Ort-/Stadtsanierungen	22	6	17	11	17	17	17	6	11	17	22	11
Verkehrs-, Straßen- und Wegeplanung	28	11	22	17	17	17	17	11	6	11	28	11
Spielraumgestaltung (Spielplätze, Schulhöfe..)	33	11	17	17	28	39	6	22	17	33	33	17
Sport- und Freizeitanlagen	22	6	17	28	28	33	6	22	22	50	28	17
Umwelt- und Naturschutz	17	6	17	11	17	33	0	17	6	11	22	11
Jugendclub/- zentrum (Raumplanung, Konzeptgestaltung)	39	17	28	17	39	33	11	22	11	22	33	33
Planung sonstiger Freizeitangebote	33	6	22	17	33	22	6	6	6	6	33	17
Schulentwicklungsplanung	28	6	11	0	17	6	6	0	0	0	6	0
Bürgerhaushalt	17	6	11	0	6	6	6	0	0	0	0	0

(Angaben in Prozent)

Die Rückmeldungen aus den Kommunen lassen auf eine große Methoden- und Formenvielfalt bei der Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung schließen. Im Rahmen der untersetzenden begleitenden Interviews wurde deutlich, dass die größten Wirkungen durch die Verknüpfung von Methoden, Instrumenten und Verfahren erzielt werden. Im Sinne der Etablierung von Beteiligungskultur wird einerseits die Kombination von repräsentativen und offenen Formen empfohlen (siehe z.B. Senftenberg, Forst, Rathenow). Aber auch bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an einem konkreten Gegenstand, Planungsprozess oder Verfahren ist es zu empfehlen, verschiedene Methoden in Abhängigkeit von der Verfahrensphase und ihren jeweiligen Zielen zu nutzen.

Eine beispielhafte Auswahl verschiedener **Methoden für verschiedene Prozessphasen** könnte z.B. so aussehen:

Informations- und Aktivierungsphase:

- Methoden der Öffentlichkeitsarbeit (wie z.B. aktivierende Befragungen, Informationsveranstaltungen an Schulen, Wettbewerbe...), um auf den Beteiligungsprozess überhaupt aufmerksam zu machen und junge Menschen zur Teilnahme zu motivieren.

Phase der Ideen- und Meinungssammlung:

- Wahl von offenen Formaten und kreativen Methoden (z.B. Stadtteilspaziergänge, Mal-, Graffiti- oder auch Modellbauworkshops, Fotorallyes, Ideenwerkstätten, Wettbewerbe), um durch niedrigschwellig und ansprechend gestaltete Formate möglichst viele Kinder und Jugendliche dazu zu aktivieren, ihre Meinungen und Ideen einzubringen.

Phase der Aushandlung/Abstimmung:

- Offene Methoden und Formate, die einen Dialog sowie Abstimmungsprozesse unter den Beteiligten aller Altersgruppen ermöglichen (z.B. Kinder- und Jugendkonferenzen/-versammlungen/-jurys oder auch Tools der ePartizipation). Gegebenenfalls kann der Aushandlungs- und Abstimmungsprozess auch an eine repräsentative Form, wie z.B. an einen Kinder- und Jugendbeirat übertragen werden.

Phase der Umsetzung:

- Je nach Gegenstand und Verlauf des vorangegangenen Verfahrens sind hier offene Formen, wie Arbeitsgemeinschaften oder z.B. auch ganz konkrete „Bau- oder Mitmachworkshops“ vorstellbar.

Um die Umsetzung der ausgewählten Formen und Methoden möglichst attraktiv für Kinder und Jugendliche zu realisieren, spielt das **Setting** eine entscheidende Rolle. An der Stelle sei unbedingt zu empfehlen, auf das Erfahrungswissen und die Ressourcen der örtlichen Jugendhilfe zurückzugreifen. Ausführliche Beschreibungen zu Methoden und Gelingenstipps für die praktische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen finden Sie alternativ im **Handbuch „Mitmischen“ – Warum Demokratie zum Aufwachsen gehört** sowie auf der Homepage „Kinderpolitik“ des DKHW. Die verweisenden Links entnehmen Sie bitte dem Serviceteil der Arbeitshilfe.

Eine kleine Herausforderung bei der Auswahl passender Formen und Methoden besteht darin, dass es kein einheitliches Verständnis der verschiedenen Formen von Kinder- und Jugendbeteiligung gibt. Kommunen definieren die Begriffe „Jugendparlamente“, Jugendbeiräte, Jugendforen oder auch Jugendkonferenzen mitunter sehr verschieden. In Einschätzung der Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung des Landes Brandenburg sind folgende Merkmale für diese Formen wesentlich:

Kinder- und Jugendbeirat ist eine institutionalisierte Form der kommunalen Jugendbeteiligung. Auf Grundlage des § 19 der brandenburgischen Kommunalverfassung vertreten sie als überparteiliche Gremien die Interessen der Jugendlichen gegenüber den politisch Verantwortlichen. Die wesentliche Aufgabe des Beirates besteht darin, die Kommunalpolitik beratend bei der Entwicklung und Umsetzung von Beschlüssen und Vorhaben zu begleiten, um sicher zu stellen, dass

die Belange von Kindern und Jugendlichen mitbedacht werden. Hierzu ist der Beirat üblicherweise in den politischen Ausschüssen vertreten, erhält rechtzeitig alle Sitzungsunterlagen und hat ein Rederecht zu allen Tagesordnungspunkten. Als beratendes Gremium der Kommunalpolitik werden die Mitglieder von Beiräten in der Regel nicht gewählt, sondern ernannt. Eine vorangehende Wahl der Mitglieder schließt sich damit aber nicht aus. Im Gegenteil ist zur Stärkung, Legitimation und Bekanntmachung des Beirates eine vorangehende Wahl unbedingt zu empfehlen.

Über die Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen in der Kommunalpolitik hinaus ist jeder Beirat frei in der Wahl seiner Aufgaben und Arbeitsformen. Auch die Anzahl, das Alter der Mitglieder, die Wahl- oder Benennungsverfahren, Wahlperioden sowie die konkreten Rechte des Beirates definieren Kinder, Jugendliche und Erwachsene einer Kommune selbst und verankern diese in Geschäftsordnungen und/oder kommunalen Satzungen.

Kinder- und Jugendparlamente ist die in Brandenburg am offensten definierte repräsentative Form der Kinder- und Jugendbeteiligung. Dieser Umstand resultiert aus der Geschichte der Kinder und Jugendbeteiligung in Brandenburg. Ende der 90er, Anfang der 2000er Jahre entstanden in vielen Orten, wie z.B. in Senftenberg, Treuenbrietzen und Beelitz, Jugendparlamente aus der Initiative aktiver Jugendlicher. Impulsgebend waren in vielen Fällen Jugendliche, die sich als politische Vertretung der Jugendlichen – oft zu ganz konkreten Themen oder Vorhaben – auf der kommunalen Ebene einbringen wollten. Um die Arbeit ihrer Initiativen zu verstetigen, gründeten sie selbst oder in Kooperation mit ihrer Kommune Kinder- und Jugendparlamente. Entgegen der Praxis in anderen Bundesländern sind die Mitglieder brandenburgischer Kinder- und Jugendparlamente in den meisten Fällen nicht gewählt. Eine Mitgliedschaft kann in den meisten Fällen durch aktives Mitmachen erwirkt werden. Auch im Status der kommunalen Legitimation, der jeweiligen Zielstellung und der Arbeitsstruktur unterscheiden sich die Kinder- und Jugendparlamente oft deutlich voneinander.

Jugendforen sind halbinstitutionalisierte Formen kommunaler Jugendbeteiligung. Sie zeichnen sich durch regelmäßige Treffen und die gemeinsame Bearbeitung von Projekten aus. Es findet keine Wahl der Mitglieder statt, die Teilnahme steht allen interessierten Jugendlichen einer Region offen. Grundsätzliches Ziel von Jugendforen ist es, Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen und Bedürfnisse gegenüber kommunalen Entscheidungsträgern zu vertreten und darüber Impulse für die Orts-/Regionalentwicklung zu setzen. Dieses Format wird in Brandenburg aktuell häufiger realisiert, da die im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben“ geförderten Gebietskörperschaften dazu aufgefordert sind, Jugendforen auf Landkreis- oder Stadtebenen zu etablieren. Eine vorbestimmte Aufgabe dieser Jugendforen liegt in der Mitsprache des über die Fördermittel zu vergebenden Jugendfonds zur Förderung demokratie-stärkender Projekte.

Kinder- und Jugendversammlungen, -konferenzen und Demokratiewerkstätten

Grundsätzlich sind Versammlungen im Sinne von Hearings nicht-institutionalisierte Formen kommunaler Jugendbeteiligung. Sie finden in der Regel ein- bis zweimal jährlich statt, können durchaus öfter oder auch nur einmalig veranstaltet werden. Es handelt sich um Veranstaltungen, bei denen Kinder und Jugendliche ihre Ansichten, Meinungen und Perspektiven äußern. Das Ziel besteht im Austausch von Interessen, Wünschen und Kritikpunkten der Kinder und Jugendlichen mit erwachsenen Entscheidungsträger*innen und Expert*innen ihres Ortes.

Nach diesem Prinzip funktionieren auch die Demokratiewerkstätten, die z.B. in Wittstock und Umgebung seit 2012 sehr erfolgreich umgesetzt werden. Mittels des dort entwickelten sehr attraktiven Settings und der fest etablierten Kooperation zwischen Kommune und Trägern der Jugend(sozial)arbeit werden mit diesem Format regelmäßig viele Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Milieus erreicht.

Überwiegend ist in der Praxis jedoch festzustellen, dass offene Dialogformate in Kommunen zumeist von Kindern und Jugendlichen mit guten Bildungsvoraussetzungen genutzt werden, die häufig bereits politisch interessiert sind. Um dieser Herausforderung zu begegnen, entwickelte Cottbus 2012 die Idee, die Gewinnung der Teilnehmer*innen für die jährlich stattfindenden Kinder- oder Jugendkonferenzen über Informationsveranstaltungen und Delegiertenwahlen an allen Schulen der Stadt zu realisieren. Dieses so entwickelte halbinstitutionalisierte Format wird aufgrund der vielen positiven Erfahrungen inzwischen auch in anderen brandenburgischen Kommunen praktiziert (siehe Fallbeispiele Cottbus und Forst).

Ressourcen und positive Rahmenbedingungen

Wie jeder andere Prozess braucht auch die Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung Ressourcen.

Obgleich bei der Mehrheit der befragten Kommunen ein zunehmender Professionalisierungsgrad im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung festzustellen ist, stehen dem in den meisten Fällen nur geringe finanzielle Ressourcen gegenüber, die die Kommunen aufwenden. Allerdings schätzte die Mehrheit der befragten Kommunen in den Interviews ein, dass die Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung nicht zuerst oder gar ausschließlich von der Finanzkraft einer Kommune abhängt, wie die folgenden Erhebungsergebnisse zeigen:



Jugendstammtisch „Amt Märkische Schweiz“

Befragungsergebnisse: Rahmenbedingungen

Prozesse der Kinder- und Jugendbeteiligung benötigen unterstützende Rahmenbedingungen, wie schätzen Sie diese in Ihrer Kommune ein?

	Trifft voll zu				Trifft nicht zu	
	1	2	3	4	5	6
Das politische Klima in unserer Kommune ist für Kinder- und Jugendbeteiligung förderlich	35	41	17	6	0	0
Fachkräfte der Jugendhilfe unterstützen Kinder- und Jugendbeteiligung	47	29	18	0	6	0
Fachkräfte der Schule unterstützen Kinder- und Jugendbeteiligung	29	29	35	6	0	0
Finanzmittel für Kinder- und Jugendbeteiligung sind ausreichend vorhanden	6	24	29	12	29	0
Wissen und Kompetenzen im Handlungsfeld sind seitens der erwachsenen Akteure im ausreichend Umfang vorhanden	0	24	65	6	0	6
Kinder- und Jugendbeteiligung und deren Ergebnisse werden von Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung akzeptiert	35	35	18	12	0	0
Eltern unterstützen Kinder- und Jugendbeteiligung	18	35	35	6	6	0
Die Vernetzung von Verwaltung, Politik und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft im Handlungsfeld Kinder- und Jugendbeteiligung ist gut	12	41	35	12	0	0
Kinder und Jugendliche können zur Mitwirkung an Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen motiviert werden	24	41	12	18	6	0
Es sind bereits Strukturen der Einwohnerbeteiligung etabliert, die auch für die Prozesse der Kinder- und Jugendbeteiligung genutzt werden können	12	24	35	18	12	0
Die personellen Ressourcen für Kinder- und Jugendbeteiligung sind ausreichend	6	18	29	24	24	0

(Angaben in Prozent)

Der Begriff der Ressourcen ist unbedingt über die finanziellen Mittel hinaus zu definieren. Ihm zuzuordnen sind sämtliche Mittel, welche alle an einem Beteiligungsprozess involvierten Akteur*innen zu dessen Umsetzung einbringen können. Ressourcen können also von persönlichen Eigenschaften und Fähigkeiten der Beteiligten, über Netzwerkzugänge, materielle und finanzielle Ressourcen bis hin zur Ressource Zeit reichen.

In der Erfahrung der befragten Kommunen zeigt sich, dass die wichtigsten Ressourcen im Bereich der persönlichen Voraussetzungen der beteiligten Akteur*innen liegen. Entscheidend sind vor allem Haltung und Motivation. Je höher diese bei der Mehrheit der Mitwirkenden ist, um so sicherer ist der Erfolg. Im Gegenzug gelingt Kinder- und Jugendbeteiligung im kommunalen Raum nicht, wenn Verständnis und Motivation vor allem im kommunalpolitischen Raum fehlen.

Unmittelbar folgend wird die Ressource der „interdisziplinären Kooperation und Netzwerkbildung“ als Erfolgsindikator benannt. Diese sichert nicht nur z.B. Zielgruppenzugänge, Wissensressourcen und personelle Ressourcen. Sie befördert auch die Etablierung von Beteiligungsstrukturen und bietet zudem Zugriffsmöglichkeiten auf materielle Ressourcen der Netzwerkpartner, die eine Umsetzung ermöglichen. Erst zuletzt werden die finanziellen Mittel genannt.

Ressource: Akteure, Kooperationen und Netzwerke

Die wichtigste Akteursgruppe in Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen sind Kinder und Jugendliche. An dieser Stelle sei nochmals Mut gemacht, diese so früh wie möglich zu beteiligen. Kinder und Jugendliche wollen sich für ihre konkreten Anliegen einsetzen. Sie benötigen dazu nur altersgerechte Verfahren, Settings und (Informations-)Materialien. Mit der Unterstützung Erwachsener sind Kinder bereits im Vorschulalter kompetent genug, um sich mit politischen, planerischen und zukunftsorientierten Themen auseinanderzusetzen. Erfahrungen aus Kinder- und Jugendversammlungen in Kita's oder Kinderkonferenzen zeigen, dass eine Vielzahl der (kommunal) politischen Themen von Kindern im Kindergarten- bzw. Grundschulalter bearbeitet werden können (siehe Fallbeispiel Cottbus).

Die Herausforderung für Akteur*innen aus Kommunalpolitik und Verwaltung besteht hierbei häufig darin, Kinder und Jugendliche zu erreichen und altersgerecht zu informieren. Ausgleichend werden hierfür Kooperationen genutzt und Netzwerkstrukturen entwickelt.

83,3 % der befragten Kommunen verfügen zur Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung über feste Kooperationen und etablierte Netzwerkstrukturen. Im Idealfall gelingt bereits von Beginn an der Aufbau eines **kontinuierlich und verbindlich zusammenarbeitenden Netzwerkes** aus Politik, Verwaltung, Kindern, Jugendlichen, Kitas, Hort, Schule, Jugendarbeit, Kirchen, Vereinen und Verbänden. Um Generationenkonflikten vorzubeugen, sind in einigen Fällen auch Senior*innenvertretungen in die Netzwerkstruktur eingebunden.

Über viele dieser Kooperationspartner können sowohl Kinder und Jugendliche erreicht als auch vorhandene Kompetenzen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen genutzt werden. Hierin sehen die befragten Vertreter*innen der brandenburgischen Kommunen auch das Hauptziel der Kooperation. Beschriebene Nebeneffekte von Kooperationen sind darüber hinaus mögliche **Zugänge zu Räumen, Technik und z.B. Transportmitteln**, die für Veranstaltungen und Projekte benötigt werden.

Die Erfahrungen der befragten Brandenburger Kommunen zeigen jedoch auch, dass Netzwerke nicht nur klug zusammengesetzt, sondern auch gepflegt und begleitet werden müssen. Netzwerke können dann wirkungsvoll arbeiten, wenn:

- alle Netzwerkpartner*innen für sich einen Mehrwert in der Mitarbeit erkennen
- Ziele und Aufgaben des Netzwerkes abgestimmt sind
- Terminabstimmungen und Informationsmanagement zuverlässig koordiniert sind
- Rahmenbedingungen (Zeiten, örtliche Erreichbarkeit, Setting) allen Akteur*innen eine Mitwirkung ermöglichen
- eine Moderation den Gesprächsverlauf und die Ergebnissicherung unterstützt
- die Ergebnisse dokumentiert werden

Ressource Personal in der Kommune

In Anbetracht der entstehenden Koordinations-, Informations- und Organisationsprozesse schätzt die Mehrheit der befragten Kommunen ein, dass die Schaffung von Personalstellen bzw. von Stellenanteilen einen klaren Gelingensfaktor für Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse darstellt. Im Idealfall sollten diese als „Stabsstellen“ in der Verwaltung verankert sein. Aus dieser Position heraus können die für Beteiligung zuständigen Mitarbeiter*innen in enger **Abstimmung mit allen anderen Verwaltungsbereichen und Kommunalpolitik** den Informationstransfer, die Ergebnissicherung und die Begleitung der beteiligten Kinder und Jugendlichen absichern.

Von dieser Idealvorstellung ist die kommunale Praxis in Brandenburg noch etwas entfernt. Alle befragten Kommunen schätzen ein, dass die Personalkapazitäten noch nicht ausreichen. 10 der befragten Kommunen stellen Personalressourcen im Umfang von 0,1 bis 0,8 VzE zur Verfügung. Erst zwei der befragten Kommunen konnten bereits Vollzeitstellen etablieren.

Diese Angaben sind jedoch nur als Schätzungen zu verstehen. Den meisten Kommunen fiel es schwer, die Summe der konkreten Personalanteile zu benennen, die innerhalb der Verwaltung an Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen mitwirken. Diesbezügliche Arbeitszeitanteile werden in den seltensten Fällen erfasst und dokumentiert werden. Aus diesem Grund machten vier der befragten Kommunen keine Angaben.

Temporär greifen die meisten der befragten Kommunen auf personelle Unterstützung von Personen aus der Kinder- und Jugendhilfe und aus Schulen zurück. Diesbezüglich wird jedoch die Schwierigkeit benannt, Fachkräfte der Jugendarbeit verbindlich einbinden zu können. Trotz der im Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) definierten Aufgabe der Jugendarbeit, Beteiligungsprozesse von jungen Menschen zu fördern, ist eine konkrete Auftragsklärung mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe oft sehr schwierig. Hier werden Ressourcenpotenziale noch als unerschlossen eingeschätzt.

Ressource Sach- und Materialleistungen

Alle befragten Kommunen nutzen im Rahmen von Kinder- und Jugendbeteiligungsverfahren eigene Sach- und Materialressourcen. Der Einsatz vorhandener Räume, Technik und Transportmittel ermöglicht die Umsetzung von Veranstaltungsformaten und Dialogstrukturen. Die Mehrheit der befragten Kommunen stellt aktiven Kindern und Jugendlichen Räume zur Verfügung. Um eine selbständige Arbeit in Gremien oder an Projekten zu ermöglichen, gewährleisten einige Kommunen zudem freien Zugang zu Kommunikationstechnik, Veranstaltungsmaterialien und Transportmitteln. Damit sind nicht nur Rahmenbedingungen für eine aktive Beteiligung geschaffen, sondern Kinder und Jugendliche erleben diese Bereitstellung von Ressourcen zudem als sehr motivierende Form der Wertschätzung. Dennoch ist unbedingt zu empfehlen, Kooperationsgespräche mit den Trägern der Jugendarbeit aufzunehmen. Beratend kann hier die Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung des Landes Brandenburg wirken.

Ressource Haushaltsmittel (ohne Personalkosten)

Finanzen werden als sehr befördernde und notwendige Ressource eingeschätzt. Allerdings wurde in der Befragung der brandenburgischen Kommunen auch deutlich, dass das Fehlen kommunaler Haushaltsmittel keinen Ausschlussfaktor für Beteiligungsprozesse darstellt. Die Höhe der jährlich für Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse aufgewendeten Haushaltsmittel konnte durch die befragten Akteur*innen in den meisten Fällen ebenfalls nur sehr grob oder gar nicht eingeschätzt werden. Die Nennungen lagen zwischen 500 € bis 22.000 € jährlich. Kommunen mit fest installierten Beteiligungsstrukturen wie z.B. Potsdam und Fürstenwalde wenden jährlich deutlich höhere Ausgaben auf, die sich aufgrund der Kontinuität und Komplexität der Vorhaben auf diverse Haushaltsstellen und Fördermittelverfahren verteilen. In Folge konnten die jeweiligen Gesamtsummen im Rahmen dieser Erhebung nicht detailliert erfasst werden.

In Auswertung der Befragung werden die aufgewendeten Haushaltsmittel überwiegend eingesetzt für:

- Betriebs- und Sachkostenzuschüsse für eingebundene Projekte der Jugendarbeit
- Fonds/Budgets zur (selbstverwalteten Umsetzung) von Projekten
- Mittel für Öffentlichkeitsarbeit
- Veranstaltungskosten
- Honorarmittel zur Finanzierung von begleitenden/unterstützenden Expert*innen
- Sach- und Kommunikationskosten von Jugendparlamenten, -beiräten und -initiativen
- Sitzungsgelder für Mitglieder des Jugendbeirates als sachkundige Einwohner*innen
- Fortbildungen

In drei der befragten Kommunen werden den etablierten Gremien (Jugendbeirat, Kinder- und Jugendparlament) per Haushaltsbeschluss Mittel zur eigenen Verwendung in einer eigenen Kostenstelle definiert. Die Ausgabe der Mittel erfolgt auf Beschluss der Kinder und Jugendlichen im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung.

Die Mittelverwaltung erfolgt in allen Kommunen durch die Verwaltung. Alle befragten Kommunen haben zur Umsetzung von Jugendbeteiligungsprozessen anteilige Fördermittel beantragt. 50 % der befragten Kommunen nutzten den Länderfonds „Demokratie und Wahlen“ des Deutschen Kinderhilfswerkes, über den seit 2012 die Beantragung von Fördermitteln des Landes Brandenburgs zur Kofinanzierung von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen möglich ist.

Nachhaltigkeit von Beteiligung durch kommunale Verankerung

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollte grundsätzlich und strategisch in formelle Planungs- und politische Entscheidungsstrukturen eingebunden werden. Die Verankerung von Verfahrensabläufen, Beteiligungsstrukturen und Fristenregelungen in kommunalen Satzungen, Maßnahmen, Konzeptionen, Stellenbeschreibungen oder Geschäftsordnungen bindet die notwendigen Ressourcen und verhindert Willkür sowie Beliebigkeit. Darüber hinaus kann so auch die qualifizierte Berücksichtigung der Ergebnisse durch politische Repräsentationsgremien und Verwaltungsbereiche und in Folge ihr Verbindlichkeitsgrad gesichert werden.

Oft stellen Kinder und Jugendliche eine Minderheitengruppe mit geringer Lobbykraft im politischen Raum dar. Zudem handelt es sich bei Kinder- und Jugendbeteiligungsverfahren überwiegend um „informelle“ Beteiligungsverfahren. Als solche basieren sie nicht auf konkreten, die Umsetzung sichernden Gesetzesgrundlagen und unterliegen nur geringen Vorgaben rechtlicher Formalisierung. Hieraus ergibt sich zwar einerseits die Möglichkeit der regionalen bedarfs- und situationsangepassten Ausgestaltung. Andererseits besteht ohne kommunale Verankerung oder verbindliche Vereinbarungen jedoch das Risiko, dass Prozesse ergebnislos bleiben bzw. Ergebnisse keine Bedeutung erlangen können. Diese Einschätzung teilt auch die Mehrheit der befragten brandenburgischen Kommunen. Geäußert wurde die Erfahrung, dass die Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen bei den sie betreffenden Entscheidungen im kommunalen Raum ohne verbindliche Regelungen schwer zu sichern ist. In der Praxis nutzt die Mehrheit der befragten Kommunen deswegen bereits verschiedene Ansätze der kommunalen Verankerung.

Befragungsergebnisse: Kommunale Verankerung

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist verankert...

	ja	nein	weiß nicht
...in Ratsbeschlüssen	10	7	1
...in Fachausschussbeschlüssen	10	7	1
...in einer kommunalen Satzung	7	11	0
...im integrierten Stadtentwicklungskonzept	6	9	3
...in der Hauptsatzung	5	12	1
...in einer kommunalen Beteiligungsstrategie	5	10	3
...in sonstigen Stadtteil- oder Ortsentwicklungskonzepten	4	10	4
...im Leitbild der Stadt	3	14	1
...in kommunalen Qualitätsstandards	3	13	2
...in Dienst- und Verfahrensanweisungen	3	13	2
...im kommunalen Bildungskonzept	2	11	4

(Angaben in Prozent)

Kommunale Prozessbeispiele aus der brandenburgischen Praxis

Amt Märkische Schweiz

Mit Kultur und Spaß zur Beteiligungskultur

Seit 1994 realisiert Chance e.V. im Amt Märkische Schweiz innovative, ansprechende Projekte, um Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Spaß und Kultur zum Mitdenken, Mitsprechen, Mitentscheiden zu motivieren und für den Dialog mit Verwaltung und Kommunalpolitik zu mobilisieren. Langfristiges Ziel ist die Verankerung von Kinder- und Jugendbeteiligung, die kommunalpolitisch ernst genommen wird. Die Amtsverwaltung teilt und unterstützt dieses Anliegen. Innerhalb der Gemeinden des Amtes sowie in der Kommunalpolitik wird es jedoch noch sehr differenziert bewertet. Die Umsetzung braucht einen langen Atem, viele gute Ideen und vielleicht auch bessere rechtliche Rahmungen, um Bewusstsein zu erzeugen und Strukturen zu etablieren. Aber – es lohnt sich!

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- aus 5 Gemeinden bestehendes Amt im Landkreis Märkisch-Oderland
- 9214 EW (Stand 31.12.2015)
- gelegen im ländlichen Raum im Osten Brandenburgs, der LEADER-Region Märkische Seen und im Naturpark Märkische Schweiz

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:

Beabsichtigte Wirkung

In enger Kooperation mit der Amtsverwaltung, Schulen und Vereinen vor Ort realisiert der freie Träger Chance e.V. gemeinwesenorientierte Beteiligungsformate, um Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendbeteiligung zu schaffen und das Interesse von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen an der lokalen Politik zu stärken.

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

- Beteiligungsfestival und Ideenwerkstatt beim KITA-Neubau in Buckow
- Jugendstammtisch/Veranstaltungsreihe „Partyzipation“
- Bürgerdialog-Format „Bürgerbühne“

Finanzierung und Ressourcen

- 0,1 Stellen Amtsjugendpfleger
- ca. 180.000 € Fördermittel: „Aktion Mensch“, Länderfonds „Demokratie und Wahlen“ (DKHW), LEADER
- ca. 2.000 € kommunale Haushaltsmittel
- kassenunwirksame Leistungen: Räume, Ressourcen des Amtsjugendpflegers

Netzwerkpartner

Schulen, KKJR MOL e.V., Lebenshilfe e.V., Stephanus-Werkstätten, Naturparkverwaltung Märkische Schweiz, LAG Märkische Seen e.V. und andere



Kinderkonferenz Cottbus

Prozessbeschreibung „Bürgerbühne Buckow“:

Ziele und Akteure

Seit der Gründung im Dezember 1994 entwickelt der Verein Chance e. V. mit Unterstützung der Amtsverwaltung Angebote in den Schwerpunkten Jugendkulturarbeit und Kinder- und Jugendbeteiligung in kommunalen Entscheidungsprozessen. Um die Belange der Kinder und Jugendlichen stärker in das kommunale Zusammenleben integrieren zu können und neue Partner zu finden, entwickelte der Verein zunehmend Formate im Gemeinwesen. Entstanden ist die Bürgerbühne, die mit einer guten Mischung aus Humor, Gemütlichkeit und Information den Dialog der Einwohner*innen aller Altersstufen untereinander sowie mit Politik und Verwaltung über Themen der Kommunalpolitik ermöglicht, Menschen an Politik heranzuführen und ihr Interesse am Mitgestalten (wieder) zu erwecken.

Zeitraum

seit November 2016 monatlich

Kosten/Finanzierung

- Fördermittel: Aktion Mensch



Meilensteine des Projektes:

Seit November 2016 bietet die „Bürgerbühne“ an jedem letzten Sonntagnachmittag des Monats im beliebten Familiencafé „lokal.“ in Buckow politisches Theater von und für alle Einwohner*innen. Das erfolgreiche Beteiligungsformat verbindet bewusst gemütliches Setting, Kultur und politischen Dialog miteinander, um Menschen aller Altersgruppen anzulocken. Es versteht sich als eine Plattform für szenische Darbietungen mit politischer Botschaft, die zum Mitmachen einlädt.

Die Idee basiert auf dem Ansatz des Forumtheaters von Augusto Boal. Theater soll gesellschaftliche Themen nahe bringen und Menschen in die Lage versetzen, gemeinsam Lösungen zu entwickeln und ihre Meinung zu äußern. Die Themen für die Bürgerbühne werden durch die von Chance e.V. koordinierte Theatergruppe durch Recherchen in der Bevölkerung sowie in der Stadtverordnetenversammlung erfasst. Entsprechend groß und vielfältig ist die Themenpalette, die von Ökologie, Ökonomie, Kommunalverwaltung, sozialem Miteinander, sozialem Wohnungsbau bis z.B. zur Kreisgebietsreform reicht. Den jeweiligen thematischen Einstieg bietet eine kleine szenische Darstellung mit zumeist satirischem Charakter. Zur Ermöglichung einer sachlichen Auseinandersetzung folgt ein Informationsteil, der in die zumeist sehr rege Diskussion überleitet. Die Ergebnisse werden durch anwesende Stadtverordnete und das Team von Chance e.V. in die Kommunalpolitik transferiert.

Die „Bürgerbühne“ resultierte aus dem vorangegangenen, durch „Aktion Mensch“ geförderten Projekt „Legislative“, in dem Chance e.V. vielfältige Aktivitäten der Kinder- und Jugendbeteiligung entwickelte und erprobte.



In Kooperation mit der Grundschule Buckow entstand hier die „Klein(-bürger)bühne“, die ebenfalls mittels des Forumtheaters Kindern der Klassenstufe 5 und 6 die Möglichkeit bot, ihre Themen auf die Bühne zu bringen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Mit Auslaufen der Projektförderung muss die Umsetzung der Klein(-bürger)bühne leider ruhen, bis neue Finanzierungsformen gefunden sind. Neben Theaterprojekten wurde im Rahmen von „Legislative“ auch die Veranstaltungsreihe „Partyzipation“ initiiert, um Jugendlichen einen adäquaten Zugang zu politischen Kontexten zu schaffen und sie bei der Gründung einer Interessensvertretung zu unterstützen. Die ursprüngliche Idee der Etablierung eines festen Gremiums scheiterte an Rahmenbedingungen wie langen Schulwegen, ungünstigen Nahverkehrsverbindungen und knappen Zeitressourcen der engagierten Jugendlichen. Als gute Alternative konnte der „Jugendstammtisch“ gegründet werden, der sich seit 2016 14-tägig donnerstags im „lokal.“ trifft und allen Jugendlichen offensteht, die sich einerseits auf kommunalpolitischer Ebene für jugendliche Belange einsetzen und andererseits jugendgemäße Aktivitäten in ihrem Wohnort organisieren wollen. Jugendliche des Stammtisches bringen ihre Themen in die Bürgerbühne ein und sind je nach Thema Darsteller*innen, Expert*innen oder Gäste.

Wirkungen und Effekte:

Die Bürgerbühne wird mit großem und stetig wachsendem Interesse von Einwohner*innen und Kommunalpolitiker*innen besucht, da sie einen echten, ergebnisorientierten Dialog der Menschen mit ihren gewählten Vertretern ermöglicht und sehr unterhaltsam ist. Im Rahmen der Leitbild-Diskussion im März 2017 bewährte sich die Bürgerbühne als ein wichtiges Beteiligungsinstrument. Im Kontext dieser thematischen Veranstaltung gelang eine sehr umfassende Bestandsaufnahme relevanter Themen und Schwerpunkte der Einwohner*innen.

Die Bürgerbühne steigerte nicht nur das Interesse von Menschen an der Kommunalpolitik, sondern ermöglicht eine bessere Verständigung unter den verschiedenen Einwohner*innengruppen. Nicht zu unterschätzen ist der Nutzen der Bürgerbühne als Plattform für die Artikulation von Unmut, der so bearbeitbar wird. Die Möglichkeit, Kritik öffentlich zu äußern und dabei ernsthaft angehört zu werden, schafft eine größere Zufriedenheit in der Bevölkerung. Die in den letzten Jahren realisierten Beteiligungsformate haben die positive Wahrnehmung von Kindern und Jugendlichen im Amt gestärkt. Kinder und Jugendliche selbst erleben demokratische Prozesse und üben sich in Dialog und Beteiligung.



Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:

Die Bürgerbühne zeigt, dass es lange braucht, bis Formate direkter Demokratie als legitime Formen der Mitwirkung anerkannt werden. Neben den vielen positiven Effekten hat das Projekt auch zu einer starken Polarisierung geführt.

Parallel zum wachsenden Interesse der Einwohner*innen an dem offenen Dialog stieg der Widerstand in Teilen der Kommunalpolitik. Die Ergebnisse der Bürgerbühne wurden von gewählten Vertreter*innen der repräsentativen Demokratie zurückgewiesen, direkte Demokratie grundsätzlich in Frage gestellt und das Projekt durch anonyme Drohbriefe an die Fördermittelgeber kurzzeitig in Gefahr gebracht.

Ein großer Stolperstein in Beteiligungsprozessen bedeutet die Schwierigkeit der verbindlichen Regelung des Umgangs mit den Ergebnissen, die per se nicht legitimiert sind. In der Kommunalpolitik fehlt oft noch die Haltung, Meinungen von Einwohner*innen wertschätzend anzuerkennen und bei den eigenen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Tipps für das Gelingen:

- Beteiligung gelingt dann, wenn Kommunalpolitik transparent wird und Menschen verstehen können, worüber geredet und nachgedacht wird.
- Nicht alle Menschen, die mitreden möchten, wollen und können in repräsentativen Gremien mitwirken. Plattformen, die den Dialog ermöglichen, erhöhen die Lebenszufriedenheit und Akzeptanz der Einwohner*innen für Entscheidungen der Kommunalpolitik.
- Spaß, Humor und das passende Setting locken Menschen zum Mitmachen.
- Gelingende Beteiligung braucht personelle, finanzielle Ressourcen und gute Kooperationsstrukturen zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft.

Ansprechpartner:

„Kinder- und Jugendbeteiligung ist wichtig, damit sich Kinder und Jugendliche wohlfühlen, verbunden fühlen und mitgestalten.“

Marco Böttche, Amtsdirektor

Amt Märkische Schweiz

Tel.: 033433 659-0, E-Mail: amtsverwaltung@amt-maerkische-schweiz.de

Amtsjugendpfleger Andreas Raböse

Telefon 033433 361, E-Mail: jugend@amt-maerkische-schweiz.de



Beeskow

Reaktivierung des Bahnhofes zum Bandprobenzentrum

Kinder und Jugendliche in die Entwicklung ihrer Heimatstadt stärker einzubeziehen und an der Zukunftsplanung direkt zu beteiligen ist ein wichtiges Ziel für die Stadt Beeskow. Etwa Mitte der 90er Jahre wurde durch Selbstinitiative von Jugendlichen bei der Suche nach Räumlichkeiten für einen Jugendtreff der Startschuss für eine aktive Kinder- und Jugendbeteiligung in Beeskow gelegt. Seitdem konnten viele Projekte gemeinsam mit den Jugendlichen umgesetzt werden. Dabei sind Beteiligungsprozesse in Beeskow immer auch als Bildungsprozesse für die Jugendlichen zu verstehen, sie schaffen Identität und Verbundenheit mit der Heimatstadt und stärken das Selbstbewusstsein und die persönliche Entwicklung jedes Einzelnen.

Erwerb der Hälfte des
Bahnhofsgebäudes

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- Mittelzentrum des Landes Brandenburg an der Spree, circa 80 km südöstlich von Berlin
- Verwaltungssitz des Landkreises Oder-Spree
- 8.122 EW (Stand 12/2015)

August: 1. Konzert beim
Jugendteam Beeskow mit
Infos zum Bandschuppen
September: Tag der
offenen Baustelle
Oktober: 2. Konzert
mit Fotowand der
Bauarbeiten
Dezember: Treffen der
interessierten Bands

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:

Beabsichtigte Wirkung

- Identität und Verbundenheit mit der Heimatstadt entwickeln
- Selbstbewusstsein und persönliche Entwicklung stärken

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

- regelmäßige Treffen zwischen Stadt und Jugendarbeit
- Teilnahme des Bürgermeisters an Schulkonferenzen
- entspanntes Verhältnis zu den Abgeordneten

Finanzierung und Ressourcen

- kein eigenes Beteiligungsbudget
- Projektförderung über den Ausschuss für Kultur, Bildung und Jugend
- Finanzierung über Mittel der Jugendarbeit (Stadt und Landkreis)

Netzwerkpartner

- Stiftung SPI (Sozialpädagogisches Institut Berlin) mit dem „Jugend-Team Beeskow“
- Lehrer*innen der Beeskower Grundschule und Oberschule
- Sportvereine

Januar: Einigung mit den
Nutzern, Abschluss der
Nutzungsverträge
April: Eröffnung



Prozessbeschreibung: Reaktivierung des Bahnhofes zum Bandprobenzentrum

Ziele

- Schaffung von neuen Bandprobenräumen
- Reaktivierung und Sanierung eines Einzeldenkmals

Akteure

- „Jugend-Team Beeskow“
- Stadtverwaltung Beeskow
- Jugendliche

Zeitraum

2010 – heute

Kosten/Finanzierung

Die Stadt Beeskow investierte rund 105.000 € in die Umbaumaßnahme des Bahnhofsgebäudes. Mit 175.000 € wurde das Projekt aus Mitteln des Europäischen Strukturfonds ILE/LEADER kofinanziert. An den laufenden Betriebskosten (Heizung, Strom, Wasser) sind die jugendlichen Nutzer mit monatlichen Pauschalen beteiligt.



Meilensteine des Projektes:

Im Jahr 2010 entschied sich die Stadt Beeskow zum Kauf der lange leerstehenden Stückguthalle des Beeskower Bahnhofes. Damals ging es der Stadt vornehmlich um die Frage, wie die alte Abfertigungshalle als Schandfleck im Stadtbild attraktiver gestaltet und einer neuen Nutzung zugeführt werden könnte. Gleichzeitig gab es in der Stadt vermehrte Nachfragen Jugendlicher nach Bandprobenräumen. Diese nutzten mit ihren Bands bis dahin größtenteils beengte und schlecht ausgestattete Kellerräume sozialer Gebäude, in denen es durch die laute Musik zur Belästigung anderer Mieter kam. Der Bedarf nach einer Musikwerkstatt für angehende Künstler war groß, das neu erworbene Bahnhofsgebäude ideal für dieses Vorhaben. Für dessen Finanzierung stellte die Stadt einen Förderantrag für die Sanierung des unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes.

Im Entstehungsprozess des Bandprobezentrums übernahm das Jugend-Team der Stiftung SPI die Aufgabe, musikinteressierte Jugendliche und junge Erwachsene innerhalb der durch die Stadt bereits gesetzten Planungs- und Nutzungsvorgaben am Prozess zu beteiligen. Durch Befragungen sowie in Workshops und Foren wurden mit den Jugendlichen die Aufteilung, Vergabe und Innengestaltung der Bandprobenräume, die Vertragskonditionen zur Nutzung der Räume sowie die Regeln der Raumnutzung entwickelt und abgestimmt. Um Partizipation unter den Nutzer*innen nachhaltig zu gewährleisten, wurde ein Plenum installiert.



In Zusammenarbeit mit den Jugendlichen entstanden so insgesamt fünf Probenräume, in denen derzeit sechs Bands proben. Um die nachbarschaftliche Atmosphäre zu erhalten und die neuen Räume lange beschwerdefrei nutzen zu können, wurden die Räume allesamt schallisoliert. Die Bands werden an den Betriebskosten, wie Heizung, Strom und Wasser, beteiligt.

Die Eröffnung des Bandschuppens fand im Jahr 2012 statt. Die Betreuung des Objektes und der Jugendlichen erfolgt über die Jugendarbeit des Jugendteams Beeskow der Stiftung SPI. Der Kinder- und Jugendbeteiligung in Beeskow liegt eine bedarfsorientierte Handlungsweise zugrunde. Das bedeutet, dass die Impulse von den Jugendlichen selbst ausgehen. Jugendarbeiter*innen wenden sich dann stellvertretend mit den jeweiligen Wünschen oder Problemen an die Stadtverwaltung Beeskow. Anschließend werden diese Anliegen mit den Abgeordneten besprochen, um geeignete Lösungswege zu entwickeln und gegebenenfalls sinn- und dauerhafte Projekte umzusetzen. Durch die „kurzen Wege“ innerhalb der Verwaltung und zwischen den Jugendlichen und den Sozialarbeiter*innen kann sichergestellt werden, dass Projekte schneller und unkomplizierter verwirklicht werden können und sich die Jugendlichen ernst genommen fühlen.



Wirkungen und Effekte:

- Mit der Sanierung des Bahnhofgebäudes und dessen Ausstattung zum Bandprobenraum hat die Stadt Beeskow den Jugendlichen nicht nur ein attraktives Freizeitangebot geschaffen, sondern gleichzeitig einen städtebaulichen Missstand an exponierter Stelle in der Stadt dauerhaft beseitigt.
- Durch die frühzeitige Einbindung Jugendlicher in den Gestaltungsprozess besteht eine große Identifikation mit Gebäude und Projekt, was sich positiv auf die Auslastung der Bandprobenräume auswirkt.



Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:

- Die finanziellen Ressourcen und Umsetzungszeiträume einer Stadt können Jugendliche meist nur schwer verstehen. Hier hilft miteinander reden und abwägen.
- Förderbedingungen und/oder kommunale Gegebenheiten schränken die Beteiligungsmöglichkeiten Jugendlicher an Vorhaben und Projekten mitunter ein. Dies nicht von vornherein zu kommunizieren kann Vertrauensbrüche und Frustration auslösen.





Tipps für das Gelingen:

- Die Wünsche und Forderungen der Jugendlichen als Expert*innen in eigener Sache müssen ernst genommen werden.
- Jugendliche sind eine heterogene Einwohner*innengruppe einer Stadt. In Beteiligungsprozessen müssen sie sich ebenfalls einigen, was manchmal nicht gelingt. Erwachsene als Moderator*innen sind hier oft hilfreich.
- Die Stadt muss mit Verzögerungen, Leerlauf und Aufgabe einzelner Projekte von Jugendlichen rechnen.
- Eine gute Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Sozialarbeiter*innen ist eine Grundvoraussetzung und schafft Vertrauen bei den Jugendlichen.



Ansprechpartner:

„Jugendliche müssen ernst genommen werden – genauso wie alle anderen Bevölkerungsgruppen in einer Stadt! Nur so können sie sich frei entfalten und selbstbewusstes Handeln entwickeln.“

Frank Steffen, Bürgermeister

Frank Steffen, Bürgermeister der Stadt Beeskow; Tel.: 03366 42212

E-Mail: frank.steffen@beeskow.de

Steffen Schulze, Leiter Fachbereich II, Kämmerer; Tel.: 03366 42220

E-Mail: steffen.schulze@beeskow.de

Carsten F. Hiller, Jugendteam Beeskow; Tel.: 03366 2598639

E-Mail: hiller@stiftung-spi.de



Bernau bei Berlin

„Bernau In & Out“

Bernau entwickelt sich als familienfreundliche und generationsgerechte, barrierefreie Stadt. Dafür werden im Haushalt der Stadt umfangreiche finanzielle Mittel bereitgestellt. Ein breites Erziehungs- und Betreuungsangebot für Kleinkinder, Kinder und Jugendliche unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Kinder und Jugendliche sollen ein Mitspracherecht bei der Stadtgestaltung haben. Das ist das erklärte Ziel eines Beschlusses der Bernauer Stadtverordnetenversammlung. Politik möchte auf junge Menschen zugehen, um ihre Perspektiven einzubeziehen und zusammen mit ihnen herausfinden, welche Art der Beteiligung letztendlich geeignet sein wird, um Kinder und Jugendliche in die Gestaltung der Stadt einzubinden. Ein erster Schritt ist der gemeinsame Dialog, ein weiterer die nachhaltige Verankerung der Beteiligung in Entscheidungsprozessen.

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- nordöstlich der Stadtgrenze von Berlin gelegene kreisangehörige Stadt
- Mittelzentrum im Landkreis Barnim
- 39.031 EW (Stand: 1. Januar 2017)
- sehr gute Bahn- und Autobahnanbindung

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:

Beabsichtigte Wirkung

Die Beteiligung von jungen Menschen an den politischen Entscheidungsprozessen in Bernau wird gestärkt. Vor dem Hintergrund sinkender Wahlbeteiligung und Mitgliederzahlen in gesellschaftlich engagierten Organisationen soll Politik erlebbar und mitgestaltbar vermittelt werden.

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

- Kinder- und Jugendforum
- Arbeitsgruppen
- Befragungen

Finanzierung und Ressourcen

- 12.00 € kommunale Haushaltsmittel
- innerhalb der Verwaltung ist die Jugendkoordination zuständig
- beteiligt sind Bürgermeister, Haupt-, Ordnungs-, Grünflächen- und Wirtschaftsamt

Netzwerkpartner

- Kommunalpolitik, Verwaltung, Jugendhilfe, Schulen, Kinder und Jugendliche

Bewege deine Stadt – „Move your City“

Jugenderhebung Stadtjugendpflege

Initiative Skaterpark im Rahmen der Diskussion zum Bürgerhaushalt

SVV-Beschluss „Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen der Stadt Bernau“

„Bernau In & Out“

Langer Tag der Jugendeinrichtungen

Einzelprojekte in Schulen und Jugendeinrichtungen

Jugendforum und Ausstellung „Bernau In & Out“



Prozessbeschreibung „In & Out“: Offenes Jugendforum:

Ziele und Akteure

Verwaltung und Politik gestalten mit Unterstützung von Jugendarbeit und Schulen interaktive Workshops und Dialogplattformen, um mit jungen Menschen zur Gestaltung ihres Lebensumfeldes ins Gespräch zu kommen und Formate der nachhaltigen Verankerung der Beteiligung in kommunalen Entscheidungsprozessen zu entwickeln. Dazu werden geeignete Formen der Partizipation entwickelt, die altersgerecht und kommunikativ so gestaltet sind, dass sie das Interesse am Einmischen wecken.

Zeitraum

seit 26.11.2015

Kosten/Finanzierung

- Kommunale Haushaltsmittel: 12.000 €
- Co-Finanzierung aus Landkreismitteln: 5.000 €



Meilensteine des Projektes:

Das Projekt versteht sich als ein Schritt zur Umsetzung des am 26.11.2015 getroffenen SVV- Beschlusses zur „Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen der Stadt Bernau“. Dieser Beschluss beauftragt die Verwaltung damit:

1. eine Veranstaltung für Kinder und Jugendliche im zweiten Quartal 2016 durchzuführen, um sie über Möglichkeiten und Formen der Beteiligung und Interessensvertretung zu informieren;
2. im Rahmen dieser und möglicherweise weiterer Veranstaltungen gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen eine bevorzugte Form der Beteiligung herauszuarbeiten;
3. die für diese bevorzugte Form der Beteiligung und deren langfristige Verankerung notwendigen finanziellen und/oder rechtlichen Konsequenzen zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung als Beschlussvorlage vorzulegen.
(www.bernau.de)

Dem Beschluss vorausgegangen sind positive Diskussionen mit Kindern und Jugendlichen sowie eine Erhebung der Jugendkoordination der Stadt Bernau bei Berlin, die das vorhandene gesellschaftliche Interesse junger Menschen belegte. Im Januar 2016 wurde ein aus zahlreichen Aktionen bestehendes Konzept entwickelt und mit dem politischen Raum abgestimmt.

Unter dem gemeinsamen Projekttitel „Bernau In & Out“ startete als erste Aktion ein Filmprojekt des Kinder- und Jugendhauses „Yellow“. Mittels Kamera hielten Kinder und Jugendliche fest, was sie in Bernau stört und was sie mögen. Die Ergebnisse wurden auf dem vierten „Langen Tag der Jugendeinrichtungen“ im Herbst 2016 präsentiert.



Diverse attraktive Aktionen lockten junge Menschen zu der Veranstaltung, im Rahmen derer sie auch ihre Meinungen formulieren und in vorbereiteten „In & Out“-Kartons abgeben konnten.

Von Juli bis Dezember 2016 wurden weitere Dialog- und Themenprojekte in Kooperation mit Schulen und Jugendeinrichtungen realisiert, im Rahmen derer Kinder und Jugendliche ihren Ideen und Anregungen mittels Plakaten, Fotos, Collagen, gebastelten Modellen und Filmen Ausdruck verliehen. Die Ergebnisse wurden in Vorbereitung des Jugendforums „Bernau In & Out“ geclustert und so die Schwerpunkte der Gesprächsrunden „Sauberkeit der Stadt“, „Spiel-, Sport- und Freizeitmöglichkeiten“ sowie „Verkehrssicherheit“ ermittelt. Am 20.01.2017 nutzten viele Kinder, Jugendliche, Eltern, Stadtverordnete und Verwaltungsmitarbeiter*innen das Forum, um die präsentierten Vorschläge miteinander zu diskutieren. Gemeinsam als realisierbar eingeschätzte Ideen wurden durch die Entscheidungsträger*innen aufgenommen und zum Teil bereits umgesetzt.

Nachfolgend werden durch die Stadtverordnetenversammlung und die Verwaltung Strategien für die Bearbeitung noch offener Ideen entwickelt.

Wirkungen und Effekte:

Das Projekt konnte jungen Menschen das Gefühl vermitteln, dass ihnen zugehört wird und sie ernst genommen werden.

Für Kinder und Jugendliche, die oft nicht wissen, wie Kommunalpolitik und Stadtgestaltung funktionieren, hat Politik ein Gesicht bekommen.

Kommunalpolitik hat Einblicke in die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen gewonnen, die bei der Entscheidungsfindung der Stadtverordnetenversammlung zukünftig Berücksichtigung finden.

Durch die Kooperation mit Jugendarbeit und Schule sind Gesprächszugänge zu Kindern und Jugendlichen entstanden, die für Dialoge zur Abstimmung von Beteiligungsformaten weiterführend genutzt werden können.

Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:

Es ist nicht einfach, die Motivation von Kindern und Jugendlichen für gesellschaftliche Prozesse zu wecken, die bislang keine Erfahrungen mit Beteiligung und Kommunalpolitik sammeln konnten.

Beteiligung lässt sich sehr vielseitig definieren und auslegen. Schwierigkeiten in Beteiligungsprozessen können daraus resultieren, dass die involvierten Akteure nicht gemeinsam geklärt haben, wie sie Beteiligung verstehen.



Die Lebenswelten und Zeitressourcen von Erwachsenen und jungen Menschen sind so verschieden, dass es mitunter schwer fällt, gemeinsame Prozesse und Veranstaltungen zeitlich gut zu planen.

Erwachsene neigen in Dialogrunden dazu, viel Redezeit mit eigenen Beiträgen auszufüllen, so dass Kindern und Jugendlichen mitunter weniger Raum für die Darstellung ihrer Ansichten verbleibt.

Tipps für das Gelingen:

Beteiligungsprozesse brauchen den Willen der Kommunalpolitik und den Rückhalt in der Verwaltung.

Externe Beratung hilft bei der Analyse, Planung, Umsetzung und Auswertung von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen.

Wesentlich für das Gelingen sind stabile Netzwerkstrukturen, die Einbindung der Fachkräfte der Jugendarbeit und eine gute Kooperation mit den Schulen.

Vor der Etablierung von Strukturen sollten einerseits Bedarfe und Interessen erfasst sowie andererseits die notwendigen Ressourcen für die Begleitung der Strukturen geprüft werden. Feste Gremien wie Parlamente oder Beiräte können nicht ad hoc installiert werden. Diese brauchen ein vorher abgestimmtes Konzept, verbindliche Ansprechpartner*innen und vor allem Weiterbildungsangebote für interessierte Kinder und Jugendliche.

Ansprechpartner:

„Bernau ist eine lebens- und lebenswerte Stadt, die jungen Familien ideale Lebensbedingungen bietet. Wir wollen, dass sich alle aktiv in die Gestaltung dieser Stadt einbringen können und hierbei insbesondere die Stimmen von Kindern und Jugendlichen Gehör finden.“

André Stahl Bürgermeister

Andrea Pagel, Stadtverwaltung Bernau bei Berlin, Jugendkoordinatorin
Tel.: 03338 365321, E-Mail: jugendarbeit@bernaeu-bei-berlin.de



Cottbus

Kinderkonferenz: „Wir Kinder voll dabei“

Eine Stadt entwickelt sich dann positiv, wenn Kinder, Jugendliche und Erwachsene zusammen denken, reden und gestalten. Diese Überzeugung besteht in Cottbus schon länger. Ein der Stadtgröße angemessenes Format musste jedoch zunächst gefunden werden. 2013 wurde die 1. Kinderkonferenz durch ein aktives Netzwerk aus Akteur*innen der Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Verwaltung und Kommunalpolitik in Cottbus initiiert. 2014 folgte die 1. Jugendkonferenz. Seitdem werden die Konferenzen im zweijährigen Wechsel erfolgreich durchgeführt und sind zu einem wichtigen kinder- und jugendpolitischen Beteiligungsinstrument geworden. „Wir Kinder voll dabei!“ ist nicht nur das Motto der Kinderkonferenz, sondern Anspruch und Selbstverständnis der Stadt.

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- kreisfreie Stadt im Süden Brandenburgs
- 100.000 Einwohner
- Universitäts- und traditionelle Parkstadt
- gute Bahn- und Autobahnanbindung

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung

Beabsichtigte Wirkung

Mit dem Aufbau eines breiten Netzwerkes und regelmäßigen Kinder- und Jugendkonferenzen werden nachhaltige Beteiligungsstrukturen etabliert, um Kindern und Jugendlichen Mitspracherechte bei der Stadtgestaltung zu sichern.

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

- ehrenamtliche Kinder- und Jugendbeauftragte
- Kinder- und Jugendkonferenzen
- Kinderexperten
- Jugendforum
- Patenschaften
- Arbeitsgemeinschaften

Finanzierung und Ressourcen

- anteilige Arbeitsstunden von Mitarbeiter*innen aller Verwaltungsbereiche
- Fördermittel aus dem Länderfonds „Demokratie und Wahlen“ (DKHW) und dem Bundesprogramm „Demokratie leben“

Netzwerkpartner

- Politik, Verwaltung, alle Schulen der Stadt, freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe

Prozessbeschreibung Kinderkonferenz: „Wir Kinder voll dabei“:

Ziele und Akteure

Im Dialog entwickeln ca. 120 Kinder der Altersstufe 6-12 Jahre zusammen mit erwachsenen Expert*innen aus Politik, Verwaltung und Organisationen der Stadt Ideen, die die Gestaltung der Stadt und das Zusammenleben in ihr verbessern. Projekte der Kinderkonferenz werden im Nachgang allen Kindern der Stadt geöffnet. Langfristiges Ziel ist es, Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung nachhaltig in der kommunalen Landschaft Cottbus zu verankern und Kindern Mitspracherechte bei der Gestaltung ihrer Stadt zuzusichern.

Zeitraum

seit 2011

Finanzierung

- Fördermittel des DKHW Länderfonds im Umfang von ca. 8.000 €
- anteilige Arbeitszeit von Mitarbeiter*innen aus der Verwaltung
- kassenunwirksame Ressourcen (Räume, Technik, ehrenamtliche Unterstützung der Träger)



Meilensteine des Projektes:

Alle zwei Jahre findet seit 2013 im regelmäßigen Wechsel mit der Jugendkonferenz eine Kinderkonferenz unter Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters im Cottbuser Stadthaus statt. In einem ca. halbjährigen Prozess wird diese durch ein breites Erwachsenenetzwerk unter Koordination der ehrenamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt zusammen mit den „Kinderexperten“ organisiert.

Die „Kinderexperten“ sind eine Gruppe delegierter Kinder vorangegangener Kinderkonferenzen, die im Rahmen von Klausurwochenenden und monatlichen Arbeitstreffen das Veranstaltungssetting und die Workshop-Themen der jeweils folgenden Konferenz abstimmen. 2017 wurden Umweltfragen, Kinderrechte, die weltweite Friedenspolitik, sichere Schul- und Radwege, die Lebenssituation von Flüchtlingskindern, das Projekt „Der Cottbuser Ostsee“, die Ausgestaltung von Schulen sowie die Wirksamkeit von Klassensprecher*innen zu Schwerpunkten bestimmt.

An der Kinderkonferenz nehmen jeweils 120 Kinder im Alter von 6-12 Jahren teil. Um Heterogenität und Repräsentativität zu gewährleisten, werden auf Grundlage eines errechneten Delegiertenschlüssels im Rahmen von Informationsveranstaltungen in unterschiedlichen Klassenstufen aller Grund- und Förderschulen der Stadt delegierte Kinder gewählt, die ihre Mitschüler*innen bei der Kinderkonferenz vertreten.

Zusammen mit erwachsenen Expert*innen aus Politik, Verwaltung und Organisationen der Stadt diskutieren die Delegierten in 10 verschiedenen Workshops die diversen Themen. Moderiert werden die Workshops durch Tandems aus Erwachsenen und Kinderexpert*innen.



Es werden Vorschläge für die Stadt erarbeitet und Ideen entwickelt, die Kinder aktiv in Cottbus umsetzen können. So verabredeten sich Kinder bei der letzten Konferenz z.B. dazu, Informationsbriefe zu den Kinderrechten an alle Erwachsenen der Stadt zu versenden, ein Spendenfest mit Flohmarkt und Kuchenbasar zur Unterstützung der Flüchtlingskinder zu gestalten, stadtweite Kinderbefragungen zur Gestaltung des in Planung befindlichen Großprojektes „Der Ostsee“ anzuregen, den Katzenpark im Tierheim neu zu gestalten, zusammen mit der Polizei und der Verkehrswacht die Schulwege auf Gefahren zu untersuchen, „Müllsammeltouren“ in der Stadt zu organisieren und sich für mehr Schulungen für Klassensprecher*innen einzusetzen. Die Ergebnisse werden in der abschließenden Kinderversammlung präsentiert und im Nachgang über Medien, Websites, das Erwachsenenetzwerk, die Delegierten sowie Ausstellungen veröffentlicht. Ziel ist es, möglichst viele Kinder der Stadt zu informieren und zum Mitmachen anzuregen. Die erwachsenen Expert*innen der Workshops stehen im Nachgang für die Begleitung von Gruppen und Projekten als Pat*innen zur Verfügung. Informationsknotenpunkt für interessierte Kinder ist die ehrenamtliche Kinder- und Jugendbeauftragte der Stadt.



Wirkungen und Effekte:

Die Kinderkonferenzen werden als Plattform der Meinungsäußerung der Cottbuser Kinder von Verwaltung, Politik, Eltern und vor allem den Kindern selbst ernst genommen, wertgeschätzt und inzwischen voller Vorfreude erwartet. Durch die Regelmäßigkeit konnte ein kontinuierlicher Dialog zwischen Kindern und Kommunalpolitik etabliert werden, der die Mitwirkung vieler Kinder an Prozessen der Stadtentwicklung und -gestaltung sichert.

Kinder lernen im Dialog, wie Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturen funktionieren, erleben, dass sie mit ihren Themen ernst genommen werden, Mitspracherechte haben und werden dazu aufgefordert, ihre Interessen und Wünsche zu kommunizieren. Diese Erfahrung motiviert Kinder dazu, sich längerfristig zu beteiligen und z.B. in der Gruppe der „Kinderexperten“ oder später auch im Jugendforum mitwirken zu wollen.

Die Begeisterung, mit der Kinder Meinungen, Vorschläge und Projekte zu Themen entwickeln, die ihnen für das gesellschaftliche Zusammenleben in der Stadt Cottbus wichtig sind, überträgt sich auch auf die erwachsenen Einwohner*innen. Die Kinderkonferenz ist zu einem Erfolgsmodell und einer Marke geworden, auf die Cottbus stolz ist.



Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:

- Angst davor, Kinder zu überfordern
- Leistungs- und Erfolgsdruck, der verhindert, gemeinsam aus Fehlern lernen zu können
- fehlende personelle Ressourcen für die Begleitung von Kindern bei der Umsetzung von Projekten und Ideen im Nachgang von Konferenzen
- keine Konzepte und Ideen für eine kindergerechte Öffentlichkeitsarbeit



Tipps für das Gelingen:

- Beteiligungsformate für Kinder sollten immer unter Beteiligung von Kindern geplant und organisiert werden
- eine stabile Kooperation zwischen Politik, Verwaltung, Schulen, öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe auf Augenhöhe ermöglicht den nachhaltigen Aufbau von Beteiligungsstrukturen
- zusammen mit Schulen und Trägern der Jugendhilfe gelingt es, Kommunikationszugänge zu entwickeln, um Kinder zu informieren und zu motivieren
- Gelingendes unbedingt beibehalten, ein gutes Wissensmanagement entwickeln und das Rad auf keinen Fall jedes Mal neu erfinden wollen
- Weiterbildungen und „Dolmetscherkurse“ helfen erwachsenen Expert*innen, den Dialog mit Kindern erfolgreich zu meistern
- Beteiligung und Politik müssen unbedingt auch Spaß machen dürfen

**Ansprechpartner:**

„Wenn wir mit den Kindern sprechen, dann sprechen wir über die Zukunft unserer Stadt. Die Kinder- und Jugendkonferenzen und vor allem die gemeinsamen Verabredungen dort sorgen dafür, dass die Kinder die Cottbuser Zukunft mit- und vor allem selbst gestalten können.“
Holger Kelch, Oberbürgermeister



Kinder- und Jugendbeauftragte der Stadt Cottbus
Marianne Materna, E-Mail: marianne.materna@cottbus.de

https://www.cottbus.de/verwaltung/ob/buero_ob/kinder-jugend/
<http://www.kinder-jugend-cottbus.de/>

**Forst (Lausitz)****Beteiligungsstrukturen im Dialog planen**

Wie kann eine lebendige Kinder- und Jugendbeteiligung in unserer Stadt aussehen? Versuche zeigten, dass Erwachsene diese Frage weder gut allein beantworten noch erfolgreiche Beteiligungsverfahren vorschreiben können. Darum beschloss die Stadtverordnetenversammlung auf einen gemeinsamen Impuls von Verwaltung und Jugendarbeit die Erarbeitung eines kommunalen Beteiligungskonzeptes und setzte damit den Startschuss für die Bildung einer intergenerativen Lenkungsgruppe. In einem ca. einjährigen Dialogprozess loteten die ausgewählten 30 Kinder, Jugendliche sowie Akteure aus Politik, Verwaltung, Schule, Sportvereinen, Jugendarbeit gemeinsam Möglichkeiten der Kinder- und Jugendbeteiligung für Forst (Lausitz) aus und etablierten erste Ansätze.

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- Kreisstadt Landkreis Spree-Neiße
- 18.773 EW (31. Dez. 2015)
- Gelegen im Südosten Brandenburgs, ca. 130 km von Berlin und 140 km von Dresden entfernt mit direktem Anschluss an die Autobahn A15
- bekannt für seinen Ostdeutschen Rosengarten

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:**Beabsichtigte Wirkung**

Kinder, Jugendliche und Erwachsene kommen ins Gespräch und überlegen gemeinsam, wie das Zusammenleben in der Stadt besser gestaltet werden kann. Als Einwohner*innen der Zukunft erhalten junge Menschen über die geschaffenen Beteiligungsstrukturen dauerhaft die Möglichkeit, ihre Ideen zur Stadtentwicklung einzubringen.

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

- Lenkungsgruppe Beteiligung
- Kinder- und Jugendbefragungen
- Kinder- und Jugendversammlung
- Kinder- und Jugendbeirat

Finanzierung und Ressourcen

Anteilige Arbeitsstunden von Mitarbeiter*innen aller Verwaltungsbereiche unter Koordination des Fachbereiches Service/Bildung/Soziales

Netzwerkpartner

Politik, Verwaltung, Schulen, Jugendhilfe, Seniorenbeirat, Vereine

**Prozessbeschreibung:****Ziele und Akteure**

Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus Politik, Verwaltung, Jugendhilfe, Schulen, Seniorenbeirat und Vereinen entwickeln im Dialog Beteiligungsverfahren und – gremien, welche demokratische Entscheidungsprozesse für junge Menschen nachvollziehbar machen und deren Interessen gegenüber der Stadtverordnetenversammlung, ihren Ausschüssen und der Stadtverwaltung durch Anträge, Anfragen, Empfehlungen und Stellungnahmen vertreten. Zur Sicherung der Interessenvertretung soll das Gremium durch die SVV legitimiert werden.

Zeitraum

seit 2015

Kosten/Finanzierung

- Fördermittel in Höhe von 8.190,- (DKHW-Länderfonds)
- anteilige Arbeitszeit von Mitarbeiter*innen der Verwaltung
- kassenunwirksame Ressourcen (Räume, ehrenamtliche Unterstützung)

Meilensteine des Projektes:

Im März 2016 trat die Projektgruppe Beteiligung erstmals zusammen und definierte ihre konkreten Aufgaben wie folgt:

- Auseinandersetzung mit und Bewertung möglicher offener und fester Beteiligungsformen, um eine Empfehlung für die Zukunft der Kinder- und Jugendbeteiligung in Forst (Lausitz) zu erarbeiten
- Organisation der 1. Kinder- und Jugendversammlung (KiJuVe), um die erarbeitete Empfehlung mit möglichst vielen Kindern und Jugendlichen der Stadt abstimmen zu können
- langfristige Begleitung der zu etablierenden Beteiligungsstrukturen

Im Verlauf des kommenden halben Jahres wurden im Rahmen von sechs ca. 3-stündigen Treffen folgende Arbeitsschritte realisiert:

- Erarbeitung und Abstimmung von Empfehlungen für die Zukunft der Kinder- und Jugendbeteiligung in Forst (Lausitz)
- Planung, Durchführung und Auswertung einer Befragung von ca. 700 Kindern und Jugendlichen im Alter von 10-21 Jahren zur Erfassung vorhandener Beteiligungsmotivationen sowie relevanter Themen für die 1. KiJuVe
- Planung der 1. KiJuVE

Um die Position der Kinder und Jugendlichen zu stärken, wurde eine Unterarbeitsgruppe gebildet, die mit Unterstützung die Treffen der Projektgruppe vorbereitete. Innerhalb dieser Gruppe erarbeiteten die Kinder und Jugendlichen u.a. den Fragebogen der Erhebung, das Konzept der 1. KiJuVe sowie einen Entwurf der Beteiligungsempfehlung. Diese Vorschläge wurden in den gemeinsamen Sitzungen intensiv diskutiert und mit jeweils geringfügigen Änderungen angenommen.



Unter Beteiligung von 90 innerhalb von Informationsveranstaltungen an allen Schulen der Stadt gewählten Kindern und Jugendlichen sowie Vertreter*innen aus Kommunalpolitik, Verwaltung, Schule, Jugendarbeit, Seniorenbeirat, Verkehrsbetrieben und Kultureinrichtungen fand am 08.11.2016 die 1. KiJuVe Forst (Lausitz) statt. Am Vormittag wurden im Rahmen eines „Worldcafé“ die mittels der Befragung generierten Themen (Spielplätze, Schwimmhalle, Skaterpark, Freizeiteinrichtungen, Partyangebote, Buszeiten, Freizeitangebote in der Schule, Sicherheit und Sauberkeit) diskutiert, um Perspektiven auszutauschen und Ideen zu entwickeln.

Am Thementisch „Kinder- und Jugendbeteiligung“ wurde der seitens der Projektgruppe Beteiligung erarbeitete Vorschlag diskutiert, welcher die Etablierung eines Kinder- und Jugendbeirates sowie unterstützender offener Beteiligungsformen empfahl. Diese Empfehlung wurde im Plenum der 1.KiJuVE von allen 90 Kindern und Jugendlichen einstimmig angenommen und mittels weiterer Beschlüsse wie folgt konkret definiert: Der Kinder- und Jugendbeirat besteht aus bis zu 30 Mitgliedern im Alter von 12-20 Jahren und konstituiert sich alle 2 Jahre im Rahmen der KiJuVe neu. Im Anschluss wurden die ersten 27 Mitglieder des aktuellen Kinder- und Jugendbeirates gewählt. Im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung im Frühjahr 2017 wurde entschieden, dass die Projektgruppe Beteiligung begleitend weiterarbeitet und den Beirat beratend unterstützt.

Wirkungen und Effekte:

Die Resonanz auf das Angebot, gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen mögliche Beteiligungsformen für sie in Forst (Lausitz) zu entwickeln, war hoch. Vor allem bei den Kindern und Jugendlichen war das Engagement, gemeinsam die Zukunft unserer Stadt mitzugestalten, groß.

Die an der Projektgruppe und der 1. KiJuVe mitwirkenden Erwachsenen haben erlebt, wie intensiv junge Menschen Gesellschaftsthemen hinterfragen, sich mit der Entwicklung von Lösungen auseinandersetzen, konstruktiv miteinander diskutieren und Meinungen untereinander abstimmen.

Durch den umfangreichen Gestaltungs- und Abstimmungsprozess sind in der Stadt Beteiligungsformate entstanden, die in allen Altersgruppen eine hohe Legitimation erfahren. Zudem haben sich „Alt und Jung“ kennen und miteinander reden gelernt.

Die positiven Erfahrungen der Zusammenarbeit in der Projektgruppe Beteiligung haben das Vertrauen darin bestärkt, dass Beteiligung lebendig funktionieren kann.

**Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:**

Ohne mindestens eine erwachsene Person, die bereits im Vorfeld der Etablierung von Jugendbeteiligungsgremien als Ansprechpartner*in benannt und bekannt ist, fällt es Kindern und Jugendlichen in Gremien schwer, ihre Rolle innerhalb der Kommunalpolitik zu finden, ihre Aufgaben zu definieren und die in heterogenen Gruppen junger Menschen schnell auftauchenden Konflikte alleine zu lösen.



Große Probleme entstehen, wenn Kommunalpolitik, Erwachsene und junge Menschen nicht ehrlich artikulieren, welche Erwartungen sie aneinander haben.

Die Unsicherheit erwachsener Entscheidungsträger*innen im Umgang mit den geschaffenen Jugendbeteiligungsgremien behindert den Dialog, der in einer offenen Beteiligungsgruppe leichter möglich ist.

Wenn Verwaltung und Politik sich schlussendlich nicht auf eine „Beteiligung auf Augenhöhe“ einlassen, haben Kinder und Jugendliche keine Chance, ihre Strukturen ernsthaft aufzubauen und für ihre Stadt aktiv zu werden.

Tipps für das Gelingen:

Kommunale Beteiligungsansätze sollten unter Einbindung von Vertreter*innen aller Altersgruppen und Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens gemeinsam entwickelt und abgestimmt werden.

Langfristige Planungs- und Dialogverfahren brauchen eine dauerhafte, zentrale Koordination, die im Idealfall in der Verwaltung verankert ist.

Jugendbeteiligungsgremien, die in der Stadt aktiv wirken sollen, müssen kommunalpolitisch verankert sein und durch feste Ansprechpartner*innen aus Verwaltung und/oder Politik begleitet werden.



Ansprechpartner:

„Die Veranstaltung (KiJuVe) ist sehr konstruktiv, mit sehr engagierten Jugendlichen, die wirklich viele Ideen haben und konstruktiv mitwirken. Aus meiner Sicht ist es ein Erfolgsmodell.“

Sven Zuber, Verwaltungsvorstand für Service, Bildung und Personal der Stadt Forst (Lausitz)

Sven Zuber, Verwaltungsvorstand für Service, Bildung und Personal der Stadt Forst (Lausitz)
E-Mail: s.zuber@forst-lausitz.de, Tel.: 03526 989109

http://www.forst-lausitz.de/sixcms/list.php?page=seite_projekte_kinder_jugendbeteiligung



Fürstenwalde/Spree

Spielplatzkommission (SPIKO) seit 1999

Bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist man in Fürstenwalde bereits verschiedene Wege gegangen. Nicht alle Projekte und Versuche konnten die teilweise hohen Erwartungen erfüllen oder haben es geschafft, die nötigen Akteur*innen zu aktivieren und zu binden. Eindeutig positiv zu bewerten ist das Wirken der Spielplatzkommission, deren Handeln die Kinder- und Familienfreundlichkeit und das Bild der Stadt geprägt haben. Durch die kontinuierliche Partizipation in allen Phasen der Planung, Gestaltung und Umsetzung städtischer Spiel- und Bewegungsorte ist Beteiligungskultur gewachsen und wird Kinder- und Jugendbeteiligung heute mehr und mehr als Querschnittsaufgabe der Verwaltung wahrgenommen.

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- Mittelzentrum im Südosten der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg
- gute Verkehrsanbindung (Regionalbahn RE1, A12)
- Regionaler Wachstumskern im Landkreis Oder-Spree
- 33.251 EW (Stand 2016)
- Ausbildungsstandort mit überregionaler Bedeutung

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:

Beabsichtigte Wirkung

Kinder und Jugendliche sammeln Beteiligungserfahrungen, gestalten ihren Lebensraum aktiv mit und lernen politische Verfahren sowie Verwaltungsprozesse kennen. Akteur*innen der Verwaltung und Kommunalpolitik begegnen ihnen als Partner*innen in Entscheidungsprozessen. In Folge erleben sie die Stadt als attraktiven Wohnort in Gegenwart und Zukunft.

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

Spielplatzkommission, Beteiligungsmanager, Planungs- und Zukunftswerkstätten, Jugendfonds, Befragungen, Modellbauaktionen

Finanzierung und Ressourcen

- Kinder-, Jugend- und Einwohnerbeteiligung sind in diversen Arbeitsplatzbeschreibungen der Verwaltung verankert
- ca. 15.000 € kommunale Haushaltsmittel zusätzlich zu den Kosten der SPIKO
- Jugendfonds des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Netzwerkpartner

- SPIKO
- Begleitausschuss Bundesprogramm „Demokratie leben!“
- Fachgruppe Jugend(sozial)arbeit nach §78 SGB VIII
- soziale Einrichtungen (Kitas, Schulen, Jugendclubs)

kommunales Leitbild:
„Kinder, eine Investition
in die Zukunft“

Erarbeitung eines
Stadtentwicklungs-
konzeptes

„007-Kids“

Gründung SPIKO

neue Personalstelle:
„Koordination und
Betreibung von Spiel-
und Freiflächen für
Kinder und Jugendliche in
Fürstenwalde“

Spielplatzpatenschaften

Konzept halböffentliche
Spielplätze

Vandalismuskonferenzen

Spielplatzsatzung

Errichtung Bauspielplatz

Mobiles Spielplatzteam

MAE-Projekt
„Spielplatzbetreuer“

online-Abstimmungstools
zu neuen Spielgeräten

Spielplatzschilder
für Migranten und
Flüchtlinge

online-Landkarte mit
den vorhandenen
Spielplätzen

Prozessbeschreibung SPIELplatzKOMmission (SPIKO):

Ziele und Akteure

Unter Beteiligung von Kindern, Familien und Anwohner*innen gestaltet die SPIKO als interdisziplinäres beratendes Gremium der Stadtverwaltung unter Mitwirkung von ehrenamtlichen Einwohner*innen, Spielplatzgestalter*innen, Fachkräften der Jugendarbeit und Verwaltung qualitativ hochwertige Spiel- und Bewegungsflächen in der Stadt, die hohe Akzeptanz und in Folge rege Nutzung erfahren. Angestrebt wird die bedarfsgerechte Ausstattung und Sicherung der Spielflächen als Schutzräume für Kinder und die Erhöhung der Familienfreundlichkeit der Stadt.

Zeitraum

seit 31.10.1999 (Gründung SPIKO)

Kosten/Finanzierung

- 0,625 VzE Verwaltung, Personalressourcen anderer Verwaltungsbereiche und 1,475 VzE der Jugend(sozial)arbeit (Bauspielplatz und Mobile Spielplatzprojekte)
- ca. 120.000 € Sach- und Investitionsmittel für Bau, Pflege, Instandhaltung von 29 (halb-) öffentlichen Spielflächen



Meilensteine des Projektes:

Vorläufer

Unter Federführung der Stadtjugendpflege wurde 1997 das Projekt „007-Kids“ realisiert, dessen Ziel die Offenlegung von städtebaulichen Defiziten aus der Perspektive von Kindern war, welche die Stadt mittels Entdeckungstouren aus ihrer Sicht kartographierten und bewerteten.

Konzeptionelle Grundlage und politisches Bekenntnis

Die Ergebnisse hatten entscheidenden Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung des folgenden SEK-Verfahrens, im Rahmen dessen alle Spielflächen des Stadtgebietes aufgenommen und beschrieben wurden. Auf dieser Grundlage wurde mit Beteiligung des damaligen Sachgebietes Stadtplanung und der Kindertagesstätten unter dem Leitbild „Kinder – eine Investition in die Zukunft“ ein Handlungskonzept zum Thema Kinderspielflächen entwickelt. Ein folgender Selbstbindungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung manifestierte Planungs- und Handlungssicherheit, die mittels der Verabschiedung der Spielplatzsatzung 2004 und ihrer Aktualisierung 2013 nochmals politisch gestärkt wurde.

Gründung und Arbeit der SPIKO

Mit der Gründung der interdisziplinär zusammengesetzten SPIKO wurde 1999 ein Gremium zur Bearbeitung der kommunalen Querschnittsaufgabe der Gestaltung und Entwicklung von Spiel- und Freiflächen verankert. Durch die erfolgreiche Integration von ehrenamtlichen Spielplatzpatenschaften wurde die Struktur 2001 auf die Zivilgesellschaft ausgedehnt.



Zum Abbau des Spielflächendefizits entschied sich die Stadt trotz erhöhter Belastung des jeweiligen Einrichtungspersonals ab 2001 zur Umsetzung eines Nutzungskonzeptes halböffentlicher Spielflächen an Schulen und Kitas. Um den neuen Herausforderungen sowie den Ängsten der Anwohner*innen zu begegnen, wurden Vandalismuskonferenzen zwischen Fachkräften der Jugendarbeit und den Einrichtungen sowie Anwohner*innen und der Polizei installiert. Diese werden als erfolgreiches Modell bis heute durchgeführt.

Mit der Etablierung des Bauspielplatzes (2007) und des mobilen Spielplatzteams (2009) wurden personelle Ressourcen geschaffen, um die Arbeit der SPIKO praktisch zu begleiten und der Zielstellung gerecht zu werden, alle Spielflächen unter Partizipation von Kindern und ihren Familien zu entwickeln und zu pflegen. In der Kooperation realisiert die SPIKO regelmäßig Workshops mit Kindern, um neue Spielflächen zu planen; organisiert Kinder- und Spielplatzfeste, um diese zu beleben, zu verbessern und/oder zu erhalten; unterstützt spielende Kinder bei Problemen mit Erwachsenen und wirbt über diverse Maßnahmen für mehr Verständnis für draußen spielende Kinder und Jugendliche.

Unter dem Motto „Spiel! Platz ist überall!“ entwickelt die SPIKO aktuell Lösungen, um den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels konstruktiv zu begegnen. Beispielfhaft zu nennen sind online-Befragungen zur Spielplatzentwicklung, digitale Spielplatzkarten oder auch Spielplatzschilder für Kinder mit Flucht- und Migrationshintergrund.



Wirkungen und Effekte:

- In Politik, Verwaltung und unter den erwachsenen Einwohner*innen Fürstenwaldes sind eine große Akzeptanz und ein hohes Maß an Identifikation gegenüber Kinderspiel gewachsen.
- Das Kinderrechtsbewusstsein - insbesondere für das Recht auf Spiel - ist bei den Einwohner*innen merkbar gestiegen.
- Die partizipative Bedarfserhebung, Planung und Gestaltung der Spielflächen senkt die Investivkosten und steigert den Nutzungsgrad, die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung sowie den Bekanntheitsgrad der Spiel- und Freiflächen der Stadt. Anzunehmen ist, dass hierdurch auch Vandalismusfolgen verringert werden konnten.
- In Folge der SPIKO-Gründung konnte sich Fürstenwalde/Spree erfolgreich auf Programme zur Städtebauförderung und Wohnumfeldverbesserung bewerben, da die Spiel- und Freiflächenentwicklung jeweils sehr positiv bewertet wurde.
- Durch die Partizipation von Kindern konnten konzeptionelle Unterschiede der Spielplätze erarbeitet werden, was den innerstädtischen Spielplatztourismus fördert.



Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:

- nicht ernst gemeinte Beteiligung
- Beteiligungsprozesse mit und für Kinder ohne Einbindung und rechtzeitige Information betroffener erwachsener Einwohner*innen

- Kooperations- und Kommunikationsdefizite innerhalb der Verwaltung bzw. fehlendes Verständnis für den Fall, dass Planungs- und Bauprozesse unter Beteiligung von Kindern normative Verwaltungsabläufe „sprengen“
- auch unter Beteiligung erwirkte politische Beschlüsse zum Schutz des Spielraumes für Kinder, wie z.B. die Spielplatzsatzung lassen sich schwer ohne ausreichende Personalressourcen in Polizei und Ordnungsamt durchsetzen

Tipps für das Gelingen:

In Bezug auf die SPIKO

- regelmäßige Spielplatzbegehungen mit der SPIKO und Befragung der Nutzer*innen (Erwachsene, Kinder und Jugendliche)
- Kinder nicht nur „theoretisch“ beteiligen, sondern aktiv vor Ort mitplanen und mitgestalten lassen
- gemeinsame Aus- und Weiterbildungen aller beteiligten Akteure stärken das Netzwerk, qualifizieren die Arbeit und tragen so zum Gelingen bei

In Bezug auf Beteiligungsprozesse allgemein

- Beteiligung als Querschnittsaufgabe verstehen und leben
- die Verankerung von Beteiligung und Kinderrechten in kommunalen Konzeptionen und politischen Beschlüssen ist zwar aufwendig, bietet aber Planungs- und Handlungssicherheit
- Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse müssen in ihrer Umsetzung und Methode zuerst Kindern und Jugendlichen und dann unter Umständen den Erwachsenen gerecht werden

Ansprechpartner:

„Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist kein Selbstläufer. Nachhaltige, lohnenswerte und ernst gemeinte Beteiligung junger Menschen benötigt finanziertes Personal, Sachmittel und die Bereitschaft Investitionen zu tätigen.“
Hans-Ulrich Hengst, Bürgermeister

Kati Bauer, Stadt Fürstenwalde/Spree
Kordinatorin Spielplatzkommission
Tel.: 03361 557164, E-Mail: k.bauer@fuerstenwalde-spree.de



Gransee

Wo(hl)fühlen in Gransee

In Gransee gibt es bereits sehr viel Schönes. Dennoch möchte sich das Amt mit seinen Gemeinden stetig weiterentwickeln. Komplexe Gestaltungsprozesse gelingen jedoch selten vom Schreibtisch aus. Eine kluge Planung braucht die Perspektiven und Meinungen der Einwohner*innen aller Altersgruppen. Um gemeinsam mit möglichst Vielen die Lebens- und Aufenthaltsqualität in Gransee zu verbessern, startete die Stadt im Juli 2013 den partizipativen Stadtgestaltungsprozess „Wo(hl)fühlen in Gransee“. In Folge der positiven Ergebnisse und Dynamik wendet Gransee das Bottom-Up-Prinzip auch weiterhin in Gestaltungsprozessen an, um den intensiven Austausch unter den Einwohner*innen der Stadt und der Gemeinden lebendig zu halten.

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- Verwaltungssitz des Amtes Gransee und Gemeinden, LK OHV
- Mittelzentrum in Funktionsteilung
- 5814 EW (31. Dez. 2015)
- sehr gute Verkehrsanbindung an Berlin durch B 96 und RE 5
- Stadt mit historischem Stadtkern in Tradition einer Ackerbürgerstadt

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:

Beabsichtigte Wirkung

Motiviert durch attraktive Dialog- und Beteiligungsverfahren diskutieren Einwohner*innen aller Altersgruppen, Politik und Verwaltung konstruktiv kritisch miteinander die Lebenswirklichkeit, um gemeinsame konkrete Ideen, aber auch Ziele und Visionen für die Gestaltung Gransees zu entwickeln.

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

- Planungswerkstätten
- Fragebögen
- Modellbauaktionen
- Begehungen
- Interviews

Finanzierung und Ressourcen

- Eigenmittel zur Fördermittelakquise
- kommunale (Sach)Mittel für Veranstaltungen
- Einbindung von Ressourcen Jugendarbeit, Schule

Netzwerkpartner

Amtsverwaltung (Abt. Ordnung/Kita/Schulen und Abt. Bauen/Planen), Kommunalpolitik, Schulen, Kita, Horte, Jugendarbeit, Vereine

Projektwoche
„Spielen gestern &
heute“ Strittmatter-
Gymnasium

Gründung
Arbeitsgruppe

Auftaktveranstaltung
Wo(hl)fühlen in
Gransee

Fragebogenerhebung
Wo(hl)fühlen in
Gransee

„Stadtmauerparty“

Auswertungs-
veranstaltungen

Gründung von
Themen-AG's

Workshop Straße
des Friedens

Sanierungsfeier
Straße des Friedens

Kunstaktion am Bahnhof

Radtour Jugendlicher
mit dem
Verschönerungsverein

Vorstellung der Ergebnisse
Wo(hl)fühlen in Gransee
in der SVV Gransee

INSEK-Verfahren unter
Beteiligung (2014/15)

Teilnahme
am Wettbewerb
„Zukunft Stadt“

Prozessbeschreibung Wo(hl)föhlen in Gransee:

Ziele und Akteure

In Folge des festgestellten Bedarfs an Spielorten wurde mit der Erarbeitung eines Spielplatzentwicklungskonzeptes für Gransee begonnen. Bereits die ersten Überlegungen verdeutlichten, dass nicht nur die Kinder, sondern alle Einwohner*innen der Stadt Wohlfühlorte - also öffentliche Plätze, an denen sich die Granseer aller Altersgruppen gerne aufhalten, sich begegnen und gemeinsam wohlföhlen – brauchen. Diese sollten mittels Befragungen und diverser Beteiligungsverfahren unter Einbindung von Einwohner*innen aller Altersgruppen zusammen mit Politik und Verwaltung entdeckt und gestaltet werden.

Zeitraum

seit August 2013

Kosten/Finanzierung

- 5.000 € aus dem kommunalen Haushalt
- 5.000 € Lottomittel des MBS Brandenburg



Meilensteine des Projektes:

Im Rahmen der Projektwoche „Spielen gestern und heute“ des Strittmatter-Gymnasiums erstellte der Kunstkurs der Sekundarstufe I eine erste Bestandsaufnahme der vorhandenen Spielplätze der Stadt. Nachfolgend befragte der Seminarkurs Kunst der Sekundarstufe II Granseer Kinder zu ihren Spielwünschen. Die in einer Ausstellung veröffentlichten Ergebnisse zeigten einen Mangel an Spielorten auf. Die begleitenden Diskussionen ergaben darüber hinaus ein Defizit an Aufenthaltsorten für alle Granseer*innen. In Reaktion startete die Verwaltung mit einer Auftaktveranstaltung im Gymnasium öffentlichkeitswirksam den Prozess „Wo(hl)föhlen in Gransee“. Als organisatorischer Kern wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, in der Schüler*innen des Seminarkurses Kunst, Fachkräfte aus Schule, Jugendarbeit, Hort, Kita, die Amtsverwaltung sowie Kommunalpolitik mitwirkten. Diese plante fortfolgend eine Reihe von Beteiligungsverfahren, um möglichst viele Granseer*innen zu erreichen.

In einem ersten Schritt erarbeitete die AG mit Unterstützung interessierter Einwohner*innen einen Fragebogen zur Erfassung von Wohlfühlorten und Gestaltungswünschen. Dieser wurde online veröffentlicht, in den Schulen verteilt, über das Amtsblatt an alle Granseer Haushalte versendet und lockte mittels einer Verlosung 497 Einwohner*innen zur Teilnahme. Davon waren über die Hälfte der Antwortenden Jugendliche. Parallel befragten die Schüler*innen des Kunsturses im Kindergarten mittels leitfragengestützter Interviews die Kinder der Stadt.



Die Auswertung der Erhebung erfolgte unter großer Resonanz in zwei öffentlichen Veranstaltungen. Im Ergebnis konnten ganz klar die Plätze identifiziert werden, an denen sich die Einwohner*innen gemeinsame Spiel- und Aufenthaltsorte wünschen. Darüber hinaus wurde deutlich, welche Themen der Stadtentwicklung für welche Altersgruppe von Bedeutung sind. Zu den meistgenannten Themen: Barrierefreiheit; Sport & Bewegung; Kultur & Freizeit; Bahnhof; Radfahren; Verkehr & Parken sowie Ordnung & Sauberkeit gründeten sich Arbeitsgruppen, die sich im Verlauf des folgenden Jahres unter Koordination der Verwaltung vertieft mit den Ergebnissen der Fragebogenaktion auseinandersetzten.

Um die definierten Wohlfühl-Spiel-Orte weiterhin im intergenerativen Dialog mit den Einwohner*innen zu gestalten, wurden „Planungsfeste“ an den favorisierten Plätzen organisiert. Mittels abwechslungsreicher Programme unter Einbindung von Vereinen, Chören, Jugendbands und Einrichtungen der Stadt lockten alle Veranstaltungen viele Einwohner*innen aller Altersgruppen, um sie nach ihren Wünschen und Ideen für die Gestaltung des jeweiligen Ortes zu fragen. Ideen konnten jeweils bei Platzrundgängen mit den involvierten Planer*innen, Politiker*innen und Verwaltung geäußert oder auf verteilten großen Tafeln aufgeschrieben werden. Kinder waren an Basteltischen dazu eingeladen, ihre Ideen zu malen oder modellieren. Alle Aktivitäten und Ergebnisse wurden zeitnah über die Website der Stadt veröffentlicht.



Wirkungen und Effekte:

- „Wo(hl)föhlen in Gransee“ führte zur konkreten Verschönerung von Plätzen in der Stadt und verdeutlichte die große Bereitschaft vieler junger und erwachsener Granseer*innen, miteinander zu sprechen und Ideen zu entwickeln.
- Gewachsen ist das gemeinsame Bewusstsein für die Qualitäten des Lebens in Gransee und die große Heimatverbundenheit vieler Menschen. Vor allem für die älteren Einwohner*innen war es beeindruckend zu erfahren, wie wertschätzend Kinder und Jugendliche der Stadt begegnen und wie verantwortungsbewusst sie im Umgang mit ihr agieren wollen. Festzustellen war auch, dass Wünsche der Jüngeren und Älteren oft so nah beieinander liegen, dass sie gut kombinierbar sind.
- Viele Anregungen konnten erlebbar zeitnah umgesetzt bzw. im Spielplatzentwicklungskonzept oder im Integrierten Stadtentwicklungskonzept verankert werden. Hier festgeschrieben ist aufgrund der positiven Erfahrungen auch die Verpflichtung, den bürgerschaftlichen Diskurs intensiv weiterzuführen.



Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:

Ein großer Stolperstein in Beteiligungsprozessen ist eine zu große zeitliche Distanz zwischen partizipativer Planung und Umsetzung der jeweiligen Ergebnisse.

Tipps für das Gelingen:

- in der Regionalentwicklung sollten Einwohner*innen aller Altersgruppen gleichberechtigt beteiligt sein, um Ideen und Vorstellungen im Einvernehmen miteinander entwickeln und abstimmen zu können
- wenn Jugendliche mit Veranstaltungen erreicht werden sollen, müssen diese bei deren Planung beteiligt sein
- Beteiligungsprozesse sind dann attraktiv, wenn sie durch ein gutes Veranstaltungsmanagement zu lebendigen Begegnungsprozessen gestaltet werden, bei denen sich Besucher*innen aller Altersgruppen wohlfühlen können
- die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gelingt, wenn durch gute Kooperation mit den Schulen kommunale Themen in den Schulalltag transferiert und Beteiligungsprozesse z.B. mit Unterstützung von Projekttagen oder Schulprojekten umgesetzt werden



Ansprechpartner:

*„Einwohner*innenbeteiligung ermöglicht es, unsere Stadt für alle Generationen attraktiv zu gestalten. Bereits während des Prozesses hat das Wohlfühlen begonnen, weil plötzlich alle miteinander reden und deutlich wird, dass wir unsere Stadt gestalten wollen.“*
 Manfred Richter, Fachbereichsleiter Finanzen/Liegenschaften/Bauen/Planen

Christian Tutsch, Bereich: Planung/Städtebau
 Tel.: 03306 751655, E-Mail: c.tutsch@gransee.de

<https://www.gransee.de/>



Nauen

Format Jugendrat

Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung sichert jedem Jugendlichen „das Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“. Diese Prämisse aus dem Sozialgesetzbuch VIII will die Stadt Nauen im Kontext der Partnerschaft für Demokratie Westhavelland & Nauen weiter entwickeln. Jungen Menschen sollen Möglichkeiten der Beteiligung unterbreitet werden, die sie zu Eigenverantwortlichkeit, Kritik- und Entscheidungsfähigkeit befähigen. Im Rahmen von Jugendbeteiligungsprojekten wurden bereits positive Erfahrungen gesammelt. Mit dem Format Jugendrat soll nun der „Startschuss“ für die Etablierung nachhaltiger Beteiligungsstrukturen in Nauen gesetzt werden.

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- Mittelzentrum im Landkreis Havelland
- 16.943 (31. Dez. 2015)
- mit über 268 km² seit dem Jahr 2003 eine der flächengrößten Gemeinden Deutschlands

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:

Beabsichtigte Wirkung

Die Stadt Nauen möchte zusammen mit Jugendlichen ergründen, welche Themen junge Menschen in der Stadt und in den Ortsteilen interessieren, und was sie brauchen, um in dieser Region gut aufwachsen zu können. Der Mehrwert für die Stadt liegt darin, junge Menschen für die Belange vor Ort zu gewinnen, die sich mit der Region identifizieren und Verantwortung für ein demokratisches Miteinander übernehmen.

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

- Jugendrat
- Arbeitsgruppen
- Fragebögen
- Jugendfonds

Finanzierung und Ressourcen

- Stellenanteile in den Fachbereichen Bildung & Soziales, Ordnung & Sicherheit
- 20.000 € für Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit
- kassenunwirksame Leistungen (Veranstaltungsräume, Material, Öffentlichkeitsarbeit)

Netzwerkpartner

- Schulen
- Vereine
- Träger der Jugendhilfe

Prozessbeschreibung Format Jugendrat:

Ziele und Akteure

Im Rahmen der Jugendarbeit soll der Jugendrat als ein Gremium aufgebaut werden, in dem Jugendliche im Alter von 13 – 18 Jahren ihre Bedarfe benennen und Lösungen für Probleme und Herausforderungen entwickeln können, die ihre Belange betreffen. Durch die Zufallsauswahl wird es vielen verschiedenen jungen Menschen ermöglicht teilzunehmen, so dass ein hoher Grad an Diversität gegeben ist.

Zeitraum

seit November 2016

Kosten/Finanzierung

- Sachkosten: 3.100 € (Bundesprogramm „Demokratie leben!“)
- Honorarkosten: 1000 € (Landkreis Havelland)



Meilensteine des Projektes:

Die Idee zum Aufbau eines Jugendrates in Nauen entstand im Rahmen eines Treffens der regionalen Partnerschaften für Demokratie des Bundesprogramms „Demokratie leben“ auf Impuls des Schülersprechers der „Graf Arco Schule“, der sich in Zusammenarbeit mit der städtischen Jugendkoordinatorin schon länger mit dem Thema Jugendbeteiligung auseinandersetzte. Im Ergebnis der Sitzung wurde deutlich, dass die Stadt Nauen im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ beim Aufbau von Jugendbeteiligungsstrukturen unterstützt werden kann. Als passendes Beteiligungsformat wurde der „Jugendrat“ ausgewählt.

Durch eine Zufallsauswahl wurden etwa 400 Jugendliche der Alterskohorte 13-18 Jahre im Querschnitt gemischt nach Alter, Geschlecht und Wohnort ermittelt und durch ein Anschreiben zur Teilnahme am 1. Nauener Jugendrat eingeladen. Insgesamt 87 Jugendliche meldeten sich daraufhin zurück, was einer überdurchschnittlichen Rücklaufquote von 22 % entspricht. Zu beobachten war, dass das Interesse mit zunehmender Altersstufe abnahm. Mit 56 % war die Zustimmung bei den 13 bis 14-Jährigen am größten. Um die teilnehmenden Jugendlichen durch das Setting zu aktivieren, wurde die Methode „Dynamic Facilitation“ ausgewählt, die auf die Kreativität der Teilnehmenden vertraut und sich von konventionellen, linearen Moderationsstrukturen distanziert. Da diese Form der moderierten Gruppendiskussion eine bestimmte Gruppengröße voraussetzt, wurden von den angemeldeten 87 Jugendlichen 21 ausgewählt. Wobei auch hier wieder darauf geachtet wurde, dass Jugendliche unterschiedlichsten Alters, aus verschiedenen Schulen und Ortsteilen gleichmäßig vertreten sind. Jugendliche, die in Folge der Auswahl zunächst keine Möglichkeit der Teilnahme hatten, werden zu den Folgeveranstaltungen eingeladen.

Der 1. Jugendrat fand am 19. Dezember 2016 von 8:00 bis 13:30 Uhr statt. Im Rahmen eines lebendigen Austausches setzten sich die Jugendlichen mit folgenden drei Fragestellungen auseinander:

- Welche Themen sind Dir wichtig?
- Was möchtest Du gerne verändern?
- Wie magst Du Dich in Nauen einbringen?

Im Ergebnis wurden 58 Anregungen zu verschiedenen Themen gesammelt, die durch die Jugendlichen in sechs Bereichen zusammengefasst wurden. Abschließend wurden mittels einer Punktemethode die folgenden Themenpakete ermittelt, die in Einschätzung der Anwesenden von Bedeutung für die Jugendlichen der Stadt sind:

- Bus & Bahn
- Ausbau und Weiterentwicklung der Freizeitaktivitäten
- Informationsübersicht für Jugendliche
- Spielplätze, Freiflächen & Sauberkeit
- Flüchtlinge & ehrenamtliches Engagement
- Fuß- & Radwege

Diese Themen sollen in Workshops zusammen mit Expert*innen genauer beleuchtet und vertieft diskutiert werden. Das Ziel besteht darin, dass sich feste Arbeitsgruppen aus Jugendlichen und Pat*innen bilden, die sich zur Bearbeitung dieser Themen regelmäßig treffen, um Beteiligung zu einem erfahrbaren und erlebbaren Bestandteil des kommunalen Zusammenlebens zu machen.

Wirkungen und Effekte:

Alle Teilnehmer*innen plädierten in der Feedbackrunde für eine Weiterarbeit an den Themen. Das Interesse, sich dazu weiterführend mit Expert*innen sowie weiteren Jugendlichen auszutauschen, war groß.

Zu einigen Themen erklärten Jugendliche bereits während der Veranstaltung ihr Interesse, aktiv an der Umsetzung von Ideen mitzuwirken. Bei anderen Themen wurde deutlich, dass es eines weitergehenden Austauschprozesses zwischen beteiligten Jugendlichen und Erwachsenen bedarf, um Informationen zu sammeln und offene Fragen zu klären.

Aufgrund des konstatierten Beteiligungsbedarfes wurden durch die städtische Jugendkoordinatorin Mittel im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben“ akquiriert, um auf der Basis der Ergebnisse des 1. Jugendrates in einer Folgeveranstaltung mit allen interessierten Jugendlichen weiterarbeiten zu können.

Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:

Um diese bestimmte Moderationsmethode anwenden zu können, bedurfte es einer Gruppengröße von etwa 20 Personen. Aus diesem Grund wurden von den angemeldeten 87 Jugendlichen nur 21 ausgewählt.

**Tipps für das Gelingen:**

- Bereitstellung von Schulbefreiungen zur Realisierung der Veranstaltung an einem Schultag
- die Regelung der An- sowie Abfahrt durch einen Sonderbus

Ansprechpartner:

„Dieser Beteiligungsprozess zeigt den Jugendlichen, dass sie etwas bewegen können, wenn sie erst einmal aktiv werden.“

Detlef Fleischmann, Bürgermeister a. D.

Tel.: 03321 4080; E-Mail: detlef.fleischmann@nauen.de
<http://www.nauen.de/>



Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hat in Oranienburg bereits Tradition. In viele Prozesse und Projekte der Stadtentwicklung wurden Kinder und Jugendliche u. a. über Befragungen und Dialogforen eingebunden. In den vergangenen beiden Jahren wurde so zum Beispiel das Konzept zur Jugendarbeit in der Stadt Oranienburg partizipativ weiterentwickelt. Um eine kontinuierliche Mitsprache von Jugendlichen in der Stadtpolitik zu ermöglichen, setzte Oranienburg Impulse zur Gründung eines Jugendbeirates, der seit 2015 aktiv arbeitet. Beteiligung ist dann erfolgreich, wenn sie als Prozess, ggf. auch manchmal mit offenem Ausgang gelebt wird, wenn Verwaltung nicht zu einem Zeitpunkt umsteigt zur Sicht- und Handlungsweise: „Wir wissen, wie es geht und was ihr wollt!“

Park an der Havel –
Open Space und
Planungswerkstätten

Start ToLOra

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- Mittelzentrum im Norden der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg mit guter Verkehrsanbindung (S- und Regionalbahn, Bundesstraße und Berliner Ring)
- Verwaltungssitz des Landkreises Oberhavel
- 43.640 EW (Stand 12/2014)

Befragung Bürger*innen,
Sportvereine und verschiedene Einrichtungen der Stadt zur Entwicklung des integrierten Sportentwicklungsplanes

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:**Beabsichtigte Wirkung**

Durch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei kommunalen Entwicklungsprozessen wird die Attraktivität Oranienburgs für Kinder und Jugendliche erhöht.

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

- Fragebogenerhebungen, Interviews
- Open Space, Planungswerkstätten
- „Stadtspieler JUGEND“
- Jugendbeirat

Finanzierung und Ressourcen

- jährlich aufgewendete Haushaltsmittel für Kinder- und Jugendbeteiligung: ca. 5.000 €, über deren Verwendung der Jugendbeirat entscheidet
- weitere Ressourcen: ein kontinuierlich nutzbarer Arbeitsraum für den Jugendbeirat, Workshopräume, Transportmittel, Kommunikationskosten und Technik kostenlos zur Verfügung

Planungswerkstätten unter Anwendung der Methode Stadtspieler

Netzwerkpartner

- Träger der Jugendhilfe
- Schulen
- Vereine

Gründung des Jugendbeirates

Befragung Jugendlicher aller Schulen der Stadt zur Lebenssituation und Fortschreibung des Konzeptes zur Jugendarbeit in der Stadt Oranienburg

**Prozessbeschreibung:****Ziele und Akteure**

Die Stadt Oranienburg nutzt die Prozesse der integrierten Stadtentwicklung seit vielen Jahren, um kommunale Investitionen gemeinsam mit Bewohnerschaft, lokalen Akteuren und Stakeholdern vorzubereiten und umzusetzen. TolOra – Tolerantes Oranienburg ist ein Projekt, welches gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen aus dem Oranienburger Stadtteil Mittelstadt geplant und realisiert wurde.

Zeitraum

2009 - 2011

Kosten/Finanzierung

Gesamtkosten ca. 336.000 €, gefördert aus dem EFRE-Programm Nachhaltige Stadtentwicklung (NSE) des Landes Brandenburg

Meilensteine des Projektes:**Die ZiS-Phase – der Park an der Havel entsteht**

Die Oranienburger Mittelstadt erhielt als Programmgebiet der Handlungsinitiative „Zukunft im Stadteil“ (ZiS) EFRE-Gelder, welche u.a. zur Herstellung attraktiver öffentlicher Freiräume und eines Bürgerzentrums für den Stadtteil verwendet wurden. Die konzeptionelle Vorbereitung des sogenannten Bürgerparks an der Havel erfolgte im Rahmen einer dreitägigen

Open Space-Veranstaltung, an welcher Kinder, Jugendliche und Erwachsene aktiv teilnahmen und ihre Interessen einbrachten. Im Ergebnis dieser Veranstaltung entstand u.a. eine Skateanlage an der Havel, welche sich Oranienburger Jugendliche seit langem wünschten. Die Skateanlage entwickelte sich zum überaus beliebten Treffpunkt am Ufer der Havel, der Nutzungsdruck stieg. Gleichzeitig lag das benachbarte Grundstück, früher Standort der Wohngebietskaufhalle, brach. Jugendgruppen, eine Jugendfreizeiteinrichtung und das Stadtplanungsamt reagierten – TolOra entstand.

Die TolOra – Phase

Ideen und Wünsche zur Gestaltung der TolOra-Fläche äußerten Kinder und Jugendliche in einem Werkstattverfahren, welches sich aus Auftaktveranstaltung, Werkstatt- und Modellbauphase und einem Abschlussworkshop zusammensetzte. Neben der Erweiterung der Skateanlage an der Havel wünschten sich die Jugendlichen vor allem den Bau einer „Dirt-Jump“-Anlage möglichst in Eigenregie, dazu Graffitiflächen und eine Wiese zum „Chillen“. Alle Ideen wurden durch die Fachämter auf ihre Machbarkeit sowie hinsichtlich notwendiger Vorarbeiten und Genehmigungen geprüft. Die Finanzierung zur Neugestaltung der ca. 0,5 ha großen Fläche erfolgte aus dem Programm Nachhaltige Stadtentwicklung des Landes Brandenburg, die Gestaltung gemeinsam mit den Akteuren aus Trägern der



Jugendhilfe und Vereinen.

Die Rodelberg-Phase

Aktuell wird die Dirt-Jump-Strecke nicht mehr genutzt – die beteiligten Jugendlichen sind erwachsen geworden und haben andere Interessen. Kaum jemand erinnert sich daran, dass in der TolOra-Phase vereinbart wurde, die Funktion der Fläche regelmäßig zu hinterfragen, diese flexibel und entsprechend bedarfsgerecht zu nutzen. Das führt nun dazu, dass die Dirt-Jump-Fläche zwar nicht mehr als solche genutzt, aber auch nicht entsprechend aktuellen Bedürfnissen umgestaltet wird. Dabei haben Oranienburger Jugendliche unverändert Wünsche: Nachdem für ein Wohnungsbauprojekt ein beliebter Rodelberg abgetragen wurde, hat sich die Initiative „Jugend bewegt Oranienburg“ an die Stadtverwaltung und die Politik gewandt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen entsprechenden Beschlussantrag eingebracht, ohne die Bedarfe Jugendlicher vorher umfassender zu erfragen. Im Ergebnis des SVV-Beschlusses wurde durch das Fachamt die Planung für einen Rodelberg eingeleitet – die Chance, gemeinsam mit Jugendlichen nach deren Bedarfen zu planen und zu bauen, wurde an dieser Stelle nicht genutzt. Im Ergebnis ist der Rodelberg neben der Dirt-Jump-Fläche auf einer „Liegewiese“ gebaut worden.

**Wirkungen und Effekte:**

- In Phase 1 und 2 wurden die Ziele und Möglichkeiten der Beteiligungsaktivitäten und deren Verknüpfung zu den Prozessen der Stadtentwicklung transparent vermittelt und gemeinsam Perspektiven entwickelt.
- Lokale Akteure, Politik und Verwaltung gestalteten gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen vor Ort einen Beteiligungsprozess, welcher die Chancen, Grenzen und Umsetzungszeiträume frühzeitig aufzeigte.
- Im Ergebnis der 1. Phase entstand eine Skateanlage direkt im Park an der Havel, welche durch die Kinder und Jugendlichen des angrenzenden Wohngebiets, der Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen intensiv genutzt und schnell zu klein wurde.
- In die 2. Phase brachten sich Jugendliche mit sehr unterschiedlichen Freizeit- und Freizeitsportinteressen ein, das Vertrauen in die Kommunalverwaltung, ihre Wünsche auch zu realisieren, war nun vorhanden.
- Mögliche Optionen zur Gestaltung der TolOra-Fläche wurden in mehreren Werkstätten erarbeitet, offen diskutiert und auch hinterfragt – dieser Diskurs bildete die Grundlage für die nachfolgende Beplanung und Nachnutzung der Fläche, welche in dieser Phase durch die Jugendlichen unterstützt und gut angenommen wurde.

**Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:**

- Angst davor, lokale Akteure an Informationen und Entscheidungen teilhaben zu lassen und vor Ergebnissen, welche nicht durch Verwaltungshandeln beeinflusst werden können
- ein Beteiligungsverständnis, welches nur von einzelnen Personen oder Fachbereichen getragen und verantwortet wird
- „Scheinbeteiligungsprozesse“ sowie Überschätzung und Überbelastung des Beteiligungswillens lokaler Akteure



- Defizite in der Kontinuität von Prozessen, in Abstimmung und Koordination sowie mangelnde Fehlerkultur
- Beteiligung als Projekt zu verstehen, dessen Umsetzung generell von der Bereitstellung von Fördermitteln abhängig gemacht wird
- politische und Partikularinteressen, welche in bereits laufende Beteiligungsprozesse eingebracht werden und im Ernstfall die Umsetzung von Mehrheitsmeinungen oder Beschlusslagen verhindern
- lange Bearbeitungszyklen und Umsetzungszeiträume, die die Akteure aus Beteiligungsprozessen demotivieren und frustrieren

... insbesondere bei Kindern und Jugendlichen:

- geringere Selbstorganisationskompetenz und Durchsetzungskraft als bei anderen Akteuren
- schnell wechselnde Lebensphasen, die eng verbunden sind mit viel schnelleren Veränderungen im Engagement- und Beteiligungsverhalten

Tipps für das Gelingen:

- Beteiligung als Prozess und selbstverständliches Element ansehen, welches die Arbeit von Politik und Verwaltung auf allen Ebenen dauerhaft begleitet
- grundlegendes Wissen (Prozessdauer und -verläufe, Kommunikation, Umgang mit Ergebnissen) und eine aufgeschlossene Haltung gegenüber Beteiligungsprozessen bei den Mitarbeiter*innen der Kommunalverwaltung sind vorhanden bzw. werden bei Bedarf durch kontinuierliche Weiterbildungsangebote erarbeitet
- die verwaltungsinterne Zusammenarbeit funktioniert fachgebietsübergreifend erfolgreich und es ist Vertrauen in die Kompetenzen anderer Fachbereiche und der lokalen Akteur*innen vorhanden
- innerhalb der Verwaltung arbeiten Beteiligungsexpert*innen, bei Bedarf können externe Experten hinzugeholt werden
- bereits bei Prozessstart wird über Ziele, zeitliche Abläufe und Ansprechpartner*innen informiert
- die Zeitplanung für Beteiligungsprozesse ist eher großzügiger gestaltet

Ansprechpartner:

„Wenn alle verstehen, dass Beteiligung erst einmal Zeit und Geld kostet, dies im Endeffekt aber auch eine große Ersparnis sein kann, wird Beteiligung in Verwaltungen funktionieren.“

Pierre Schwering, Sachgebiet Gemeinwesen, Jugend und Sport der Stadt Oranienburg
Telefon 03301 600706, E-Mail: schwering@oranienburg.de

Christian Kielczynski, Leiter des Stadtplanungsamtes der Stadt Oranienburg
Telefon: 0331 600753, E-Mail: kielczynski@oranienburg.de



„Potsdam profitiert von einer lebhaften und engagierten Bürgerschaft und ist eine lebenswerte Stadt, weil sich ihre Einwohnerinnen und Einwohner auf vielfältige Weise engagieren. Politik und Verwaltung fördern die aktive Beteiligung der Potsdamerinnen und Potsdamer an der Gestaltung ihrer Stadt.“ Diese Leitlinie eröffnet das im September 2016 verabschiedete Leitbild Potsdams. Kindern und Jugendlichen als wichtigen Expert*innen ihrer Lebensräume gilt es, vielfältige Partizipationsmöglichkeiten zur Artikulation und Umsetzung ihrer Interessen in der Stadt zu eröffnen. Sie dabei zu unterstützen ist die öffentliche Aufgabe eines großen Netzwerkes aus Politik, Verwaltung und lokalen Akteur*innen.

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- Oberzentrum in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg mit sehr guter Verkehrsanbindung (S- und Regionalbahn, Bundesstraße und Berliner Ring)
- Landeshauptstadt und kreisfreie Stadt
- 167.745 EW (31. Dez. 2015)
- Wissenschaftszentrum

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:

Beabsichtigte Wirkung

Kinder und Jugendliche wirken an kommunalen Planungen mit. Etablierte Beteiligungsstrukturen sichern, dass ihre Anliegen zu politischen Themen werden.

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

Kinder- und Jugendbüro, Foren, Versammlungen, Planungswerkstätten, Workshops, Befragungen, E-Partizipation.

Finanzierung und Ressourcen

Sach- und Personalkosten des Kinder- und Jugendbüros sowie diverse Mittel in den Bereichen Jugendhilfe, Schule und Stadtplanung.

Netzwerkpartner

Die Steuerung liegt vorrangig beim Fachbereich Kinder, Jugend und Familie; die Umsetzung vor allem beim Kinder- und Jugendbüro des SJR Potsdam e.V. in Kooperation mit der „WerkStadt für Beteiligung“ und Netzwerkpartner*innen in Verwaltung, Jugendhilfe und Politik.

SVV-Beschluss:
Kiju-Büro startet
1. Spielplatzplanung/
Kinderforum/Stadt der Kinder

2006

Kinderinitiativen
Radverkehrskonzept

2007

1. Jugendforum
U18-Wahl Kommunalwahl

2008

Stadtforscheraktion
Kinderstadtplan

2009

Stadtweite Befragung
Gründung AG Beteiligung
Ki-/Ju-Beteiligung
Beteiligung beim
Bibliotheksumbau
U18- Bürgermeisterwahl

2010

„Potsdam geht baden!“
Kiezdetektive Drewitz
Gründung AG Masterplan
„Bewegen und Spielen“
(fortlaufend)

2012

Kiezdetektive Babelsberg
Begleitung Stadtschülerrat
(fortlaufend)

2013

Erstwählerkampagne
„Dein erstes Mal“
zur Kommunalwahl
Kinderrechte-Workshops
Gesamtkonzept
Schule und Jugendhilfe
Freiflächenplanung Golm
Jugend im Jugendhilfe-
ausschuss (fortlaufend)

2014

Leitbildprozess Potsdam
Spielplatzchecker Waldstadt II
Beteiligungsworkshops
im Siegelverfahren
„Kinderfreundl. Kommune“

2015

Befragung zur Nutzung
der Welterbeparks
Befragung zur Zukunft
der Jugendarbeit
Erstellung Aktionsplan
„Kinderfreundl. Kommune“

2016

Kinderrechte-
Methodenkoffer
U18-Bundestagswahl
Beschluss Aktionsplan
„Kinderfreundl. Kommune“

2017

Prozessbeschreibung „Beteiligungsknotenpunkt Kinder – und Jugendbüro (KiJu-Büro)“:

Ziele und Akteure

Vorrangig Top-Down mit der Unterstützung zahlreicher Kooperationspartner*innen öffnet das KiJu-Büro die Kommune für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Es etabliert altersgerechte Strukturen und sichert Beteiligungsqualität. Anlassbezogen ermöglicht es Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume. Junge Menschen werden dabei unterstützt, eigene Beteiligungsformate zu entwickeln, ihre Meinungen gegenüber Erwachsenen zu vertreten. Erwachsene in Politik, Verwaltung, Jugendhilfe und Bildung werden durch Information und Beratung sensibilisiert und aktiviert.

Zeitraum

seit 2006

Kosten/Finanzierung

Sach – und Personalkosten im Umfang von ca. 72.000 € aus kommunalen Haushaltsmitteln. Personalkosten werden über das 610er Personalkostenstellenprogramm des Landes Brandenburg generiert.



Meilensteine des Projektes:

Das Konzept des KiJu-Büros wurde 2006 auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung durch den Stadtjugendring Potsdam e.V. unter Mitwirkung des Jugendamtes, Politik und freien Trägern der Jugendhilfe erarbeitet. In den Anfangsjahren 2006 bis 2012 lag der Fokus auf der Spielplatzplanung und auf der Durchführung von 5 stadtweiten Kinder- und Jugendforen. Seit Bestehen begleitete das KiJu-Büro viele verschiedene Prozesse und ist so zum städtischen Knotenpunkt der Kinder- und Jugendbeteiligung geworden, dessen Arbeit sich in drei Aufgabenschwerpunkten beschreiben lässt:

Das KiJu-Büro **informiert, qualifiziert und aktiviert Kinder, Jugendliche und Erwachsene** in Verwaltung, Politik, Bildung und Jugendhilfe durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit, Beratung, eigene Gremienmitwirkung und zahlreiche Beteiligungsformate. Kinderrechte sind hierbei eines der zentralen Themen. Mit Kampagnen wie „Dein erstes Mal“ werden Jugendliche über Wahlen und ihre politischen Mitwirkungsrechte aufgeklärt. Der mit Kindern und der Medienwerkstatt Potsdam gestaltete und kostenlos verteilte Kinderstadtplan „Hast’n Plan?!“ bietet Kindern Informationen zum Mitmachen am Stadtleben.

Um die Stadt **aktiv mitplanen und gestalten** zu können, werden junge Menschen mittels einer großen Bandbreite an Verfahren und Methoden beteiligt. Neben der vorrangigen Gestaltung von Spiel- und Sportflächen geht es um die Beteiligung bei Verkehrsplanungen wie das Radverkehrskonzept oder um die Mitwirkung an neu zu bauenden bzw. zu sanierenden Plätzen und Einrichtungen. 2012 wurden viele Jugendliche in der breit angelegten Kampagne „Potsdam geht baden! Aber wo? Mach mit ab 16!“ an der Befragung zum neuen Standort des Schwimmbades beteiligt.



2010 startete der Beteiligungsprozess beim Bibliotheksumbau, in den viele Ideen von Kindern und Jugendlichen einfließen konnten, die mittels Befragungen und Ideenworkshops zu „Deine Traumbibo“ erfasst wurden. Altersgerechte Information und Befragung befähigen Kinder und Jugendliche dazu, auch in komplexen Verfahren mitzuwirken. Beispielhaft zu nennen sind die Leitbildentwicklung der Stadt Potsdam und die Gestaltung des Gesamtkonzeptes Schule – Jugendhilfe.

Um die Themen von Kindern und Jugendlichen zu politischen Themen werden zu lassen, **berät und begleitet das KiJu-Büro Erwachsenengremien** wie die AG Spielräume, die AG Masterplan Bewegen und Spielen und unterstützt das Verfahren „Siegel Kinderfreundliche Kommune“. Zudem begleitet es **Jugendliche, die beratend in Entscheidungsgremien** wie z.B. dem Jugendhilfeausschuss und dem Beteiligungsrat der Stadt mitwirken. Seit 2013 wird die Arbeit des Stadtschülerrates durch das KiJu-Büro organisatorisch und inhaltlich begleitet.

Das KiJu-Büro wirkt in enger Zusammenarbeit mit den Einrichtungen vor Ort, z. B. Schulen, Horte, Kinder- und Jugendclubs als lebendige Vernetzungsstelle zwischen Kindern und Jugendlichen in den Stadtteilen sowie Politik und Verwaltung der Stadt.



Wirkungen und Effekte:

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hat in Potsdam klar an Bedeutung gewonnen. Feststellbar ist dies an der Zunahme von Beteiligungsprozessen, an der Vielfalt der Themen und Verfahren, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt werden sowie an den wachsenden Netzwerken zum Thema. Die kontinuierliche Arbeit des Kinder- und Jugendbüros hat zu einer Steigerung von Prozessqualitäten und durch die Sensibilisierung der vorhandenen kommunalen Strukturen zur zunehmenden Etablierung einer nachhaltigen Beteiligungskultur geführt. Am 05. Juli 2017 hat die Stadtverordnetenversammlung den Aktionsplan „Kinder- und jugendfreundliche Kommune“ mit zahlreichen Maßnahmen für mehr Kinder- und Jugendfreundlichkeit sowie Verbindlichkeit für Kinder- und Jugendbeteiligung in Potsdam beschlossen.

Darüber hinaus haben die Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse wertvolle Impulse zur Entwicklung einer generationenübergreifenden Beteiligung der Einwohner*innen gesetzt, von der die ganze Stadt profitiert. Eine lebendige Beteiligungskultur erhöht die Lebensqualität für alle Einwohner*innen Potsdams.



Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:

Nicht immer gelingt bei Prozessen zwischen Generationen oder verschiedenen Akteur*innenebenen der notwendige Perspektivwechsel. Erwachsene meinen oft, genau zu wissen, was Kinder und Jugendliche wollen. Oft fallen ihnen Machtabgabe und Ergebnisoffenheit schwer.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfolgt zudem in vielen Verfahren erst dann, wenn vieles nicht mehr beeinflussbar ist. So müssten z. B. in Bauplanungsverfahren schon vor der Beauftragung von Gutachtern junge Menschen beteiligt werden, damit deren Perspektive bei der Analyse berücksichtigt werden kann.

Kindern und Jugendlichen fällt es aus ihrer „zivilgesellschaftlichen Perspektive“ heraus häufig schwer, die Logik von Verwaltungshandeln und Planungsverfahren nachzuvollziehen. Hier versucht das KiJu-Büro Schnittstellen zu schaffen und zu „übersetzen“. Schwer zu vermitteln sind jedoch die oft sehr langen Verfahrenszeiten in Planungs- und Bauprozessen.

Zu lösen bleibt die Frage, wie sich private und städtische Unternehmen mehr für Kinder- und Jugendbeteiligung öffnen können.

Noch fehlen verbindliche Regelungen und Vorschriften für die Umsetzung nachhaltiger Beteiligungsprozesse. Oft hängen Beteiligungsvorhaben vom „good will“ der Beteiligten ab.



Tipps für das Gelingen:

Der politische Wille zur Etablierung fester Beteiligungsstrukturen muss in Beschlüssen, Satzungen oder Maßnahmenplänen verankert sein. Klare Verfahrensweisen sollten regeln, wer an welchem Punkt in Beteiligungsverfahren eingebunden werden muss. Innerhalb von Verwaltung und Politik muss eine Beteiligungshaltung und das Bewusstsein dafür entwickelt werden, dass Beteiligung ein Querschnittsthema ist und interdisziplinäres Zusammenwirken benötigt.

Dennoch braucht die Umsetzungspraxis die Freiheit, Verfahren flexibel und entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen entwickeln zu können. Beteiligung gelingt nur in Kooperation ohne „Marktkonkurrenz“ durch den Aufbau eines großen Netzwerkes aus Akteur*innen aus Politik, Verwaltung, Jugendhilfe und Bildung. Beim Aufbau von Projektstrukturen ist eine Trägerschaft durch einen freien Träger der Jugendhilfe zu empfehlen, der in enger Verzahnung mit der Verwaltung arbeitet.

Ansprechpartner:

„Kinder- und Jugendbeteiligung ist für uns als familienfreundliche Stadt eine sehr wichtige Aufgabe. Die aktive Beteiligung trägt dazu bei, dass sich Kinder und Jugendliche hier wohl fühlen und ihre Persönlichkeit entfalten können.“

Mike Schubert, Beigeordneter für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung

Birgit Ukrow, Landeshauptstadt Potsdam, FB Kinder, Jugend und Familie
Tel.: 0331 2893129, E-Mail: birgit.ukrow@Rathaus.Potsdam.de

<https://www.potsdam.de/>, <https://sjr-potsdam.de/kinder-und-jugendburo/>



Rathenow – Stadt der Optik

Stadtentwicklung mit dem Kinder- und Jugendparlament

Politik und Verwaltung der Stadt Rathenow haben sich zum Ziel gesetzt, bei der Entwicklung der Kommune die Sichtweise und das Know-how von Kindern und Jugendlichen mit einzubinden und zu berücksichtigen. Die Akteure der Stadt gehen dabei einen vergleichsweise formalen Weg und sichern die Teilhabe der Zielgruppe durch die Verankerung der Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen in der Hauptsatzung.

Darüber hinaus verfolgt die Stadt mit ihrer Beteiligungsstrategie die Ziele des Empowerment-Konzepts und fördert somit eine aktive Bürgerschaft.

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- Verwaltungssitz des Landkreises Havelland
- ca. 70 Kilometer westlich von Berlin gelegen in Nähe zur Landesgrenze nach Sachsen-Anhalt
- 24.387 Einwohner (Stand 12/2015)

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:

Beabsichtigte Wirkung

Kinder und Jugendliche sollen durch Beteiligungserfahrungen mehr Interesse an Politik entwickeln und ihr Selbstbewusstsein soll gefördert werden. Durch die zur Verfügung stehenden Methoden sollen sie Eigenverantwortung erlernen und der wechselseitige Dialog mit der Erwachsenenwelt organisiert werden, wodurch die Akzeptanz von städtebaulichen Maßnahmen erhöht wird.

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

- Kinder- und Jugendparlament
- Foren, Arbeitsgruppen, verschiedene Werkstätten u.a.
- Anpassung der Hauptsatzung

Finanzierung und Ressourcen

- Mitglieder des Jugendparlaments erhalten Sitzungsgelder als sachkundige Einwohner*innen
- Haushaltsmittel aus dem Jugendfördertopf der Stadt, sowie Fördermittel aus dem Jugendfonds des Programms „Demokratie leben!“ u.a.
- kassenunwirksame Ressourcen

Netzwerkpartner

In Rathenow wird der Netzwerkarbeit ein hoher Stellenwert eingeräumt. Es konnte ein funktionierendes Netzwerk aus Akteur*innen der Jugend(sozial)arbeit und Vereinen, wie dem Kreissportbund, aufgebaut werden.

Berufung des nebenamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten durch die Stadtverordnetenversammlung

Gründung Kinder- und Jugendparlament und Änderung der Hauptsatzung (§§ 6, 11 Abs. 3)

Kinder- und Jugendparlament erkämpft neue Personalstelle und Erhöhung Jugendförderbudget

Mitarbeit und Unterstützung des Aktionsbündnisses gegen Rechts und Einführung des Jugendförderpreises

Mitarbeit und Unterstützung des Aktionsbündnisses gegen Rechts

10 Jahre Kinder- und Jugendparlament



Prozessbeschreibung Stadtentwicklung mit dem Kinder- und Jugendparlament:



Ziele und Akteure

Die Akteure der Stadt Rathenow haben sich zum Ziel gesetzt, die Weiterentwicklung ihrer Gemeinde an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen auszurichten. Begleitet wurde dieser Prozess durch Akteur*innen aus der Kommunalpolitik, der Verwaltung und der Jugendhilfe.

Zeitraum

seit 2003

Kosten/Finanzierung

- ca. 0,2 Personalstellenanteile
- Jugendfördertopf + Kofinanzierung des Jugendfonds im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
- Sitzungsgelder für sachkundige Einwohner
- weitere Ressourcen der Verwaltung (u. a. Räumlichkeiten, Computer, Transportmittel, Getränke und Speisen, Büromaterialien)

Meilensteine des Projektes:

Seit dem 4. Februar 2003 existiert das Kinder- und Jugendparlament der Stadt Rathenow und setzt sich für die Interessen der jungen Bevölkerung ein. Neben der Initiierung und Durchführung von Projekten beschäftigt sich das Parlament mit kommunalpolitischen Themen. Auf Grundlage des §11 Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Rathenow hat das Kinder- und Jugendparlament die Möglichkeit, eine*n sachkundige*n Einwohner*in (älter als 15 Jahre) in jeden Ausschuss zu entsenden.

Der Aufbau dieser Struktur und die Begleitung der Kinder und Jugendlichen erfolgte und erfolgt durch die seit 2002 existierende, nebenamtliche Stelle des „Kinder- und Jugendbeauftragten“. Die mit dieser Stelle verbundenen Aufgaben regelt §6 der Hauptsatzung. Dort steht: „Der Kinder und Jugendbeauftragte wird von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow berufen. Er vertritt nebenamtlich die Interessen der Kinder und Jugendlichen der Stadt Rathenow. Er ist Koordinator zwischen dem Kinder- und Jugendparlament und der Stadtverordnetenversammlung, deren Ausschüssen sowie den Fachämtern der Stadtverwaltung.“

Neben der Arbeit in den Ausschüssen organisieren und unterstützen die Mitglieder des Parlaments verschiedenste Projekte und Netzwerke. Darunter das „Laut & Bunt-Festival“, das Aktionsbündnis und das Familienbündnis. Sie sind beteiligt an der Gestaltung von öffentlichen Plätzen, initiieren öffentlichkeitswirksame Aktionen, vergeben jährlich einen Kinder- und Jugendförderpreis und führen diverse Aktionen aus dem Bereich der politischen Bildung im Vorfeld von Wahlen durch.



Die zu überwindenden Hürden zur Mitarbeit im Kinder- und Jugendparlament sind bewusst niedrig. Die Teilnahme an den Sitzungen und die Mitarbeit in den verschiedenen Handlungsfeldern sind völlig freiwillig und offen gestaltet. Die Mitglieder selbst werden nicht gewählt, jedoch wählen sie aus ihren Reihen einen Vorstand.

Die wahrscheinlich größten Erfolge konnten die Akteur*innen des Kinder- und Jugendparlamentes in den Jahren von 2005-2008 verzeichnen. Durch ihr Engagement wurde eine neue Stelle im Bereich der mobilen Jugendarbeit (Streetwork) geschaffen und das Jugendförderbudget der Stadt Rathenow von 2.000 € auf 30.000 € erhöht. Heute ist das Budget mit 17.000 € noch immer auf einem mit der Zeit vor dem Kinder- und Jugendparlament vergleichsweise hohem Niveau.

Seit 2006 ist das Parlament Mitglied im Aktionsbündnis. Mit seinem Tatendrang belebt es das Bündnis, macht es kreativ und aktiviert neue Akteure des Gemeinwesens.

Zu ihrem 10. Jubiläum würdigte die politische Prominenz das Engagement der Kinder und Jugendlichen durch Teilnahme an ihrer Feier und ermunterte sie zur Aufrechterhaltung ihrer Schaffenskraft.

Seit 2013 ist das Parlament auch an Schulen aktiv. Es wirbt für die Mitgliedschaft, führt soziale und politische Projekte, wie z. B. „Meckerrunden“ durch, deren Ergebnisse in die parlamentarische Arbeit einfließen bzw. über die Schnittstelle „Kinder- und Jugendbeauftragte“ in die Verwaltung getragen werden.



Wirkungen und Effekte:

- Die Ausstattung der kommunalen Jugendarbeit konnte durch das Wirken des Kinder- und Jugendparlamentes entscheidend verbessert werden.
- Die Zahl der engagierten und der zu Engagement motivierten Kinder und Jugendlichen ist gestiegen.
- Das Kinder- und Jugendparlament hat sich zu einer Anlaufstelle für interessierte Kinder und Jugendliche entwickelt. Hier finden Interessierte Möglichkeiten, ihr Engagement zu leben und umzusetzen sowie Wege, ihre Themen in den politischen Raum und die kommunale Verwaltung zu übermitteln.
- Die Fremdwahrnehmung der Stadt Rathenow kann als demokratisch entwickelt beschrieben werden. Es werden viele Projekte durchgeführt. Die Zivilgesellschaft wirkt belebt, aktiv und weltoffen (vgl. „Unser Rathenow. Miteinander. Füreinander. Das Aktionsbündnis.“).
- Kinder und Jugendliche werden u. a. durch die jährliche Vergabe des Jugendförderpreises als gestalterische und das Gemeinwesen prägende Akteur*innen in der Öffentlichkeit sichtbar.



Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:

- Hinderlich für die Entwicklung der Beteiligungsstruktur in Rathenow war das geringe politische Interesse der Bevölkerung.



- Das langwierige Prozedere des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses kollidierte mit den Erwartungen und Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen, die derartige Prozessverläufe nicht kannten und aus diesem Grund nicht nachvollziehen konnten.
- Anfangs hatte die Begleitung und Betreuung von Beteiligungsprozessen den Charakter einer Nebentätigkeit. Die Beteiligung von Einwohner*innen aller Alterskohorten und die Entwicklung derartiger Strukturen müssen mit ausreichend personellen und auch finanziellen Ressourcen unteretzt sein.

Tipps für das Gelingen:

- Es muss eine*n verantwortliche*n Ansprechpartner*in innerhalb der kommunalen Verwaltung geben.
- Die Schirmherrschaft des Bürgermeisters hat die Ernsthaftigkeit des Projektes verdeutlicht und zur Gestaltung des Übergangs in die Ebene der Politik beigetragen.
- Die (lokalen und regionalen) politischen Interessen der Kinder und Jugendlichen müssen identifiziert werden, um sie über einen längeren Zeitraum an den Prozess zu binden.
- Gemeinsame Aktivitäten, z. B. Fahrten und Projekte, müssen organisiert werden, um Beziehungen und Vertrauen zu entwickeln, die als Fundament für verlässliche Beteiligungsstrukturen dienen.
- Es müssen Beteiligungsstrukturen entwickelt werden, die sich an den Lebenswelten der Zielgruppe orientieren und sich nicht ausschließlich an den Maßstäben und Erwartungen der Erwachsenenwelt messen.
- Die Zugänge zu den Beteiligungsstrukturen müssen möglichst einfach gestaltet werden, um Teilnahmebarrieren abzubauen.

Ansprechpartner:

„Junge Menschen werden bei der Meinungsbildung unterstützt, dafür erhalten wir Wissen über die Interessen und Ziele der Jugend. Ich bin froh, dass es unser KiJuPa gibt. Es ist Ausdruck einer lebendigen Demokratie.“

Ronald Seeger, Bürgermeister

Tilo Windt, Stadt Rathenow, Kinder- und Jugendbeauftragter
Tel.: 03385 596418, E-Mail: jugendkoordinator@stadt-rathenow.de



Rheinsberger Tradition und Gegenwart ist es, für Menschen aus den verschiedensten Regionen ein attraktiver Lebensort zu sein, sie herzlich willkommen zu heißen und mit ihnen zusammen zu leben. Das große Ziel besteht darin, das gesamte Stadtgebiet zu einem beliebten Wohn- und Lebensort mit einer sehr guten sozialen Infrastruktur zu entwickeln. Im Vordergrund stehen die Verbesserung des Wohngefühls, der Erhalt und die Förderung altersgemischerter Bewohner*innenstrukturen sowie die Unterstützung aktiver Nachbarschaften. Das gelingt nur, wenn Kinder, Jugendliche und Erwachsene ihre Lebensräume mitgestalten und das Gefühl bekommen, mit ihren Rechten und Wünschen ernst genommen zu werden. Stadtentwicklung braucht Partizipation und das gemeinsame Bewusstsein, dass Wohnen mehr ist als die eigenen vier Wände.

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- Stadt im Landkreis Ostprignitz-Ruppin
- 8.153 EW (Stand 12/2015)
- gehört zu den nach Fläche größten Gemeinden Deutschlands
- Prädikat „Staatlich anerkannter Erholungsort“

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:

Beabsichtigte Wirkung

Kinder und Jugendliche wachsen in lebendigen Nachbarschaften und aktiven Netzwerkstrukturen auf, die ihnen Werte und Regeln unseres Zusammenlebens sowie die Erfahrung vermitteln, dass gemeinsame Aktivitäten Spaß machen. Im Alltag erleben sie im Wohnquartier, auf den Sport- und Spielflächen, in der Schule und in der Freizeit viele Möglichkeiten der Mitgestaltung. Sie lernen, eigene Ideen zu verwirklichen, selbstbewusst zu agieren und Verantwortung für sich, andere und ihren Wohnort zu übernehmen. Die seit ca. 20 Jahren etablierten Netzwerkstrukturen und Veranstaltungstraditionen halten das Bewusstsein in der Stadt lebendig, Kinder und Jugendliche als junge Einwohner*innen ernst zu nehmen.

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

Befragungen, Arbeitsgruppen, Wettbewerbe, Jugendinitiativen, selbstverwalteter Jugendraum

Finanzierung und Ressourcen

- Stellenanteile Jugendbüro/Quartiersmanagement, Kommunale Wohnungsgesellschaft (REWOGE) und Stadtverwaltung
- Kommunale Mittel: ca. 5.000 € anteilige Betriebskosten für selbstverwalteten Jugendraum sowie ca. 6.000 € Veranstaltungsförderung
- Fördermittel aus dem Städtebauprogramm Soziale Stadt

Netzwerkpartner

Bürgermeister, Referent für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, Geschäftsführung der REWOGE, Jugendarbeit/Quartiersmanagement, AG Familie und Jugend

Gründung der
AG Jugend und Familie,
1. Langer Tag der Jugend

1. Jugendfestival
Rock am Rhin

Jugendinitiative Feita
gegründet

JC Pavillon öffnet,
Jugendinitiative Feita
erhält brandenburgischen
Engagementpreis

Abriss des JC Pavillon

Demonstration zum
Erhalt des JC Pavillon,
Wiedereröffnung des JC
Pavillon am neuen Standort,
Projekt „Essbare Schule
startet“,
Mietermagazin „Stadtleben“
gewinnt Wettbewerb
beste Mieterzeitungen,
Entwicklung und SW Beschluss
Konzept „Soziale Stadt“,
Bewilligung des Antrags
Start Projekt Soziale Stadt

18. Demokratiewerkstatt
und es geht weiter



Prozessbeschreibung Stadtteilentwicklung durch aktives Wohnen:

Ziele und Akteure

Die in enger Kooperation von Stadtverwaltung, kommunaler Wohnungsbaugesellschaft und Jugendarbeit/Quartiersmanagement geplanten Maßnahmen und städtebaulichen Investitionen in das Wohnumfeld, die Infrastrukturausstattung und die Qualität des Wohnens sorgen für mehr Generationengerechtigkeit und Familienfreundlichkeit im gesamten Stadtgebiet. Besondere Beachtung behält hierbei die Aufwertung der als sozialer Brennpunkt bekannten Plattenbausiedlung „Am Stadion“. Hier werden Entwicklungsprozesse initialisiert, die ein lebendiges Stadtteilleben mit aktiven und motivierten Einwohner*innen fördern und die Chancen aller dort Lebenden auf Teilhabe und Integration verbessern. Unmittelbar an die Wohn-, Bildungs- und Lebenswelten anknüpfend bieten von Kita über Schule bis hin zu Kultureinrichtungen und Sportvereinen alle Akteure der Stadt jungen Menschen viele Freiräume und Beteiligungszugänge, um Rheinsberg mitzugestalten.

Zeitraum

seit 2011

Kosten/Finanzierung

s.O.



Meilensteine des Projektes:

Bereits 1998 gründete sich die AG Familie und Jugend, in der Schulen, Kitas, Träger der Jugendhilfe, Stadtverwaltung, Politik und die Kommunale Wohnungsgesellschaft REWOGÉ vertreten sind, um mit eigenen Veranstaltungen wie dem „Langen Tag der Jugend“ Familien, Kindern, Jugendlichen und der Jugendkultur einen festen Platz im Stadtleben zu sichern. Kultur und Musik sind nicht nur wichtige Elemente des Stadtlebens, sondern motivieren junge Menschen in Rheinsberg zum Mitmachen. So lockt „Rock am Rhin“ seit 2004 als selbstorganisiertes 2-tägiges Rockfestival jährlich viele Besucher*innen an. Ebenfalls selbstverwaltet und partizipativ agiert der Jugendclub Pavillon, der u- a- Probenräume für Jugendbands bietet und eine wichtige Plattform der politischen Jugendbildung im Stadtleben geworden ist.

Mit dem Wechsel in der Geschäftsführung wurde die Kommunale Wohnungsgesellschaft REWOGÉ 2012 zu einem wichtigen Akteur der partizipativen Stadtentwicklung. Gelebte Nachbarschaft und Beteiligung gehören seither zu Leitbild und Service. Oft ist die REWOGÉ erste Anlaufstelle für Belange von Einwohner*innen. Diese Schlüsselfunktion konstruktiv ausnutzend ist sie inzwischen der Beteiligungsknotenpunkt im Stadtteil. In enger Kooperation mit dem Jugendbüro und der Stadtverwaltung initiiert, realisiert und unterstützt sie Strukturen und Projekte, die der gesellschaftlichen Bildung, Beteiligung und Selbstorganisation von jungen Menschen dienen. Um alle Rheinsberger*innen über Prozesse der Stadtentwicklung zu informieren und zum Mitmachen zu motivieren, veröffentlicht die REWOGÉ seit 2014 regelmäßig das leicht verständlich formulierte und



grafisch ansprechend gestaltete Mietermagazin „Stadtleben“, das eine große Resonanz erzeugt. Auf den 2016 veröffentlichten Malwettbewerb zur Neugestaltung von Hausfassaden im Wohngebiet „Am Stadion“ reagierten über 130 Kinder im Alter von 6-12 Jahren mit Einsendungen. Die Siegerentwürfe wurden realisiert, die Vorschläge aller Kinder mit einer öffentlichen Ausstellung wertgeschätzt. Wettbewerbe werden als niedrigschwelliges Beteiligungsinstrument auch bei der Spielplatzgestaltung eingesetzt, jedoch immer ergänzt durch gezielte Interviews mit Kindern und Eltern, Anwohner*innengespräche und die Beobachtung des Spielverhaltens der Kinder. So wurde 2016 bereits ein neuer Spielplatz partizipativ gestaltet, weitere befinden sich in der Planung.

Eine ganz unmittelbare Mitgestaltung von Stadträumen ermöglicht das Projekt „Die essbare Schule“. In Kooperation mit „solanum e.V.“ und der Grundschule wurde eine Fläche in einem städtebaulichen Entwicklungsbedarfsgebiet zu einem Gemüsefeld umgewandelt. Ernte, Verarbeitung und Vermarktung des Gemüses der „essbaren Wiese“ übernehmen Kinder mit Unterstützung von Nachbarn selbst. Durch die Übernahme von „Baumpatenschaften“ durch junge Bewohner*innen des Kiezes wurde eine weitere Freifläche zur „Obstwiese“ gestaltet. Das Projekt ist zum Ausgangspunkt für ein aktives Quartiersleben geworden und trägt sehr zur Integration der 200 geflüchteten Menschen bei, die Rheinsberg mit dem Modell des dezentralen Wohnverbundes mitten im Stadtleben willkommen heißt. In enger Zusammenarbeit zwischen Stadt, REWOGÉ und Einwohner*innen aller Altersgruppen wurde ein Netzwerk aufgebaut, das geflüchtete Familien durch lebendige Nachbarschaften schnell in das Stadtleben integrierte.

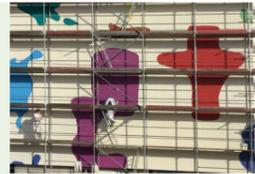
Ermöglicht durch 2016 bewilligte Mittel des Förderprogramms „Soziale Stadt“ können Stadt und REWOGÉ im Ausblick weitere Projekte realisieren, die zur Verbesserung der Wohn-, Bildungs-, Begegnungs- und Teilhabemöglichkeiten im Quartier beitragen. Entstehen werden z.B. ein Kiezzentrum und ein Bildungscampus – selbstverständlich entwickelt unter Beteiligung junger und älterer Einwohner*innen.

Wirkungen und Effekte:

Das ehemals als „Ghetto“ stigmatisierte Wohnquartier „Am Stadion“ entwickelt sich zu einer zunehmend beliebten, attraktiven Wohngegend, in der Menschen verschiedener Kulturen nachbarschaftlich zusammenleben.

In Folge der kleinteiligen partizipativen Stadtteilverschönerungsprojekte ist eine Verbesserung des gesamten Stadtteilbildes zu beobachten. Menschen achten mehr auf ihr Umfeld, hinterlassen weniger Müll und gestalten ihr eigenes Wohnumfeld selbständig attraktiver.

Rheinsberger Kinder und Jugendliche sind sehr aktiv im Stadtleben, setzen sich für sich und ihre Nachbarn ein. Zu beobachten ist, dass Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse häufig die ganze Familie zur Mitwirkung im Quartier mobilisieren.





Viele Jugendliche, die in Kultur- und Beteiligungsprojekten mitwirkten, unterstützen diese auch als (junge) Erwachsene weiter und bleiben Rheinsberg oft als Einwohner*innen erhalten.

Viele Rheinsberger Ansätze, u.a. das Mietermagazin der REWOG, das „Modell des dezentralen Wohnverbundes“ oder auch die Jugendinitiative FEITA, die den Jugendclub Pavillon initiierte, wurden in bundesweiten Wettbewerben prämiert. Diese Auszeichnungen erzielen einerseits Öffentlichkeit, bedeuten vor allem aber auch eine hohe Wertschätzung für das Engagement der beteiligten Akteure.

Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:

Ein großer Stolperstein sind private Partikularinteressen und/oder politische Grabenkämpfe, die eine positive Stadtentwicklung verzögern, mitunter sogar blockieren können.

Tipps für das Gelingen:

- Beteiligung darf nicht als „Extra- oder Parallelkultur“ organisiert werden. Teilhabe muss zur Alltagskultur im täglichen Miteinander werden. Integration gelingt durch permanente Begegnung in einem lebendigen Wohnumfeld.
- Der erste Schritt in Richtung einer lebendigen Beteiligungs- und Stadtkultur besteht darin, das Ohr immer an der Bevölkerung zu haben.
- Eine kommunale Wohnungsgesellschaft, die Mietermitbestimmung ernst nimmt und in der eigenen Unternehmenskultur vorlebt, aktiviert Einwohner*innen zum Mitreden und Mitmachen.
- Stadtentwicklung unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gelingt, wenn Bürgermeister, Hauptamt, kommunale Wohnungsgesellschaft und Jugendarbeit der Stadt vertrauensvoll Hand in Hand arbeiten und Absprachen auch schnell auf kurzen Dienstwegen treffen können.
- Auch, wenn sie manchmal nicht so aussehen, wie es sich Erwachsene vorstellen: Jugendliche brauchen (Frei)Räume, die sie entsprechend ihren Vorstellungen und Ideen gestalten können.

Ansprechpartner:

Bürgermeister Jan-Pieter Rau a. D.
Tel.: 033931 55-100, E-Mail: buergermeister@rheinsberg.de

Stephan Greiner-Petter, Geschäftsführer REWOG
Tel.: 033931 405-0, E-Mail: stephan.greiner-petter@rewoge.de



Standortfaktor Kinder- & jugendfreundliche Kommune

Kinderfreundlichkeit ist für Senftenberg zu einem wichtigen Standortfaktor geworden. Eine Stadt, in der sich Kinder, Jugendliche und deren Familien wohl fühlen, bindet Einwohner*innen und gewinnt bestenfalls neue hinzu. Seit vielen Jahren bezieht die Stadt Senftenberg Kinder und Jugendliche mittels verschiedenster Beteiligungsansätze aktiv in die Stadtentwicklung ein. Verwaltung und Politik betrachten es als wichtige Aufgabe, ein Bewusstsein für Jugendbeteiligung als zentralen Wert unserer demokratischen Gesellschaft zu schaffen und die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, dass Kinder viele Rechte haben. Diese auch in der Öffentlichkeit verstärkt zu kommunizieren, soll mit der Umsetzung des Aktionsplans ‚Kinderfreundliche Kommune‘ weiterhin befördert werden.

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- Mittelzentrum im Süden Brandenburgs
- Kreisstadt des Landkreis Oberspreewald-Lausitz
- 25.102 Einwohner (1. Juli 2017)
- staatlich anerkannter Erholungs- und Universitätsstandort

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:

Beabsichtigte Wirkung

Senftenberg lebt Kinder- und Jugendbeteiligung, um die Stadt langfristig als attraktiven Wohnort für junge Menschen zu gestalten und den Aktionsplan als ‚Kinderfreundliche Kommune‘ mittelfristig umzusetzen.

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

- Kinder- und Jugendparlament (KJP)
- Junior-Experten
- Dialogrunden, Planungswerkstätten, themenbezogene Projekte
- Stadtteilbegehungen
- Befragungen, Wettbewerbe
- Bürgerhaushalt, Stadtteifonds

Finanzierung und Ressourcen

- Personalressourcen der Verwaltung: 32 WS (ca. 38.000 €/jährlich) im Fachbereich Bildung, Soziales, Kultur und Ordnungsamt
- 22.000 € für Sachmittel (Honorare, Öffentlichkeitsarbeit) sowie Raum- und Materialressourcen

Netzwerkpartner

- Jugendhilfe, Kita, Schule, Vereine
- Kommunalpolitik

Beschluss SVV zur Gründung eines KJP am 10.12.1996

Gründung des KJP Senftenberg

Beginn des Projektes Skateranlage

Vereinsausstellung „MACH MIT – im VEREINten Senftenberg“

„Stadt Spieler Jugend“

Aktion „Kinderwünsche“ am Weltkindertag

Siegelerhalt „Kinderfreundliche Kommune“

Gründung Junior-Expert*innen

Fertigstellung Kinderrechtekoffer

Planung von Spielplätzen in Ortsteilen unter Beteiligung von Kindern

Logo-Malwettbewerb an den Grundschulen für ein „Kinderfreundliches Senftenberg“

Kinderrechte-Rallye am Kindertag

„Halbzeitgespräch“ Kinderfreundliche Kommune



Prozessbeschreibung

Standortfaktor Kinder- & jugendfreundliche Kommune:

Ziele und Akteure

Das KJP vertritt stellvertretend die Interessen der Kinder und Jugendlichen in der Stadtpolitik, indem es an allen Planungen und Entscheidungen der Stadt beteiligt ist, welche die Themen von Kindern und Jugendlichen berühren. Die aktive Einbindung in die Kommunalpolitik stärkt den Dialog zwischen den Generationen und rückt die Belange junger Menschen in den Fokus der Stadtpolitik.

Zeitraum

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Gründung eines KJP am 10.12.1996
- Gründungsdatum 17.12.1998

Kosten/Finanzierung

- anteilige Personalkosten Verwaltung
- 3.000 € Budgetmittel für das KJP
- zusätzliche Sachmittel
- Mittel für Projekte werden über Fördermittel (DKHW, Land Brandenburg) akquiriert



Meilensteine des Projektes:

Den Impuls zur Gründung des KJP setzte die Partnerstadt Püttlingen (Saarland), die bereits länger über ein aktives Jugendparlament verfügte. Die Idee stieß in Senftenberg auf reges Interesse. Am 17.12.1998 erfolgte im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung die feierliche Gründung des KJP mit 24 Gründungsmitgliedern. Verwaltung und Kommunalpolitik der Stadt begleiten das KJP seitdem, um Kinder und Jugendliche an die Stadtpolitik heranzuführen. Das KJP versteht sich als ein selbst organisiertes Gremium, in welchem die Ideen, Kritiken, Anregungen und Vorschläge von Kindern und Jugendlichen gemeinsam diskutiert und gegenüber kommunalpolitischen Entscheidungsträgern artikuliert und vertreten werden. Es arbeitet unabhängig und überparteilich. Beratende Mitglieder sind der Bürgermeister, die/der Beigeordnete der Stadt sowie ein*e Vertreter*in des zuständigen Fachamtes. Um die Arbeit zu befördern, unterstützt die Stadt das KJP mit personellen, finanziellen und materiellen Ressourcen.

Schwerpunkt der Arbeit sind die Mitsprache und Beratung bei kinder- und jugendrelevanten Themen auf Kommunalebene. Die Mitglieder des KJP nehmen an den Sitzungen der Ausschüsse und der Stadtverordnetenversammlung teil. Zur Vorbereitung erhalten sie rechtzeitig die jeweiligen Sitzungsunterlagen und werden bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den anstehenden Themen und Beschlüssen auf Wunsch beratend begleitet. In den Sitzungen haben sie Rederechte. Über den Bürgermeister und die Fraktionen ist die Möglichkeit gegeben, eigene Anträge einzubringen. Die interne Zusammenarbeit des KJP regeln die Leitsätze, die Verankerung des Jugendgremiums in der Stadtpolitik ist durch § 10 der Hauptsatzung der Stadt Senftenberg gegeben.



Zu Schwerpunktthemen realisiert das KJP eigene Projekte. Beispielhaft zu nennen sind die Entwicklung einer Spielplatzkonzeption, die Durchführung von Alkoholtests in Handelseinrichtungen, um auf die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes hinzuweisen, die Organisation einer Vereinsausstellung sowie die Unterstützung von Jugendevents und kindgerechten Veranstaltungen.

Jedes Jahr im Frühling führt das KJP in Kooperation mit dem Seniorenbeirat, der Wohnungsbaugenossenschaft Senftenberg e.G. und Einrichtungen der Jugendhilfe einen „Dreck-Weg-Tag“ in der Innenstadt durch. Über einen dreijährigen Zeitraum setzte sich das KJP von 2009-2013 als Interessenvertretung der Jugendlichen mittels der Organisation von Workshops, Benefizkonzerten und des Dialogs in der Kommunalpolitik für den Bau einer Skateranlage ein. Aktuell unterstützt es intensiv die Umsetzung des Aktionsplans „Kinderfreundliche Kommune“ durch Beratung und Mitarbeit an konkreten Maßnahmen, wie z. B. der Organisation von Wunschzettellaktionen, Kinderrechte-Rallyes und Verkehrsaktionstagen an Schulen der Stadt.



Wirkungen und Effekte:

- Das über 18-jährige Bestehen des KJP hat in der Stadt das Bewusstsein dafür geschärft, dass Kinder und Jugendliche von enormer Bedeutung für die positive Entwicklung eines Ortes sind. Die Kommunalpolitik wertschätzt die Arbeit des KJP, dessen junge Mitglieder Planungsexpert*innen in eigener Sache sind, die mit ihrer Perspektive und ihren Einschätzungen Fehlentscheidungen verhindern können.
- Die Kommunalpolitik berücksichtigt die Meinungen von Kindern und Jugendlichen, und auch die Verwaltung öffnet sich zunehmend stärker für Beteiligungsprojekte. Kinder und Jugendliche lernen durch die Mitwirkung im KJP oder die Einbindung in eines der vielen anderen Beteiligungsprojekte, wie Stadtgestaltung, Kommunalpolitik und Interessenvertretung funktionieren und erleben, dass ihre Meinung ernst genommen wird.
- Durch das langjährige Training gelingt nicht nur der Dialog zwischen Jung und Alt immer besser, sondern es steigt auch der Spaß an gemeinsamen Beteiligungsprozessen. Und es spricht sich herum, dass Senftenberg ein lebenswerter Ort zum lebendigen Mitgestalten für Kinder, Jugendliche und ihre Familien ist, in dem es sich unbedingt zu wohnen lohnt.



Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:

Bei allen positiven Effekten birgt die parlamentarische Form der Kinder- und Jugendbeteiligung natürlich manchen Stolperstein. Wie bei den Erwachsenen begeistern sich zunehmend auch junge Menschen eher für temporäre, offene Formen des politischen und gesellschaftlichen Engagements. Es fällt nicht immer leicht, junge Mitglieder zum Mitmachen zu gewinnen. Bedingt durch den viel schnelleren Lebenswandel jüngerer Menschen wechseln zudem Mitgliederzahl und Belegung des KJP viel schneller als in Erwachsenengremien. Und auch in den Gremien junger Erwachsener können Befindlichkeiten und Konflikte schnell die Arbeit auf der Sachebene lahmlegen. Heterogenität der Mitglieder sowie die großen Altersspannen bieten hier mitunter viel Potential.





Eine große Herausforderung stellt der Anspruch dar, die Wahlen für das Kinder- und Jugendparlament so zu gestalten, dass alle interessierten Kinder und Jugendlichen rein theoretisch Mitglied werden könnten. Hierbei ist die Stadt Senftenberg auch weiterhin auf der Suche nach einem effektiven, möglichst alle erreichenden Wahlverfahren. Die größten Stolpersteine können jedoch in den Erwachsenenstrukturen selbst liegen, wenn es uns nicht gelingt, Prozesse verständlich und partizipativ zu gestalten.

Tipps für das Gelingen:

- Für die erfolgreiche Arbeit braucht ein KJP das ernsthafte Bekenntnis der Verwaltung und Kommunalpolitik zur Gründung und Fortführung des Gremiums, die Verankerung von Beteiligungsrechten in der Hauptsatzung sowie die dauerhafte Bereitstellung von Personalressourcen in der Verwaltung.
- Die Bereitstellung von Räumen, Material, Mobilitätskosten und einem kleinen Budget für eigene Projekte stärkt die Arbeit des KJP.
- Die Realisierung weiterer Beteiligungsprojekte, der Aufbau der „Junior-Experten“, die enge Zusammenarbeit mit den Grund- und Oberschulen sowie das Interesse der lokalen Medienredaktionen halfen dabei, das KJP zu etablieren und sein Mitgliederfeld stetig auszuweiten.
- Seit dem Sieglerhalt „Kinderfreundliche Kommune“ am 1. Juni 2015 und der damit verbundenen Verstärkung von Maßnahmenplänen gelingt es noch besser, Kinder- und Jugendbeteiligung auf allen kommunalen Ebenen mit Leben zu erfüllen.



Ansprechpartner:

„Ich bin gern bei Kindern zu Gast oder mit ihnen unterwegs, denn sie sind nicht nur unsere Zukunft, sondern wollen auch wirklich ernst genommen werden. Viele Kommunen scheuen die Prädikatisierung als „Kinderfreundliche Kommune“, weil sie viel Arbeit bedeutet. Wir haben uns aber entschieden, dass es ein Aufwand ist, der sich definitiv lohnt und in Senftenberg hoffentlich auch dafür sorgt, dass die späteren Jugendlichen in der Heimat bleiben, weil sie hier ernst genommen werden und eine Perspektive haben.“

Andreas Fredrich, Bürgermeister

Nicole Günther, Sachbearbeiterin Kinderfreundliche Kommune
Tel.: 03375 701256, E-Mail: nicole.guenther@senftenberg.de

<http://kjp.senftenberg.de/>, <https://www.senftenberg.de/>



Templin

Kinder und Jugendliche gestalten Integration

Das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung gehört für die Akteur*innen aus Politik und Verwaltung in Templin zu ihrer täglichen Arbeit. Dabei stehen die gezielte Informationsvermittlung und das Einholen von Meinungen und Ideen an vorderster Stelle. Darüber hinaus hat sich mit dem Jugendbeirat und der nachhaltigen Verankerung dieser Struktur in der Hauptsatzung eine langfristige und verbindliche Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene entwickelt und man geht gemeinsam mit dem Jugendbeirat strategische Projekte an, wie beispielsweise die Erstellung des INSEK der Stadt. Die Mitglieder des Jugendbeirats wollen die Gemeinde und die Gemeinschaft gestalten. Wie ihnen das gelingt, verdeutlicht unter anderem das hier vorgestellte Beispiel der intergenerativen Etablierung einer gelingenden Willkommenskultur.

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- Mittelzentrum des Mittelbereiches Templin (Städte Templin, Lychen, Gemeinde Boitzenburger Land, Amt Gerswalde)
- flächengrößte Stadt im Landkreis Uckermark
- 16.067 EW (Stand 12/2015)
- besteht aus der Kernstadt und 15 Ortsteilen

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:

Beabsichtigte Wirkung

Junge Menschen haben die Möglichkeit, ihre Rechte zu verwirklichen und Templin – u.a. über den Jugendbeirat – im Rahmen aktiver politischer Entscheidungsprozesse zu prägen und attraktiv zu gestalten.

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

- altersgerechte Information
- Kinder- und Jugendbeauftragte
- Jugendbeirat
- Befragungen
- Planungswerkstätten

Finanzierung und Ressourcen

- 0,4 VzE Personal
- 1.500 € Budget für den Jugendbeirat
- Sachmittel Jugendbeirat und -initiativen (Räume, Technik, Transportmittel, Getränke und Speisen, Öffentlichkeitsarbeit)

Netzwerkpartner

Alle Akteure des Gemeinwesens (z.B. Ev. Kirche, Sport- und Kulturvereine, Jugendfeuerwehr und Jugendrotkreuz).



Prozessbeschreibung „Kinder und Jugendliche gestalten Integration“:

Ziele und Akteure

die Entwicklung einer lokalen Willkommenskultur unter aktiver Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie dem Bürgermeister, Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, haupt- und ehrenamtlichen Akteur*innen aus Kita, Schule, Sozialamt des Landkreises, Polizei, Betreiber - und Betreuungsfirmen und Kirche

Zeitraum

seit August 2015

Kosten/Finanzierung

Kommunaler HH: 3.000 € für Sachmittel, Stellenanteile von Verwaltungsmitarbeiter*innen
Co-Finanzierung: Mittel des Jugendförderplans des LK, Lottomittel des MASGF, Mittel des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, vergeben über die Partnerschaft für Demokratie des Landkreises Uckermark

Meilensteine des Projektes:

Kinder und Jugendliche werden in Templin mittels altersgerechter Informationen und Verfahren aktiv in die Planung und Umsetzung solcher kommunalen Gestaltungsprozesse involviert, die ihre Lebenswelten unmittelbar betreffen. Bei allen Beteiligungsprozessen sind der Kinder- und Jugendbeauftragte sowie der Kinder- und Jugendbeirat von zentraler Bedeutung. Beide ermöglichen den Zugang zur Zielgruppe und sichern die Qualität der Partizipationsverfahren.

Vor eine neue große Beteiligungsaufgabe wurden alle Akteur*innen im August 2015 gestellt, als die Stadt Templin zum ersten Mal nach der deutschen Wiedervereinigung Geflüchtete und Asylbewerber*innen aufgenommen hat. Zwar leben schon seit vielen Jahren Einwohner*innen aus 21 Nationen in der Stadt, dennoch bedeutete die Aufnahme von Geflüchteten für viele Templiner*innen eine neue Herausforderung. Folgend stellten sich die Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit die Frage, wie sie die Etablierung von Willkommenskultur unterstützen könnten. Da im kommunalen Rahmenkonzept der Offenen Kinder- und Jugendarbeit Templins die Partizipation der Zielgruppe bei der Entwicklung von Angeboten verankert ist, wurde diese Planungsphase mit Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durchgeführt. Die Perspektive der jungen Aufnahmegesellschaft war hierbei zudem von großer Bedeutung, da ein großer Teil der über 200 in den beiden Templiner Unterkünften aufgenommenen Geflüchteten ebenfalls junge Menschen waren.

Bei der Organisation von Gesprächsrunden zu diesem Thema übernahm der Jugendbeirat eine wichtige Rolle. Obgleich diese Veranstaltungen einerseits den Rahmen dafür boten, Ängste, Unsicherheiten und Vorbehalte zu äußern, wurde gleichwohl die Bereitschaft deutlich, die jungen Geflüchteten kennenzulernen und willkommen zu heißen.



Gemeinsam entwickelte sich aus der Zusammenarbeit vieler Jugendlicher und ehrenamtlich tätiger Erwachsener eine lebendige Willkommenskultur. Das Jugendhaus „Villa 2.0“ wurde zum Anlauf- und Treffpunkt für junge Geflüchtete und Ehrenamtliche der Willkommensinitiative.

Junge Templiner*innen aus der Oberschule, der Freien Schule und dem Gymnasium organisierten mit Unterstützung der Stadt, des Jugendbeirates und der Initiative Willkommenspartys, erste Deutschkurse und andere interkulturelle Projekte mit dem Ziel, beiderseitige Unsicherheiten und Berührungängste abzubauen und ein schnelles Zurechtfinden der Geflüchteten in den städtischen Strukturen zu ermöglichen. Dazu gehörte es, Sprachbarrieren zu verringern und die Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern. Mit Unterstützung des Jugendbeirates wird den neuen Templiner*innen die Kultur der aufnehmenden Gemeinschaft näher gebracht. Partizipation als Wert war anhand der gelungenen Kinder- und Jugendbeteiligung bei der Entwicklung der kommunalen Willkommensstrategien unmittelbar erlebbar.



Wirkungen und Effekte:

- Die Aktivitäten der Willkommensinitiative haben entscheidend dazu beigetragen, dass viele Flüchtlinge trotz schwieriger Lebens- und Wohnbedingungen (kaum freier Wohnraum, begrenzte Plätze in Kita und Grundschulen) eine Lebens-, Zukunfts- und Berufsperspektive in Templin entwickeln konnten.
- Viele ansässige Unternehmen sind offen für Eignungsfeststellung im Rahmen von Praktika, gekoppelt an die Absicht der späteren Übernahme in Ausbildung oder Beschäftigung.
- Seit der Gründung des Vereins „Neu-Templiner“ im Juni 2017 gestalten Geflüchtete gemeinsam mit dem Jugendbeirat, einer schulischen Kinder- und Jugendinitiative und erwachsenen Akteur*innen das gesellschaftliche und kulturelle Leben aktiv mit. Dabei greifen sie auf erlebte partizipative Methoden zurück.
- Die Anzahl der aktiven und couragierten jungen Menschen in der Zivilgesellschaft ist spürbar angestiegen. Diese Gruppe zeigt auch öffentlich Gesicht, wenn rechtsradikale Akteure mit fremdenfeindlichen, rassistischen, gewalt- und hassschürenden Aufmärschen, Demonstrationen, Angriffen und rechtsradikalen Propagandadelikten aktiv werden.
- Die Zahl der jungen Geflüchteten in Sportvereinen und in den Einrichtungen und Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist groß.



Tipps für das Gelingen:

Um die Integration für „neue Einwohner*innen“ gelingend zu gestalten, müssen die „alten“ von Beginn an informiert und involviert werden.

Die Etablierung einer gelingenden Willkommenskultur gelingt nur auf Grundlage einer lebendigen Beteiligungskultur.

Eine Begleit- und eine Lenkungsgruppe wurden gebildet, um den Integrationsprozess mit all seinen Herausforderungen, Schwierigkeiten und Konflikten zu gestalten.

Gestaltet, gefördert und gepflegt werden müssen Netzwerkstrukturen, um alle Prozessbeteiligten in die planerischen und gestalterischen Arbeitsvorgänge zu integrieren.

Integrations- und Beteiligungsprozesse brauchen eine gute Öffentlichkeitsarbeit in (über)regionalen Medien, um Informationstransparenz zu sichern und Wertschätzung zu vermitteln.

Die Verankerung von Beteiligungsstrukturen und -verfahren in kommunalen Beschlüssen, Leitbildern und Qualitätsstandards (bspw. Rahmenkonzept der offenen Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Templin) führte in Templin zur nachhaltigen Sicherung und Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Entscheidungen.

Ansprechpartner:

„Das Leben ist eine ewige Baustelle und trotzdem begehbar...“

Tamara Gericke, Teamleiterin Offene Kinder- und Jugendarbeit und Demokratiebeauftragte
Tel.: 03987 2030128, E-Mail: gericke@templin.de



Treuenbrietzen

Das Kinder- und Jugendforum (KiJuFo) in Treuenbrietzen

Das Kinder- und Jugendparlament Treuenbrietzen (heute: Kinder- und Jugendforum) wurde im Jahr 2002 gegründet. Anreiz für die Gründung war der erbaute Spielplatz „Am Schwanenteich“, bei dem die Kinder und Jugendlichen aktiv mit einbezogen wurden. Durch ein generelles Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung und in deren Ausschüssen möchte die Stadt Treuenbrietzen ihren Nachwuchs in wichtige Entscheidungen der Stadt miteinbeziehen und sich somit den aktuellen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, der Politikverdrossenheit, dem Desinteresse und der Politikunkenntnis, der Streitkultur und demokratischen Formen stellen.

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- Verwaltungssitz des Landkreises Potsdam-Mittelmark
- im Südwesten des Landes Brandenburg im Fläming
- 7.379 EW (Stand 12/2015)

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:

Beabsichtigte Wirkung

- Verbesserung der Lebensqualität der Kinder und Jugendlichen und damit Einhergehen der Entwicklung von Identität und Verbundenheit mit der Heimatstadt
- Vorbereitung der Jugendlichen auf das spätere (Berufs)Leben

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

- regelmäßig stattfindende Treffen zwischen der Stadt und den Jugendlichen
- offene Türen beim Bürgermeister Herrn Michael Knappe
- Kinder- und Jugendforum
- Raumpioniere

Netzwerkpartner

- Gymnasium
- Stadtverwaltung
- Familienzentrum
- Raumpioniere
- Friedrich-Ebert-Stiftung

Befragung und „Wunschzettelaktion“ zur Gestaltung des Spielplatzes „Am Schwanenteich“

Gründung des Kinder- und Jugendparlamentes (heutiges Kinder- und Jugendforum KiJuFo)

Errichtung des Spielplatzes „Am Schwanenteich“

Kinder- und Jugendparlament in Satzung der Stadt verankert

Engagierte Jugendliche bringen sich aktiv in den Treuenbrietzen Stadtentwicklungsprozess ein

Initiierung des Planspiels „Kommunalpolitik“ durch die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Treuenbrietzen Raumpioniere stellen sich auf. Erste Gespräche mit dem Bürgermeister werden geführt.

**Prozessbeschreibung****Das Kinder- und Jugendforum (KiJuFo) in Treuenbrietzen:****Ziele**

- Schaffung von Aufenthaltsflächen und Räumen für Kinder und Jugendliche
- Behebung städtebaulicher Missstände

Akteure

- Gymnasium
- Stadtverwaltung
- Familienzentrum
- Raumpioniere
- Friedrich-Ebert-Stiftung
- Jugendliche

Zeitraum

seit 2002 – mit Unterbrechungen

**Meilensteine des Projektes:**

Im Rahmen einer dreitägigen Befragung wurden 2001 mehr als 250 Kinder und Jugendliche in Treuenbrietzen zu ihren Vorstellungen hinsichtlich der Gestaltung des Spielplatzes „Am Schwanenteich“ befragt und eine „Wunschzettellaktion“ durchgeführt. Die Beteiligung war der Stadt sehr wichtig, um die Anlage als lebendigen Treffpunkt zu gestalten. In Auswertung dieses Prozesses wurde vor allem dem Bürgermeister Herrn Knappe deutlich, dass die Kinder und Jugendlichen zwar ihre Meinung äußern konnten, in den weiteren Projektverlauf allerdings nicht integriert waren. So entstand die Idee eines Kinder- und Jugendparlaments, heute -forums (KiJuFo), welches seit 2002 fest in der Satzung der Stadt verankert ist. In dieser wurde ein generelles Rederecht in den Fachausschüssen der Stadtverordnetenversammlung zuerkannt. Somit erhielten die Jugendlichen kontinuierlich die Möglichkeit zur Darstellung ihrer Ideen und Vorstellungen auf Augenhöhe mit den politischen Entscheidungsträger*innen der Stadt. In den Jahren 2002-2006 hat sich das KiJuFo engagiert in die Stadtentwicklung eingebracht. Nach Ausscheiden der Mitglieder aufgrund schulischer und/oder beruflicher Veränderungen, die oft mit einem Wegzug verbunden waren, ließen sich keine Nachfolger*innen finden. Trotz des Einschlafens des aktiven KiJuFo's stellt die Stadt in Gesprächen mit Jugendlichen klar, dass die Grundlagen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in demokratische Prozesse der Stadt gelegt sind und unverändert Gültigkeit besitzen. Kinder und Jugendliche sind weiterhin aufgefordert, von ihrem Recht auf Beteiligung Gebrauch zu machen. Für diesbezügliche Gespräche stehen die Türen weiterhin offen. Fachkräfte der Jugendarbeit stehen interessierten Kindern, Jugendlichen und Schulen nach wie vor unterstützend und beratend zur Seite.



Im Rahmen einer Schulprojektwoche wurde 2010 das „Planspiel Kommunalpolitik“ durch den Bürgermeister in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Treuenbrietzen initiiert. Das Planspiel folgt der Idee, die Abläufe in einer politischen Institution, z.B. im Parlament, möglichst wirklichkeitsgetreu nachzuspielen. Mittels der Methode werden Jugendliche nach einer intensiven Vorbereitungszeit in die Rolle der Kommunalpolitik ihrer Stadt versetzt. Sie lernen die „echten“ Politiker*innen kennen, die zu Pat*innen der im Planspiel gegründeten fiktiven Parteien werden. Die Jugendlichen suchen sich stadtrelevante Themen und erarbeiten Konzepte sowie Finanzierungspläne für Projekte, die sie gerne umsetzen möchten. Am 5. und letzten Tag findet eine Ratssitzung statt, in der der Bürgermeister und der Vorsitzende der SVV anwesend sind. Es werden Debatten geführt und Beschlüsse gefasst, die real in Projekten durch die Verwaltung umgesetzt werden.

Aktuell engagieren sich Jugendliche im Rahmen des Projektes „Raumpioniere“ für und in Treuenbrietzen. Bei einem Treffen mit dem Bürgermeister wurden im Februar 2017 Möglichkeiten der Beteiligung an Stadtentwicklungsprozessen erläutert.

**Wirkungen und Effekte:**

- Mit der Neugestaltung des Spielparks „Am Schwanenteich“ konnte ein städtebaulicher Missstand im historischen Stadtkern Treuenbrietzens behoben werden und Kindern und Jugendlichen eine attraktive Aufenthaltsfläche geschaffen werden.
- Mit der Bildung eines Jugendparlamentes und der Einrichtung eines generellen Rederechtes in den Ausschüssen der Stadt fühlen sich die Jugendlichen ernst genommen und in wichtige Entscheidungen der Stadt mit einbezogen.

**Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:**

Jugendbeteiligung ist generationsabhängig. Zwischenzeitlich gibt es immer Leerlauf, wenn sich Jugendliche z.B. auf dem Weg zum Abitur oder in den Beruf befinden. Neue Gruppen bilden sich dann leider nicht selbstständig, und Nachfolger*innen gibt es nicht automatisch. Daher möchte die Stadt Treuenbrietzen sich mit dem Beispiel ihrer Partnerstadt Nordwalde auseinandersetzen und ggf. in regelmäßigen Abständen (denkbar alle 2 Jahre) Wahlen für das Kinder- und Jugendparlament einführen. Damit erhofft sich die Stadt Treuenbrietzen eine Verstetigung in diesem Prozess und kontinuierlichen Nachwuchs.



Tipps für das Gelingen:

- Beteiligung der Jugendlichen nicht nur am Anfang eines Projektes, sondern auch während der Umsetzungsphase realisieren. So fühlen sich die Jugendlichen ernst genommen.
- Die Stadt Treuenbrietzen ist Modellkommune im bundesweiten Projekt „TransformBar“. Damit sollen Instrumente zur Bürger*innenbeteiligung bei kommunalen Entscheidungen untersucht und Wege zu mehr Einflussnahme ergründet werden. Über das Förderprojekt ist im Rathaus eigens eine Teilzeitstelle geschaffen worden, die sich unter anderem auch mit der Kinder- und Jugendbeteiligung in Treuenbrietzen beschäftigt.

Ansprechpartner:

„Wichtig ist, dass Jugendliche nicht nur am Anfang eines Projektes in ihrer Stadt beteiligt werden. Darum haben wir in Treuenbrietzen ein Kinder- und Jugendparlament mit Rederecht für die Jugendlichen gegründet.“

Michael Knappe, Bürgermeister

Michael Knappe, Bürgermeister Treuenbrietzen

Tel: 033748 74760, E-Mail: buergermeister@treuenbrietzen.de

Franziska Brocksch, Bürgerbeteiligung/TransformBar

Tel: 033748 74762, E-Mail: f.brocksch@treuenbrietzen.de

http://www.treuenbrietzen.de/front_content.php



Wittstock/Dosse

Demokratiewerkstatt – Leben gemeinsam gestalten

Filmprojekt „FreiDrehn“

Seit 15 Jahren beteiligen sich Kinder und Jugendliche an der Gestaltung Wittstocks. Aus den ersten Stadterkundungen resultierten Impulse und Netzwerke für den Bau einer Skaterbahn. Durch die frühen Erfolge, aber auch die Herausforderungen wurde Kinder- und Jugendbeteiligung zu einem wichtigen Thema. Es entwickelte sich eine intensive Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik, Jugendhilfe und Bildung. 2013 startete die 1. „Wittstocker Demokratiewerkstatt“. Seitdem treffen sich an 4 Wochenenden jährlich 50-70 interessierte junge Menschen, um Wittstock als lebenswerten Ort zu erhalten und im gemeinsamen Dialog zwischen Jugend und Politik zu gestalten. Es entsteht eine Mitmachkultur, die das Zusammenleben stärkt und Ideen ermöglicht, die die Stadt verschönern.

Eröffnung Skatepark
1. Jugendhearing
1. Zukunftswerkstatt
1. Jugendstammtisch

Allgemeine Rahmenbedingungen in der Kommune:

- Mittelzentrum in Funktionsteilung mit Pritzwalk im Nordwesten von Brandenburg südlich der Mecklenburgischen Seenplatte gelegen
- Verwaltungssitz des Landkreis Ostprignitz-Ruppin
- 14.380 EW (Stand 12/2015)

1. Demokratiekonferenz
1. Kinder- und Jugendkonferenz,
Kauf Bahnhofsgelände
Workshop
„Machbarkeitsstudie
Bahnhof“

Jugendbeauftragte im
OT Zempow ernannt,
Präsentation Machbarkeits-
studie Bahnhof,
Planungswerkstatt
„Jugend plant Bahnhof“,
Fotoausstellung
„Wittstock aus der
Perspektive Jugendlicher“

Allgemeine Fakten zur Kinder- und Jugendbeteiligung:

Beabsichtigte Wirkung

Es entsteht ein regelmäßiger Dialog zwischen Kindern, Jugendlichen, Verwaltung und Politik, um gemeinsam zu verstehen und zu überlegen, wie die Stadt gestaltet werden kann und soll. Jugendliche Sichtweisen finden in der Politik Gehör und werden bei Planungsprozessen berücksichtigt.

Angewandte Verfahren und etablierte Strukturen

- Demokratiewerkstatt
- Kinder- und Jugendbeauftragte

Finanzierung und Ressourcen

- 0,5 Stellenanteile in der Verwaltung Amt für Bildung, Jugend und Kultur
- Demokratiewerkstätten 4.100 €; Beteiligung Jugendkonto 1.000 €
- Räume und Arbeitsmaterialien

Netzwerkpartner

- Stadtverwaltung Wittstock (Lenkungsgruppe bestehend aus Bürgermeister und Mitarbeitern der Stadt)
- Freie Träger der Jugendhilfe
- Schulen

Kinder- und Jugend-
beauftragter
Wittstocks ernannt,
Wittstock gewinnt
LaGa Ausschreibung 2019,
Demokratiewerkstatt
zum Bahnhofsgelände

Fachtag „Jugendbetei-
ligung in Brandenburger
Kommunen“,
Präsentation der Modelle
zur Gestaltung Lokschruppen
vor der LaGa-Kommission

18. Demokratiewerkstatt
und es geht weiter

Prozessbeschreibung Demokratiwerkstatt - Leben gemeinsam gestalten:

Ziele und Akteure

Ziel des ehrgeizigen Projektes unter Anwendung partizipativer Verfahren ist es, den Bahnhof in seiner Funktion als Verkehrsknotenpunkt und Eingangstor zur Stadt für Besucher*innen und Einwohner*innen aller Altersgruppen wieder mit vielfältigen und funktionalen Angeboten zu beleben. Eingebunden sind Einwohner*innen aller Altersgruppen mit Schwerpunkt Kinder und Jugendliche, Politik, Verwaltung, Jugendhilfe, Schule, planende Architekten, LaGa-Geschäftsführung.

Zeitraum

seit 2013

Kosten/Finanzierung

- Demokratiwerkstätten: 4.100 € Haushaltsmittel plus Länderfonds „Demokratie und Wahlen“ (DKW/Land Brandenburg)
- Baufinanzierung: Efre- und Landesmittel, kommunale Haushaltsmittel



Meilensteine des Projektes:

Das Wittstocker Bahnhofsgelände mit seit Jahren leer stehenden Gebäuden wird seiner Funktion als attraktives Entree der Stadt nur unzureichend gerecht. Als Verkehrsknotenpunkt und Stadteingangstor beschäftigt die Gestaltung des Geländes nicht nur Erwachsene, sondern auch Jugendliche und wurde bereits 2013 Schwerpunktthema der 1. „Demokratiwerkstatt Wittstock“. Diese ist ein gemeinsames Projekt der Stadt und der DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin und findet dort an 4 Wochenenden jährlich statt. Eingeladen sind interessierte Kinder und Jugendliche im Alter von 8 – 27 Jahren, um in Workshops an regionalen Themen wie Nahverkehr, Sport- und Freizeitangebote, Schule zu arbeiten und Ideen direkt mit Gästen aus Politik und Verwaltung zu diskutieren. Das Format ist in der Region bekannt, außerordentlich beliebt und wird regelmäßig von 50-70 jungen Menschen besucht.

Um das Bahnhofsgelände partizipativ zu entwickeln, entschloss sich die Stadt 2013, Flächen und Gebäude zu kaufen. Zur Prüfung möglicher Nachnutzungsoptionen für die Bahngelände und der Neuordnung des Freiraums wurde eine Machbarkeitsstudie beauftragt, an deren Erstellung Jugendliche im Rahmen des Workshops „Unser Bahnhof... Ideen?!“ mitwirkten. Die Machbarkeitsstudie kam u. a. zu dem Ergebnis, dass das Südgelände des Bahnhofs große Entwicklungspotenziale für Freizeitaktivitäten von Kindern und Jugendlichen bietet. Da zugleich ein großer Bedarf an Jugendfreizeiträumen in der Stadt besteht, wurde ein Workshop „Jugend plant Bahnhof“ im „Jugendclub 60“ organisiert, um Nutzungsideen zu sammeln. Einen starken Entwicklungsimpuls setzte die Entscheidung Wittstocks, sich auch mit Teilen des Bahnhofsgeländes als Gastgeberin der Landesgartenschau 2019 zu bewerben.



Um die Nutzungsideen für das Areal aus der Perspektive Jugendlicher planbar zu konkretisieren, widmete sich die 9. Demokratiekonferenz 2015 im Auftrag der Stadt ausschließlich diesem Thema. Unter Anleitung des verantwortlichen Architekten Ralf Fleckenstein wurde mit der Analyse der gegebenen Möglichkeiten der Freizeit-, Sport- und Kulturaktivitäten für Jugendliche in der Region begonnen, um Defizite zu erfassen und folgend zu untersuchen, welche der fehlenden Angebote sich auf dem Bahnhofsgelände in temporären oder langfristigen Nutzungen realisieren lassen. Entstanden sind Konzepte zur Umgestaltung des Warmbereiches des Lokschuppens in einen großen innovativen Jugendclub sowie Vorschläge für die Gestaltung der Kalthalle zur Mehrzweckhalle für Sport- und Kulturaktivitäten. Diese Ideen realisierten die Jugendlichen in maßstabgerechten Modellen, welche anschließend im Bauamt der Stadt, beim 2. Bürgerforum sowie beim Besuch der Landeskommission zur LaGa-Bewerbung vorgestellt, diskutiert und überall sehr positiv bewertet wurden.



Wirkungen und Effekte:

Mit dem Kauf und der Entwicklung der Flächen am Bahnhofsareal verfolgt die Stadt die Absicht, die Wittstocker Innenstadt zu stärken und Kindern und Jugendlichen eine Perspektive für ihre Freizeit zu bieten. In Kooperation mit den Kindern und Jugendlichen der Stadt ist es gelungen, Gestaltungs- und Nutzungsideen zu entwickeln, die unmittelbar zu einer erfolgreichen Bewerbung Wittstocks um die Ausführung der LaGa 2019 führten und langfristig das Stadtbild bereichern können. Über alle Generationen hinweg ist in der Stadt ein Verständnis für das Potenzial der überregional bedeutsamen Landesgartenschau für die Region entstanden, an dem kooperativ weiter gearbeitet werden soll.

In Folge der kontinuierlichen Umsetzung von inzwischen 18 Demokratiwerkstätten wächst in der Stadt eine Mitmach- und Dialogkultur zwischen Kindern, Jugendlichen, Eltern und Politik. In Folge der langjährigen Mitgestaltungsprozesse haben sich viele Kinder und Jugendliche zu Planungsexpert*innen entwickelt, die den erwachsenen Akteuren der Stadt auf Augenhöhe mit Ideen und Vorschlägen begegnen und sich mit Lust und Energie in die Stadtentwicklung einbringen.



Stolpersteine in Beteiligungsprozessen können sein:

- Angst davor, nicht ausreichend Bescheid zu wissen bzw. der Überträger „schlechter Nachrichten“ zu sein, wenn Wünsche nicht erfüllt werden können
- fehlendes Verständnis füreinander, das zum Aufbau von Vorurteilen führen kann, die Kommunikation erschweren
- mangelndes Interesse politischer Akteure an Kinder- und Jugendbeteiligung
- Beteiligungsprozesse nehmen mitunter mehr Zeit in Anspruch als Verwaltung Ressourcen hat

- Medienberichterstattung skandalisiert Meinungsverschiedenheiten in Beteiligungsverfahren und wirkt damit konfliktverschärfend
- fehlende Transparenz und Ehrlichkeit im Umgang miteinander

Tipps für das Gelingen:

- es braucht konstante Ansprechpartner in Verwaltung und Jugendarbeit, die eng und gut abgestimmt miteinander kooperieren, in festen Netzwerkstrukturen eine gemeinsame Haltung entwickeln und Verfahren abstimmen, um Beteiligungsprozesse gemeinsam zu verstetigen
- der Kontakt zu Kindern und Jugendlichen gelingt über professionelle und motivierte Fachkräfte der Jugendarbeit, deren Stellen konstant finanziert sind
- Kinder und Jugendliche früh in Planungsprozesse einbeziehen und ihnen mit Unterstützung von Expert*innen Wissen vermitteln und den Mut haben, Erwartungen in Beteiligungsprozessen realistisch zu dämpfen
- ehrenamtliches Engagement, vor allem das von Kindern und Jugendlichen, gilt es zu unterstützen, wertzuschätzen und hochzuhalten
- Kindern und Jugendlichen einen Rahmen für Beteiligungsprozesse schaffen, der Begegnung, Lernen, Denken, Arbeiten und Spaß ermöglicht



Ansprechpartner:

Dorothea Stüben, Amtsleiterin Stadt Wittstock/Dosse, Amt für Bildung, Jugend und Kultur
Tel.: 03394 429300, E-Mail: D.Stueben@stadt-wittstock.de

<http://demokratiewerkstatt.blogspot.de/2013/>



Fazit

Checkliste Gelingensfaktoren

Service

Fachberatung und Informationen

Fazit

Checkliste Gelingensfaktoren

In Auswertung des großen Erfahrungsschatzes der mitwirkenden brandenburgischen Kommunen sind in der folgenden Übersicht wesentliche Faktoren für eine gelingende Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen in der Kommunalpolitik und Kommunalentwicklung aufgelistet. Jedem Gelingensfaktor ist eine beispielhafte Auswahl von Indikatoren zugeordnet, anhand derer Sie in ihrer Kommune einschätzen können, welche Voraussetzungen bereits gegeben sind bzw., was möglicherweise noch berücksichtigt werden könnte. Die folgende Liste versteht sich nicht als abschließend. Viele weitere Hinweise, Impulse und Empfehlungen für Qualitätsstandards sind den ausgewiesenen Links im Informationsteil zu entnehmen.

Gelingensfaktor „Haltung“

In Einschätzung der beteiligten Kommunen ist die Haltung der erwachsenen Akteure der entscheidende Erfolgsfaktor. Kinder- und Jugendbeteiligung gelingt nur dann, wenn der politische Wille vorhanden ist und alle Erwachsenen die Bereitschaft zur interdisziplinären, intergenerativen und respektvollen Kooperation mitbringen. Da es Ziel und Bestandteil von Beteiligungsprozessen ist, Kindern und Jugendlichen Motivation, Haltung und notwendige Fähigkeiten für Beteiligungsprozesse zu vermitteln, sind diese notwendige Voraussetzung für das Gelingen von Beteiligung.

Beispielhafte Indikatoren

- Die Kommunalpolitik unseres Ortes hat den ernsthaften Willen zur Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung artikuliert.
- Die Wünsche und Forderungen der Jugendlichen als Expert*innen in eigener Sache werden in unserem Ort ernst genommen.
- Formen direkter Demokratie werden durch Akteur*innen der repräsentativen Demokratie akzeptiert und respektiert.
- Innerhalb von Verwaltung und Politik werden Haltung und Bewusstsein dafür entwickelt, dass Beteiligung ein Querschnittsthema im kommunalen Alltag ist und interdisziplinäres Zusammenwirken benötigt.
- Verwaltung und Politik arbeiten in Beteiligungsprozessen abgestimmt und kooperativ zusammen.
- Alle beteiligten erwachsenen Akteure aus Politik, Verwaltung, Schule, Kinder- und Jugendhilfe und Vereinen unseres Ortes verstehen Beteiligung als Querschnittsaufgabe, die nur in guter Zusammenarbeit umgesetzt werden kann.
- Beteiligungsprozesse werden von allen Beteiligten als Lernprozesse verstanden, in denen Fehler passieren können und dürfen.
- Ehrenamtliches Engagement, vor allem das von Kindern und Jugendlichen, wird wertgeschätzt und hochgehalten. Dies drückt sich z.B. in der Kommunikation untereinander und in der Öffentlichkeitsarbeit aus.

Gelingensfaktor „Verständnis für die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen“

Interessen und Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen werden in Erfahrung gebracht und bei Umsetzung von Beteiligungsprozessen berücksichtigt. Die Beteiligungsbereitschaft ist umso größer, je direkter der Beteiligungsgegenstand das eigene Lebensumfeld berührt.

Beispielhafte Indikatoren

- Den erwachsenen Akteuren ist bewusst, dass Beteiligung nur auf der Basis von Freiwilligkeit funktionieren kann und manche Beteiligungsangebote unter Umständen nicht von Kindern und Jugendlichen angenommen werden.
- Durch die frühzeitige Einbindung von Kindern und Jugendlichen werden Beteiligungsstrukturen entwickelt, die sich an den Lebenswelten der Zielgruppe orientieren und sich nicht ausschließlich an den Maßstäben und Erwartungen der Erwachsenenwelt messen.
- Durch die Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten, Schulen, Horten und Trägern der Jugendhilfe wird versucht, auch die Kinder und Jugendlichen zu erreichen, die aufgrund von z.B. familiären und sozialen Voraussetzungen weniger gute Teilhabevoraussetzungen haben.
- Die Verfahren und Zeitpläne werden auf die Alltags- und Lebensabläufe von Kindern und Jugendlichen abgestimmt.
- Da bekannt ist, dass sich Interessen und Lebenslagen junger Menschen schneller ändern als die Erwachsener, wird vorsichtshalber damit gerechnet, dass Verzögerungen, Leerlauf oder auch die Aufgabe einzelner Projekte von Jugendlichen eintreten können.

Gelingensfaktor „Gemeinsames Beteiligungsverständnis“

Unter allen beteiligten Akteur*innen ist von Beginn an geklärt, wie Beteiligung im konkreten Fall verstanden wird. Es werden Vereinbarungen zur Reichweite und Verbindlichkeit der Ergebnisse getroffen und festgehalten.

Beispielhafte Indikatoren

- Auf der politischen und der Verwaltungsebene ist geklärt und verbindlich festgelegt, welche Ziele und welche Reichweite Beteiligungsprozesse in der Kommune haben sollen.
- Allen Beteiligten ist klar, welche Art der Beteiligung vorgesehen ist und welche Einflussmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Bezug zum konkreten Beteiligungsgegenstand bzw. -verfahren tatsächlich bestehen.
- Einschränkungen und Vorfestlegungen sind deutlich formuliert und allen bekannt.

- Bereits zu Beginn eines Prozesses werden ganz klare Verabredungen dazu getroffen, wie mit den Ergebnissen aus der Beteiligung umgegangen wird.
- Alte Konflikte, ungeklärte Interessenlagen oder negative Vorerfahrungen werden im Vorher-ein versucht zu klären, da diese Beteiligungsverfahren sich störend auswirken können.

Gelingensfaktor „Planung“

Beteiligungsverfahren werden als Prozesse verstanden, die einer partizipativen Analyse, einer Planung, einer zielgruppengerechten Umsetzung, klar geregelten Verfahren sowie der koordinierten Umsetzung und vor allem der Evaluation im Sinne eines gelingenden Wissensmanagements bedürfen.

Beispielhafte Indikatoren

- Die Themen, regionalen Bedarfe und politischen Interessen der Kinder und Jugendlichen werden regelmäßig in Erfahrung gebracht.
- Vor der Etablierung von Beteiligungsstrukturen und -verfahren werden Bedarfe und Interessen erfasst sowie die notwendigen Ressourcen für deren Begleitung geprüft.
- Ziele, Maßnahmenschritte, Verfahren und Methoden werden gemeinsam abgestimmt und deren Umsetzung verlässlich koordiniert.
- Die Zeitplanung für Beteiligungsprozesse ist eher großzügiger gestaltet und an die Lebenswelten von jungen Menschen angepasst.
- Kommunale Beteiligungsansätze werden unter Einbindung von Vertreter*innen aller Altersgruppen und Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens gemeinsam entwickelt und abgestimmt.
- Schnittstellen des jeweiligen Beteiligungsprozesses zu vorhandenen Planungen und Entscheidungen bzw. zu bestehenden Planungs- und Entscheidungsstrukturen sind identifiziert und kommuniziert.
- Klare Verfahrensweisen regeln, wer an welchem Punkt in Beteiligungsverfahren eingebunden werden muss.
- Mit verantwortlichen Vertreter*innen der Kommunalpolitik und der Verwaltung werden Vereinbarungen zur Zusammenarbeit und Berücksichtigung von Beteiligungsergebnissen getroffen.
- Evaluationsverfahren sichern die Ergebnisse und bilden die Grundlage eines stetigen Weiterlernens.

Gelingensfaktor „Wissen“

Beteiligung braucht Wissen, Lernräume und Weiterbildungsangebote, um die notwendigen Analyse-, Planungs- und Dialogkompetenzen zu entwickeln.

Beispielhafte Indikatoren

- Grundlegendes Wissen zur Gestaltung von Beteiligungsprozessen sind in der Kommunalpolitik und -verwaltung vorhanden bzw. werden bei Bedarf durch kontinuierliche Weiterbildungsangebote erschlossen.
- Innerhalb der Verwaltung arbeiten Beteiligungsexpert*innen. Bei Bedarf werden externe Expert*innen hinzugeholt.
- Kinder und Jugendliche in Beteiligungsprozessen werden mit Unterstützung von Jugendarbeit, Bildungsträgern und/oder Pat*innen aus Kommunalpolitik und -verwaltung weitergebildet und gecoacht.
- Gemeinsame Aus- und Weiterbildungen aller beteiligten Akteur*innen stärken das Netzwerk, qualifizieren die Arbeit und tragen so zum Gelingen bei.
- Um das Rad nicht immer wieder neu zu erfinden, wird Gelingendes evaluiert, dokumentiert und durch ein gutes Wissensmanagement in der Kommune weitergegeben.

Gelingensfaktor „Kommunikations- und Informationsmanagement“

Wenn es gelingt, Informationen altersgerecht aufzuarbeiten, Anliegen und Ideen rechtzeitig zu kommunizieren, Entscheidungsverläufe transparent und nachvollziehbar zu gestalten, können Kinder und Jugendliche grundsätzlich an allen Prozessen und Vorhaben im kommunalen Raum beteiligt werden. Wichtig ist es, beteiligte Kinder und Jugendliche regelmäßig darüber zu informieren, welche Resultate und Wirkungen erreicht werden konnten oder auch nicht. Frustration in Beteiligungsverfahren entsteht vor allem durch „Nichtkommunikation“.

Beispielhafte Indikatoren

- Junge und ältere Expert*innen in unserer Kommune helfen dabei, Informationen kinder- und jugendgerecht zu gestalten und zu verteilen.
- In Sitzungen und bei gemeinsamen Treffen gelingt es Erwachsenen, Themen der Kommunalpolitik und -verwaltung so darzustellen, dass junge Menschen verstehen können, worüber geredet und nachgedacht wird.

- Die (alters-)spezifische Sprache von Kindern und Jugendlichen wird von den Erwachsenen unseres Ortes verstanden und akzeptiert. Zur Unterstützung setzen wir in Beteiligungsverfahren ggf. eine externe Moderation (z.B. aus dem Arbeitsfeld der Jugendarbeit) ein, die zwischen den verschiedenen Kommunikationsebenen „übersetzt“.
- Auch „Kinder und Jugendliche“ sind keine homogene Einwohner*innengruppe einer Kommune. In Beteiligungsprozessen müssen sie sich ebenfalls einigen, was manchmal nicht gelingt. Hier helfen Erwachsene durch Moderation.
- Es sind Strukturen etabliert, über die Informationen und Ergebnisse zuverlässig und kontinuierlich an die beteiligten Kinder und Jugendlichen zurückgemeldet werden.

Gelingensfaktoren „Setting und Umsetzungsflexibilität“

Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse müssen in ihrer Umsetzung und Methode zuerst Kindern und Jugendlichen und dann unter Umständen den Erwachsenen gerecht werden. Da nicht alle jungen Menschen in repräsentativen Gremien mitwirken wollen und können, sollten Verfahren flexibel und gemessen an den jeweiligen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen entwickelt werden. **Die besten Wirkungen sind durch die flexible Kombination verschiedener jugendgerechter Formate in möglichst verschiedenen Phasen von Prozessverläufen zu erzielen.**

Beispielhafte Indikatoren

- Kinder und Jugendliche werden nicht nur „theoretisch“ beteiligt, sondern können vor Ort aktiv mitplanen und mitgestalten.
- Kinder und Jugendliche entscheiden darüber mit, wann, wo und wie Beteiligungsverfahren umgesetzt werden.
- Wir schaffen Kindern und Jugendlichen in unserem Ort einen Rahmen für Beteiligungsprozesse, der Begegnung, Lernen, Denken, Arbeiten und Spaß ermöglicht.
- Veranstaltungsräume und Treffpunkte sind so gewählt, dass sie durch Kinder und Jugendliche gut erreichbar sind.
- Räume und Sitzordnungen sind so gestaltet, dass sich Kinder und Jugendliche wohlfühlen können.
- Es werden gezielt Verfahren und Veranstaltungsformen gewählt, die auch weniger „artikulationsstarke“ Kinder und Jugendliche einbeziehen.

Gelingensfaktor „Netzwerke“

Eine stabile Kooperation zwischen Politik, Verwaltung, Schulen, öffentlichem und freiem Träger der Jugendhilfe auf Augenhöhe ermöglicht den nachhaltigen Aufbau von Beteiligungsstrukturen. Zusammen mit Schulen und Trägern der Jugendhilfe gelingt es, Kommunikationszugänge zu entwickeln, um Kinder und Jugendliche zu informieren und zu motivieren!

Beispielhafte Indikatoren

- Eine gute Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, Jugendarbeit, Schule und Hort ist als eine Grundvoraussetzung gegeben. Die Akteur*innen kooperieren in festen Netzwerkstrukturen, entwickeln eine gemeinsame Haltung und stimmen Verfahren ab, um Beteiligungsprozesse gemeinsam zu verstetigen.
- Die verwaltungsinterne Zusammenarbeit funktioniert fachgebietsübergreifend erfolgreich. Vertrauen in die Kompetenzen anderer Fachbereiche und der lokalen Akteur*innen ist vorhanden.
- Der Kontakt zu Kindern und Jugendlichen gelingt über professionelle und motivierte Fachkräfte der Jugendarbeit, deren Stellen konstant finanziert sind.
- Durch die gute Kooperation mit Schulen werden kommunale Themen in den Schulalltag transferiert und Beteiligungsprozesse z.B. mit Unterstützung von Projekttagen oder Schulprojekten umgesetzt.

Gelingensfaktor „Personal“

Langfristige Planungs- und Dialogverfahren brauchen eine dauerhafte, zentrale Koordination, die im Idealfall fachbereichsübergreifend in der Verwaltung verankert ist und eng angebunden an Politik und Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe arbeitet.

Beispielhafte Indikatoren

- In unserem Ort gibt es eine Person, die für Kinder und Jugendliche in Beteiligungsprozessen bzw. grundsätzlich für Fragen und Anliegen junger Menschen unseres Ortes ansprechbar ist.
- Das Kinder- und Jugendbeteiligungsgremium in unserem Ort wird durch feste Ansprechpartner*innen aus Verwaltung und/oder Politik begleitet.
- Kommunalpolitiker*innen unseres Ortes stehen politisch aktiven Kindern und Jugendlichen als Pat*innen bei Fragen und Lernprozessen beratend zur Verfügung.

Gelingensfaktor Finanz- und Sachressourcen

Die qualitativ gute Umsetzung von Beteiligungsprozessen braucht finanzielle und materielle Ressourcen für die Begleitung, Umsetzung von Veranstaltungen und Projekten oder auch für die Öffentlichkeitsarbeit. Zu empfehlen ist die verbindliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln. Kleinere Beteiligungsverfahren und -strukturen können durch die Bereitstellung von Räumen, Materialien und z.B. Mobilitätskosten auch ohne hohes Budget realisiert werden.

Beispielhafte Indikatoren

- Mittels Beschluss ist die fördermittelunabhängige Bereitstellung eines jährlichen Budgets für Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse im Haushalt gesichert.
- Verwaltung und/oder Träger der Jugendhilfe kennen Fördermittelzugänge, um finanzielle Ressourcen für Beteiligungsprojekte zu akquirieren.
- Unser Ort stellt kommunalpolitisch aktiven Kindern und Jugendlichen kostenlos Räume und Material für ihre Arbeit zur Verfügung oder unterstützt durch eigene Kompetenzen und Ressourcen z. B. bei der Öffentlichkeitsarbeit oder dem Erstellen von Förderanträgen.
- Über Netzwerk- und Kooperationspartner*innen können Räume, Veranstaltungstechnik, z. B. Transportmittel etc. genutzt werden.

Gelingensfaktor „Öffentlichkeitsarbeit“

Beteiligungsprozesse brauchen eine gute Öffentlichkeitsarbeit in (über)regionalen Medien, um Informationstransparenz zu sichern und Wertschätzung zu vermitteln.

Beispielhafte Indikatoren

- Über den Internetauftritt unseres Ortes werden regelmäßig leicht zu findende und attraktiv gestaltete Informationen zu Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen veröffentlicht.
- Eine gute Medienpartnerschaft zwischen unserem Ort und den lokalen Medien sichert eine transparente Berichterstattung zu Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen.
- Die in unserem Ort aktiven Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen haben über die Verwaltung oder die Ressourcen der Jugendarbeit die Möglichkeit, Formen der eigenen Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln und zu nutzen.
- Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die in Beteiligungsstrukturen unseres Ortes aktiv sind, bilden sich gemeinsam fort, um zielgruppengerechte Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit kennen und nutzen zu lernen.

Gelingensfaktoren „Verankerung und Verbindlichkeit“

Beteiligungsprozesse brauchen kommunalpolitische Verankerung und verbindliche Verabredungen zum Umgang mit den Ergebnissen.

Beispielhafte Indikatoren

- Der politische Wille zur Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen ist in Beschlüssen, Satzungen oder Maßnahmenplänen verankert.
- Die Verankerung von Beteiligungsstrukturen und -verfahren in kommunalen Beschlüssen, Leitbildern und Qualitätsstandards führt in unserem Ort zur nachhaltigen Sicherung und Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Entscheidungen.
- Die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an kommunalpolitischen Beschlüssen ist durch die Verankerung des Kinder- und Jugendbeirates in der Hauptsatzung gesichert.
- Beteiligungsprozesse sind verbindlich! Verabredungen werden umgesetzt. Über Ergebnisse wird kontinuierlich und transparent berichtet.

Service

Fachberatung

Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung des Landes Brandenburg

Die Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung des Landes Brandenburg ist Ansprech- und Servicepartner bei der Etablierung von Kinder- und Jugendbeteiligung in brandenburgischen Kommunen.

Beratend, informierend und begleitend steht sie Kindern, Jugendlichen, Akteur*innen aus Politik und Verwaltung sowie Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe kostenlos und direkt vor Ort zur Verfügung.

Weitere Aufgabenschwerpunkte liegen in der Qualifizierung interessierter Fachkräfte aus Verwaltung, Politik und Jugendhilfe, dem Aufbau landesweiter Dialog- und Vernetzungsstrukturen sowie einer kontinuierlichen Informations- und Lobbyarbeit zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen im kommunal- und landespolitischen Raum.

Kontakt und weitere Informationen unter:

www.kijubb.de

Complan gGmbH

complan Kommunalberatung begleitet Städte, Kreise, Gemeinden, Regionen und Ministerien strategisch, beratend, Impuls gebend und moderierend in den Kompetenzfeldern Integrierte Stadtentwicklung, Historische Stadt, Wirtschaftsförderung, regionale und ländliche Entwicklung sowie Multi-Level-Governance. In allen Projekten ist Partizipation von Bürgern, Stakeholdern, strategischen und operativen Partner von Anfang an ein Leitmotiv. complan Kommunalberatung gestaltet konkrete partizipative Prozesse, die sich individuell auf die konkrete Aufgabenstellung beziehen, einen verbindlichen Rahmen setzen, professionell begleitet und umgesetzt werden. Denn: Bürger*innen wollen und sollen mitreden, mitentscheiden und gemeinsam Verantwortung übernehmen. Aufgabe von Städten, Kreisen und Gemeinden ist es, dafür die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, um aktive Partizipation zu ermöglichen. Gelungene Partizipation braucht adäquate Entscheidungswege und passende Steuerungsmodelle, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zur Ziel- und Zielgruppenerreichung. complan Kommunalberatung unterstützt daher Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsverwaltungen bei der Entwicklung und dem Etablieren von passfähigen Kommunikations- und Organisationsstrukturen. Und gestaltet damit konkrete partizipative Prozesse, die sich individuell auf die konkrete Aufgabenstellung beziehen, einen verbindlichen Rahmen setzen, professionell begleitet und umgesetzt werden.

Kontakt und weitere Informationen unter:

www.complangmbh.de

Information

Arbeitshilfen, Methoden und Ansprechpartner

www.kijubb.de

www.complangmbh.de

www.kinderpolitik.de/bausteine

www.servicestelle-jugendbeteiligung.de/veroeffentlichungen

www.mil.brandenburg.de/sixcms/detail.php/551672

www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/de/download.shtml

www.vhw.de/publikationen/vhw-schriftenreihe

www.buergergesellschaft.de

www.kinderfreundliche-kommunen.de/prozess/die_neun_bausteine

www.politische-bildung-brandenburg.de/schwerpunkte/buergerbeteiligung

www.kinderfreundliche-stadtgestaltung.de/index.php

www.b-b-e.de

www.beteiligungskompass.org/pages/index/about

Brandenburger Praxisbeispiele

www.kijubb.de

www.kjp.senftenberg.de

www.kinder-jugend-cottbus.de/seite/256383/kinderkonferenz.html

www.buergerbeteiligung.potsdam.de

www.sjr-potsdam.de/kinder-und-jugendburo

www.hastnplan.de

www.demokratiewerkstatt.blogspot.de

www.stadtderkinder-potsdam.de

www.denkmal-aktiv.de

www.ak-brandenburg.de/content/die-stadtentdecker

Studien/Forschung

www.mil.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.254147.de

www.dkhw.de/unsere-arbeit/schwerpunkte/kinderrechte/der-kinderreport-2017

www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/15--kinder--und-jugendbericht-vorge-stellt/113800

www.bmfsfj.de/blob/115438/d7ed644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbe-richt-bundestagsdrucksache-data.pdf

Impressum

Herausgeber



Der Paritätische, Landesverband Brandenburg
Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum gGmbH
Fachstelle für Kinder und Jugendbeteiligung des Landes Brandenburg
Tornowstraße 48, 14473 Potsdam

Gefördert durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
des Landes Brandenburg



In Kooperation mit complan Kommunalberatung GmbH

Redaktion und Text

Annett Bauer

Praxisbeispiele

Annett Bauer, Thomas Kropp, Ina Zerche, Kathleen Bierbaß, Josefine Lenk,
Erik Neumann

Gestaltung

Layoutlabor, Dieter Raupach

Erschienen 2017